



# Wochenpiegel

Evangelischer  
Pressedienst

**AUSGABE WEST**

Düsseldorf | 15. August 2011 | **NR. 33**

## Kirchen

### »Reformationsgedenken als Schicksalsdatum begehen«

Der katholische Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller hat angeregt, das Reformationsgedenken 2017 als Schicksalsdatum zu begehen, unter dem die Christenheit leide. Die konfessionelle und liturgische Spaltung der Kirche müsse als widernatürlich erkannt werden, sagte der Vorsitzende der Ökumene-Kommission der katholischen Bischöfe in einem epd-Gespräch

Seite\_2

### Westfälische Kirche startet Jugendkampagne zum Klimaschutz

Mit einem Jugend-Aktionstag startet die Evangelische Kirche von Westfalen am 17. September in Dortmund eine neue Klimakampagne. Unter dem Motto "Mission: Klima retten! powered by heaven" sollen junge Menschen in den kommenden zwei Jahren motiviert werden, sich in ihrem Umfeld oder in der Kirche für Umweltschutz und Klimagerechtigkeit einzusetzen.

Seite\_4

## Gesellschaft

### Berlin hält im Gedenken an den Mauerbau inne

Stille und Glockengeläut: Zur Erinnerung an die Todesopfer der innerdeutschen Grenze haben in Berlin und anderen Orten in Ostdeutschland die Menschen am Samstag innegehalten.

Seite\_13

## Soziales

### Sozialticket in allen NRW-Kommunen möglich

Die nordrhein-westfälische Landesregierung macht den Weg zum Sozialticket für alle Kommunen frei, auch für Städte mit einem Nothaushalt.

Seite\_32

## Umwelt

### Öko-Fleisch und Bio-Eier aus NRW sollen häufiger auf dem Tisch landen

In nordrhein-westfälischen Haushalten sollen häufiger Öko-Fleisch, Bio-Eier sowie Obst und Gemüse aus heimischem Öko-Anbau auf dem Speisezettel stehen.

Seite\_37

## Kultur

### »Zentrum für verfolgte Künste« in Solingen

Die Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft (ESG) in Wuppertal begrüßt, dass sich der Bund eingehender mit dem Zentrum für verfolgte Künste in Solingen und der Frage des Gedenkens an verfolgte Künstler und Schriftsteller in Deutschland befassen will.

Seite\_39

## Entwicklung

### Für eine Welt ohne Ausbeutung und Atomkraft

Umweltverbände rufen Verbraucher, die ihr Geld sauber anlegen wollen, zum Bankenwechsel auf.

Seite\_44

## Ausland

### Britisches Kirchenoberhaupt fordert zum Umdenken auf

Nach den Jugend-Krawallen in Großbritannien hat das Oberhaupt der anglikanischen Kirche, Erzbischof Rowan Williams, die Regierung zu umgehenden Verbesserungen des Bildungssystems aufgefordert.

Seite\_52

Impressum

Seite\_54

## »Reformationsgedenken als Schicksalsdatum begehen«

**Bischof Müller: Konfessionelle Spaltung als widernatürlich erkennen**

**Regensburg** (epd). Der katholische Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller hat angeregt, das Reformationsgedenken 2017 als Schicksalsdatum zu begehen, unter dem die Christenheit leide. Die konfessionelle und liturgische Spaltung der Kirche müsse als widernatürlich erkannt werden, sagte der Vorsitzende der Ökumene-Kommission der katholischen Bischöfe in einem epd-Gespräch. Müller erinnerte daran, dass Reformationsjubiläen in der Vergangenheit evangelisch-katholische Gegensätze verschärft und zu konfessionalistischer Verengung geführt hätten: »2017 würde nichts für uns bringen, wenn der Protestantismus als vorweggenommene Moderne dargestellt wird.«

Im ökumenischen Gespräch sollte nicht die Kontroverse und der Streit vorherrschen, sondern wechselseitiges Verständnis für die jeweils andere Position, empfahl Müller. Die Gegensätze seien nicht so unüberbrückbar, wie es oftmals dargestellt werde. »Unsere Aufgabe ist es, tiefere Gemeinsamkeit zu entdecken und zusammen die Gottvergessenheit von heute zu überwinden und das Evangelium zum Leuchten zu bringen in unserer Gesellschaft.« Der 500. Jahrestag des Thesenanschlags von Martin Luther (1483-1546) am 31. Oktober 1517 an der Wittenberger Schlosskirche gilt als Ausgangspunkt der Reformation.

»Man kann von den Katholiken nicht erwarten, dass sie alles, was Luther gesagt und getan hat, heilig spre-

chen«, sagte der Ökumene-Bischof. Auf katholischer Seite sollten allerdings die ehrlichen Motive Luthers anerkannt werden. Die Spitzenaussagen des Reformators (Allein durch den Glauben, allein durch die Gnade, allein durch die Schrift) seien auch katholisch interpretierbar. Lehrunterschiede gibt es Müller zufolge zu Luthers Verständnis der Sakramente.

Vom Papstbesuch im September erwartet Bischof Müller einen Impuls für die Präsenz des Christlichen in Deutschland. »Der Papst kommt als Zeuge und Verkünder des Evangeliums«, sagte er. Bei der Erfurter Begegnung von Benedikt XVI. mit Vertretern der evangelischen Kirche werde der »unumkehrbare Weg« zur größeren evangelisch-katholischen Gemeinschaft noch einmal bestätigt, äußerte Müller als Erwartung: »Es geht nicht um Rückkehrökumene gegenüber den Protestanten oder um ein Nachholen der Reformation auf katholischer Seite.« In der ökumenischen Theologie gehe es um wechselseitige Integration, damit es am Ende nicht Verlierer und Gewinner, sondern vertiefte Einsicht auf beiden Seiten gebe.

Der Vorsitzende der Ökumenekommission der Bischofskonferenz warnte davor, sich im ökumenischen Gespräch nur auf das gemeinsame Abendmahl zu konzentrieren. Die katholische Kirche sei in der Frage des Abendmahls nicht restriktiver als die evangelische.  
*epd-Gespräch: Rainer Clos und Achim Schmid*

## Wort der Kirchen zur Finanzkrise gefordert

**Eichstätt** (epd). Der Eichstätter Wirtschafts- und Sozialhistoriker Frank E.W. Zschaler fordert die christlichen Kirchen auf, sich in der aktuellen Finanzkrise zu Wort zu melden. Er erwarte »durchaus einen stärkeren Hinweis darauf, dass wir in unserer Gesellschaft neben den materiellen Dingen andere Werte stärken sollten«, sagte der Professor der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt am Dienstag dem epd. Auch Menschen, die kirchlich nicht gebunden sind, erwarteten dies.

Zschaler glaubt »zum gegenwärtigen Zeitpunkt« nicht, dass die Krise der Aktienmärkte Auswirkungen auf die Realwirtschaft haben wird. Auch auf den Arbeitsmarkt würden sich die Börsenturbulenzen nicht auswirken. Die aktuelle Krise werde vermutlich nicht die Ausmaße annehmen wie die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise

in den Jahren 2007 und 2008. Man könne dies aber nie mit letzter Sicherheit sagen: »Die Märkte haben gewisse Eigengesetzlichkeiten.«

Der Wirtschafts- und Sozialhistoriker ist überzeugt, dass im Finanzsektor ethisches Handeln möglich ist. Zugleich kritisierte er Akteure aus Politik und Wirtschaft: »Meiner Meinung nach besteht ein ganz grundsätzliches Problem darin, dass man aus der letzten Krise nichts gelernt hat.« Der Ordnungsrahmen der Finanzwirtschaft sei nicht so verändert worden, wie es nötig gewesen wäre. »Gewisse Anreizsysteme, die individuell unethisches Verhalten fördern, wurden nicht abgeschafft«, sagte er.

Wer sein Geld ethisch einwandfrei investieren möchte, sollte sich laut Zschaler beispielsweise an kirchliche Banken wenden. Aber auch andere Banken böten

ethisch einwandfreie Portfolios an; man müsse sich als mündiger Bürger nur informieren. Zunächst einmal müsse allerdings »die Grundeinsicht herrschen, dass es einem als gutem Christen nicht egal sein darf, wie die Dinge, die wir kaufen, zustande gekommen sind«, sagte der Professor.

Zschaler ist einer der Organisatoren des Finanzethik-Kongresses »Finethikon«, der Anfang Oktober an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt stattfinden wird.

*epd-Gespräch: Daniel Staffen-Quandt*

KIRCHEN

## Börsenturbulenzen: Kirchenbanken raten zu Gelassenheit

**Dortmund/Kiel** (epd). Die größte evangelische Kirchenbank in Deutschland rät angesichts der Turbulenzen an der Börse Anlegern dazu, Ruhe zu bewahren und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu beachten. »Wir halten die derzeitige Reaktion an den Märkten für übertrieben und glauben nicht, dass die deutsche Wirtschaft in absehbarer Zeit in eine Rezession abrutscht«, sagte Ilona Pollach vom Vorstand der Bank für Kirche und Diakonie (KD-Bank) am Dienstag in Dortmund dem epd. Auch die Evangelische Darlehensgenossenschaft (EDG) Kiel warnt Anleger vor Panikreaktionen.

»Grundsätzlich raten wir unseren Kunden immer, ihre Geldanlagen zu streuen«, sagte Pollach. So sollten je nach persönlicher Risikoneigung und Anlagezeitraum verschiedene Formen wie festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Immobilien gemischt werden. Sobald sich die Anzeichen für eine Stabilisierung der Wirtschaft verdichteten, sollte eine Erholung der Aktienmärkte folgen, äußerte sich das Vorstandsmitglied zuversichtlich.

Die KD-Bank betreut mit ihren bundesweit 190 Beschäftigten rund 7.000 Einrichtungen in Kirche und Diako-

nie sowie 31.000 Privatkunden. Die über 4.200 Mitglieder der Genossenschaftsbank sind zu 90 Prozent kirchliche und diakonische Institutionen.

»Die Themen wie Staatsverschuldung in der Eurozone und den USA, Wirtschaftsabschwächung in den entwickelten Ländern sowie Verwerfungen an den Devisenmärkten werden uns noch eine Weile weiter beschäftigen«, sagte eine Sprecherin der Kieler EDG. Diese Fakten dürften Anleger nicht aus den Augen verlieren. Die sogenannten überbewerteten Fluchthäfen wie etwa Bundesanleihen sowie Schweizer Franken oder Gold seien dauerhaft keine ernsthaften Alternativen. Anleger sollten den Kapitalmarktstimmungen nicht bedingungslos »hinterher investieren«, empfahl die Bank: »Hals über Kopf alle Aktien verkaufen ist der falsche Ansatz.«

Die Evangelische Darlehensgenossenschaft mit 170 Mitarbeitern an Standorten in Berlin und Kiel ist eine Universalbank für Kirchen, Diakonie, Caritas, freie Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft. Das Kreditinstitut gehört eigenen Angaben zufolge zu den größten Genossenschaftsbanken Deutschlands.

## Grußbotschaft des EKD-Ratsvorsitzenden zum Ramadan

**Hannover** (epd). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, hat den Muslimen in Deutschland zum Fastenmonat Ramadan eine Grußbotschaft übermittelt. Darin dankt er den Muslimen für die Einladungen von Gästen und Nachbarn zum abendlichen Fastenbrechen. »Diese Geste der Offenheit und Verbundenheit wissen wir alle sehr zu schätzen und verstehen sie als ein Zeichen wachsenden Vertrauens und vertiefter Gemeinsamkeit«, schreibt Schneider in der am Mittwoch verbreiteten Botschaft.

Der Ratsvorsitzende ruft Muslime und Christen auf, gemeinsam gegen Extremismus und Intoleranz vorzugehen. Christen und Muslime dürften nicht in dem Bemühen nachlassen, »gemeinsam für Vertrauen, Toleranz, friedliches Miteinander und Schutz von Minderheiten zu

werben«. Mit Blick auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 sowie die jüngsten Attentate in Oslo sagte er, diese Anschläge hätten gezeigt, welche verheerenden Folgen religiöser Fanatismus, Intoleranz und Extremismus haben können.

Als ermutigende Zeichen wertete der EKD-Ratsvorsitzende das gemeinsame Eintreten von Christen und Muslimen für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in Ägypten. Gleichzeitig sagte er: »Wir waren aber auch sehr beunruhigt über Ausschreitungen gegen koptische Christen, bei denen es Tote und Verletzte gab.« Der Fastenmonat Ramadan hat in diesem Jahr am 1. August begonnen. Er wird bis 29. August gefeiert, am 30. folgt das Fest des Fastenbrechens.

## Schulexperte: Bekenntnisschulen haben klares Schulprofil

»Eltern bekräftigen ihre Schulwahl per Unterschrift«

**Düsseldorf** (epd). Der Bildungsexperte der Evangelischen Kirche im Rheinland, Klaus Eberl, hat darauf hingewiesen, dass staatliche Bekenntnisschulen in NRW Schulen mit einem dezidiert konfessionellen Schulprogramm seien. Eltern, die eine solche Schule für ihre Kinder trotz anderer Religion oder Konfession wählten, »müssen unterschreiben, dass sie ausdrücklich eine Erziehung ihres Kindes in gerade diesem anderen Bekenntnis wollen«, sagte der Oberkirchenrat am Mittwoch in einem epd-Gespräch. Ein Abmelden des Kindes vom Religionsunterricht, auch wenn es beispielsweise islamischen Glaubens sei, widerspreche daher dem erklärten Willen der Eltern.

Eberl reagierte damit auf den Fall eines muslimischen Mädchens aus Mönchengladbach, das während seiner Grundschulzeit auf die einzige evangelische Bekenntnisgrundschule der Stadt wechselte. Als die Eltern unter Berufung auf das NRW-Schulgesetz das Mädchen vom Religionsunterricht abmeldeten und das Kind nicht mehr am Religionsunterricht teilnahm, sprach die Schule einen Schulverweis aus. Auch wenn es keine angenehme Reaktion sei, »Schule und Schulamt haben sich korrekt verhalten«, stellte Eberl klar.

Die muslimischen Eltern hätten mit der Anmeldung ihrer Tochter an der evangelischen Bekenntnisschule eine Erziehung im evangelischen Glauben gewählt und sich wissentlich in dieses Dilemma begeben, betonte der Bildungsexperte. »Wer auf der einen Seite eine konfes-

sionelle Schule wählt und diese konfessionelle Erziehung auf der anderen Seite ablehnt, verhält sich nicht konsequent.« Als Alternative hätten die Eltern eine der 22 Gemeinschaftsgrundschulen in der Stadt wählen können. Eberl betonte, dass er keinen Widerspruch zum Schulgesetz des Landes sieht, das die Befreiung eines Schülers vom Religionsunterricht grundsätzlich erlaubt.

Der Bildungsexperte der zweitgrößten Landeskirche räumte ein, dass sich durch die sinkende Kinderzahl und durch den wachsenden Anteil muslimischer Kinder die Situation in den vergangenen Jahren verändert habe. »Im Kampf um Kinder gehen manche Bekenntnisschulen lockerer mit der Elternunterschrift um, aber das ist nicht die Regel«, sagte er. Auch wenn sich für viele Eltern die Motivation der Schulwahl verändert habe und etwa der kürzere Schulweg oder die soziale Zusammensetzung wichtiger werden, so berühre dies nicht das Schulprofil einer Bekenntnisschule.

In NRW gibt es nach Angaben des Schulministeriums 101 staatliche evangelische und 985 katholische Bekenntnis-Grundschulen. Insgesamt liegt die Zahl der Grundschulen bei 3.173. Laut NRW-Schulgesetz werden in Bekenntnisschulen »Kinder des katholischen oder des evangelischen Glaubens oder einer anderen Religionsgemeinschaft nach den Grundsätzen des betreffenden Bekenntnisses unterrichtet und erzogen«.

*epd-Gespräch: Gabriele Fritz*

## Westfälische Kirche startet Jugendkampagne zum Klimaschutz

Aktionstag in Dortmund

**Dortmund/Schwerte** (epd). Mit einem Jugend-Aktionstag startet die Evangelische Kirche von Westfalen am 17. September in Dortmund eine neue Klimakampagne. Unter dem Motto »Mission: Klima retten! powered by heaven« sollen junge Menschen in den kommenden zwei Jahren motiviert werden, sich in ihrem Umfeld oder in der Kirche für Umweltschutz und Klimagerechtigkeit einzusetzen, wie der Umweltbeauftragte der westfälischen Kirche und Initiator, Pfarrer Klaus Breyer, in Schwerte mitteilte. Die Kampagne schlage damit einen Bogen von bereits etablierten Projekten wie dem 2003 eingeführten

Umweltmanagementsystem »Grüner Hahn« für Gemeinden hin zur kirchlichen Jugendarbeit.

Angelehnt an die Lebenswelt junger Menschen sollen bis 2013 Aktionsbausteine und Workshops zu den Themen Ernährung, Mobilität und Energie entwickelt und umgesetzt werden, wie es hieß. Herzstück ist eine multimediale Ausstellung, die ab 2012 durch westfälische Gemeinden, Jugendeinrichtungen und Schulen wandern und dort durch weitere Musik-, Video- oder Textbeiträge von Jugendlichen erweitert werden soll. Geplante Stationen sind unter anderem Hamm, das Münsterland und Bielefeld.

Der westfälische Präses Alfred Buß und der Dortmunder Bürgermeister Ulrich Sierau (SPD) eröffnen die Kampagne mit Ausstellung am 17. September in der Jugendkirche in Dortmund-Wambel. Zum Programm des Aktionstages gehören den Angaben nach ein Jugendgottesdienst, eine Foto-Aktion für persönliche Botschaften an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und den Bundestag sowie Mitmach-Ideen zum kreativen Umweltschutz. Der Wittener Chor »Soul Teens« wird fürs Klima Gospel singen, und für einen »Besser-Essen-Brunch« werden Rezepte gesammelt.

Träger der Kampagne sind das landeskirchliche Institut für Kirche und Gesellschaft in Schwerte, das Amt

für Jugendarbeit und das Amt für Weltverantwortung (MÖWe) sowie der internationale Kirchenbund Vereinte Evangelische Mission (VEM). Gefördert wird die Kampagne von der Stiftung Umwelt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED).

Bis zum 9. September können sich Jugendliche mit Projektideen zum Aktionstag in Dortmund anmelden: Telefon 02304/755-325 oder E-Mail: [info@poweredbyheaven.de](mailto:info@poweredbyheaven.de)

Internet: [www.jugendkirche-do.de](http://www.jugendkirche-do.de);  
[www.poweredbyheaven.de](http://www.poweredbyheaven.de)

KIRCHEN

## Mission: Klima retten!

Westfälische Kirche will mit Jugendkampagne zum Umweltschutz motivieren

**Dortmund/Schwerte** (epd). Der 25-jährige Thomas aus Sambia wirbt für Strom aus Sonnenenergie mit einer selbst gebauten Solardusche. Die Italienerinnen Sophia und Sarah, 20 und 21 Jahre alt, rufen mit der 17-jährigen Svenja aus Deutschland in ihrem zusammen komponierten Song »Our World« zum Umdenken auf. Und der 18-jährige Connor aus Irland kritisiert in seiner Collage aus Werbeanzeigen den hohen Fleischkonsum in westlichen Ländern. Sie alle kommen mit ihren Botschaften in einer multimedialen Wanderausstellung der Evangelische Kirche von Westfalen zum Klimaschutz zu Wort.

Die Ausstellung ist Mittelpunkt der neuen Kampagne »Mission: Klima retten! powered by heaven«, die am 17. September mit einem Aktionstag in der Jugendkirche in Dortmund-Wambel startet. Neben einem Jugendgottesdienst mit dem westfälischen Präses Alfred Buß sollen Foto-Botschaften an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aufgenommen, Mitmach-Ideen zum aktiv-kreativen Umweltschutz vorgestellt und fürs Klima »gegospelt« werden. Auch ein großer »Besser-Essen-Brunch« ist geplant.

Die westfälische Kirche engagiere sich auf vielfältige Weise für den Klimaschutz, sagt der Umweltbeauftragte der westfälischen Kirche und Initiator der Kampagne, Pfarrer Klaus Breyer. Mit dem 2003 gestarteten landeskirchlichen Umweltmanagementsystem »Grüner Hahn«, das auf einen sparsamen Wasser- und Energieverbrauch sowie weniger Müllverbrauch in kirchlichen Einrichtungen setzt, und dem ökofairen Projekt »Zukunft einkaufen« trügen bereits über 120 Gemeinden und kirchliche Einrichtungen in Westfalen aktiv zur »Energiewende im Kleinen«



**Die Evangelische Kirche von Westfalen startet am 17. September in Dortmund eine landesweite Klimakampagne, die junge Menschen motivieren soll, sich in ihrem Umfeld oder in der Kirche für Umweltschutz und Klimagerechtigkeit einzusetzen.**

*epd-west*

bei. Die Kampagne »Mission: Klima retten!« schlage nun den Bogen zur kirchlichen Jugendarbeit.

»Es ist uns ein besonderes Anliegen, beim Thema Klimagerechtigkeit die Jugend und künftige Generationen im Blick zu haben«, betont der Leiter des Schwerter Instituts für Kirche und Gesellschaft (IKG) der westfälischen Kirche. Dabei sollten keine festen Vorgaben gemacht werden, sagt Projektleiterin Ann-Katrin Becker vom Institut. Vielmehr würden mit den Jugendlichen zusammen konkrete Strategien erarbeitet und ausprobiert, wie sie sich in der Familie, Schule, Sportverein oder in ihrer Kirchengemeinde für den Klimaschutz einsetzen können.

Träger der Kampagne sind das IKG, die Jugendarbeit und das Amt für Weltverantwortung (MÖWe) der westfälischen Kirche sowie der internationale Kirchenbund Vereinte Evangelische Mission (VEM). Gefördert wird die



Kampagne von der Stiftung Umwelt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED).

Die bei einem 14-tägigen Klimacamp entstandene Wanderausstellung, die ab 2012 unter anderem in Hamm, Münster und Bielefeld Station macht, ist interaktiv angelegt. An den jeweiligen Standorten solle die Schau um weitere Beiträge von Jugendlichen erweitert werden, sagte Becker. »Sie orientiert sich dabei an ihrer Lebenswelt mit Videos, Musik und Flashmob-Aktionen zu den Themen Ernährung, Mobilität und Energie.« Aktionsbeispiele fallen der 28-Jährigen viele ein: Veggie-Kochkurse, Klima-Spendenläufe, Bike-Sharing, politische Nachtgebete über Atomenergie, Ökostromwechselfest oder weltweite Chatrunden.

Die Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima zeigten, dass Atomenergie nicht beherrschbar sei. Aber auch Kohlekraftwerke, die hohe Werte an CO<sub>2</sub> in die Luft pusten und damit den Klimawandel weiter verstärken, stellten keine Alternative dar, erklärt Becker, die an der Universität Münster Politikwissenschaften mit Schwerpunkt Entwicklungshilfe und Umwelt studiert hat. Dagegen nehme Strom aus Sonne, Wind und Wasser keinen Schaden an der Umwelt.

Der Verbraucher müsse nicht gleich das Leben umkrepeln, sondern könne sich Schritt für Schritt erreichbare Ziele setzen, rät Pfarrer Breyer. »Das Motto lautet hier 'besser, weniger, anders'.« Das Umstellen auf Öko-Strom etwa sei längst nicht mehr teurer als herkömmlicher Strom. Ungenutzte elektrische Geräte sollten nicht auf Stand-by-Betrieb bleiben. Auch spare es Energie, nach dem Handyaufladen das Netzkabel aus der Steckdose zu ziehen und das Licht in leeren Räumen auszuschalten. Für kurze Wege wie der Sonntagsbrötchen-Kauf reiche das Rad, ein autofreier Ausflugstag für die Familie bringe zudem ein Stück Lebensqualität. Und anstatt nicht mehr getragene Sachen wegzuworfen, seien Kleidertauschpartys der neueste Trend.

Ann-Katrin Becker gibt zu, dass ein komplett ökologisch ausgerichteter Lebensstil mitunter mit persönlichen Wünschen kollidiert. »Meine Ökobilanz ist gut, ich fahr täglich mit der Bahn von Münster nach Dortmund zur Arbeit, beziehe schon lange Strom aus regenerativen Energien«, sagt die 28-Jährige, »aber nach drei Sommerurlauben am IJsselmeer hätte ich schon Lust, in ein Land zu fliegen, das weiter weg liegt als die Niederlande.«

Internet: [www.jugendkirche-do.de](http://www.jugendkirche-do.de);  
[www.poweredbyheaven.de](http://www.poweredbyheaven.de) *Katrin Nordwald (epd)*

KIRCHEN

## Papst ermutigt deutsche Bischöfe bei Audienz zu innerkirchlichem Dialog

**Castel Gandolfo/Bonn** (epd). Papst Benedikt XVI. hat am Samstag mehrere deutsche Bischöfe zu einer Audienz empfangen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, der Münchner Kardinal Reinhard Marx, der Osnabrücker Bischof Franz Josef Bode und sein Essener Amtbruder Franz-Josef Overbeck hätten den Papst über den Stand des Gesprächsprozesses innerhalb der katholischen Kirche in Deutschland informiert, teilte die Deutsche Bischofskonferenz in Bonn mit. Der Dialog zwischen verschiedenen Gruppen in der Kirche wurde im vergangenen Jahr unter Eindruck der Missbrauchsskandale in katholischen Einrichtungen beschlossen.

Der Papst habe sich sehr interessiert an dem Prozess gezeigt, der wichtige Impulse für den Weg der Kirche in die Zukunft geben solle, hieß es weiter. Er habe den Dialog als geistlichen Weg der Erneuerung gewürdigt und die deutschen Bischöfe ermutigt, in diese Richtung weiter zu gehen. Das Gespräch in der päpstlichen Sommerre-



**Papst Benedikt XVI. empfängt Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz**

*epd-bild / Osservatore Romano*

sidenz Castel Gandolfo bei Rom habe fast drei Stunden gedauert. Bei dem Dialog, der bis 2015 angelegt ist, soll es unter anderem um die Frage gehen, wie Laien besser in kirchliche Prozesse eingebunden werden können.

## Altbischof Huber vermisst Weitsicht im politischen Krisenmanagement

**Berlin** (epd). Beim politischen Krisenmanagement in der zugespitzten Finanzmarktsituation vermisst der evangelische Altbischof Wolfgang Huber an Nachhaltigkeit orientierte Ziele. Die vagen Zielsetzungen bei der Bekämpfung der Schulden- und Eurokrise gefährdeten die Verlässlichkeit rechtlicher Regelungen und das Zutrauen der Bürger, sagte der Sozialethiker in einem epd-Gespräch. »Die Krisen werden mit Rettungsinterventionen bekämpft, die die Schulden vermehren, die gleichzeitig bekämpft werden sollen.«

Wenn das Verbot innerhalb der Europäischen Union, die Schulden anderer Staaten zu übernehmen, so eklatant in den Wind geschlagen werde, werfe dies ernste Fragen auf, sagte der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). So stelle sich die Frage, ob die EU die Funktion einer »Haftungsgemeinschaft« übernehme, statt dass mit Vorrang die Umschuldung der betroffenen Staaten betrieben würde. »Steckt darin eine Erlaubnis für einzelne EU-Mitglieder, eine Haushalts- und eine Schuldenpolitik zu betreiben, die dann die Bonität ganzer Staaten in Frage stellt?« Es dränge sich der Eindruck auf, die Politik verfare nach dem Satz »Not kennt kein Gebot«, fügte Huber hinzu.

Auch vermisse er gezielte Maßnahmen gegen die Spekulation auf Zahlungsschwierigkeiten von Staaten. Einige der Banken und Finanzmarktakteure, die im Zuge der Finanzkrise mit Steuergeldern gerettet wurden, spekulierten jetzt gegen die Interessen ihrer Staaten und

Währungen. Dies zu erkennen und zu unterbinden, sei eine dringliche Aufgabe der Politik.

Dies sei für das Zutrauen in die Politik eine gefährliche Entwicklung, warnte der evangelische Theologieprofessor. Gerade Menschen, die in Generationszyklen dächten, verspürten eine starke Ratlosigkeit. Menschen, die Verantwortung für ihre Kinder und Enkel übernehmen, seien besorgt und fragten sich, unter welchen Bedingungen die nachfolgende Generation leben werde.

Von Politik und Wirtschaft erwartet Huber, dass sie diese Besorgnisse wahrnehmen. Politische und wirtschaftliche Akteure dürften nicht nur als »Getriebene« einer krisenhaften Entwicklung reagieren. Vielmehr müssten sie dazu beitragen, »dass wir eine lebensfähige, wirtschaftlich leistungsfähige und den Zusammenhalt der Generationen fördernde Gesellschaft sind«. Die von der EKD in der globalen Finanzmarktkrise 2009 befürwortete Fortentwicklung der Marktwirtschaft zu einer ökologischen, global verantworteten, sozialen Marktwirtschaft sei unverändert richtig.

Bei Einsparungen zur notwendigen Haushaltskonsolidierung muss laut Huber darauf geachtet werden, dass nicht elementare Fürsorgeverpflichtungen, allen voran im Bereich der Bildung, aufgekündigt würden. Wenn dies drohe, müsse sich eine kritische Öffentlichkeit - die Kirchen eingeschlossen - zu Wort melden, empfahl der Sozialethiker.

*epd-Gespräch: Rainer Clos*

## Landeskirche protestiert gegen Polizeieinsatz bei Jugendpfarrer

**Erfurt/Jena/Dresden** (epd). Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland hat gegen einen Einsatz der sächsischen Polizei gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König protestiert. Die Durchsuchung des Dienstzimmers Königs und die Beschlagnahme von Datenträgern mit dienstlichen und damit auch seelsorgerlichen Belangen sei skandalös, sagte Landesbischöfin Ilse Junkermann am Donnerstag. Die evangelische Landeskirche sieht einen »gravierenden Eingriff« in ihr Selbstbestimmungsrecht.

Die Kirche sowie Landespolitiker aus Thüringen und Sachsen hatten die fünfstündige Aktion der sächsischen Polizei ohne Einbeziehung von Thüringer Behörden be-

reits am Mittwoch scharf kritisiert. Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft dem 56-jährigen Jugendpfarrer vor, er habe bei Protestaktionen gegen einen Nazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden mit Lautsprecherdurchsagen »zu Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen aufgewiegelt«.

Bischöfin Junkermann betonte, für die Arbeit der Pfarrer sei es von zentraler Bedeutung, dass sich ihnen Menschen anvertrauen können, »ohne die staatliche Kenntnisnahme befürchten zu müssen«. Dieses Interesse sei verfassungsrechtlich geschützt. »Die Religionsfreiheit und die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes ver-

bieten es, dass Unterlagen im Zusammenhang mit seelsorgerlichen Informationen dem Staat zur Kenntnis gelangen oder auch nur gelangen können.«

Die Mitnahme des Computers und von Unterlagen aus dem Dienstzimmer des Theologen »lässt die staatliche Kenntnisnahme von seelsorgerlichen Daten befürchten und hat daher zumindest den dringenden Verdacht, rechtswidrig zu sein«, sagte die Bischöfin. Für sie stelle

## Papstbesuch

### Linke fragt nach Kosten

**Berlin** (epd). Die Linke-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, alle anfallenden Kosten für den Deutschlandbesuch von Papst Benedikt XVI. anzugeben. Daneben soll die Bundesregierung Auskunft erteilen über Absperrungen, Polizeikontrollen und den möglichen Einsatz von Hubschraubern als Sicherheitsmaßnahmen, heißt es in einer am Mittwoch in Berlin veröffentlichten parlamentarischen Anfrage der Linksfraktion an die Bundesregierung.

Nach Ansicht der Linken wirft der Besuch des Papstes Fragen zum Verhältnis zwischen Staat und Kirchen auf. Die Fraktion fordert von der Bundesregierung daher auch Auskünfte zur völkerrechtlichen Einordnung des Papstes als Staatsoberhaupt. Zudem wird gefragt, ob auch offizielle Besuche anderer Führer von Religionsgemeinschaften möglich seien.

Darüber hinaus will die Linke wissen, wie die Bundesregierung zu den Positionen von Benedikt XVI. zu Sexualmoral, Abtreibung und Gleichberechtigung steht und ob sie Stellung nehmen will zum Umgang des Vatikans mit den Opfern von sexuellem Missbrauch innerhalb der katholischen Kirche. Zum Schluss sorgt sich die Linke darüber, dass sich die Regierungskoalition durch die »außerordentlich öffentlichkeitswirksame Inszenierungen des Papstes zusammen mit ihren Vertreterinnen und Vertretern einen ungerechtfertigten Vorteil gegenüber anderen Parteien verschaffen« könnte.

## Papst-Gegner

### Wahrscheinlich kein Protest am Brandenburger Tor

**Berlin** (epd). Die Organisatoren der Anti-Papst-Demo in Berlin stellen sich auf einen alternativen Startpunkt ihres

sich auch »die Frage nach der Verhältnismäßigkeit«, betonte Junkermann. Auch die Präsidentin des Landeskirchenamtes, Brigitte Andrae, kritisierte die Missachtung des besonderen Vertrauensschutzes für kirchliche Räume und Amtsträger als »höchst bedenklich«. »Als Landeskirche protestieren wir gegen diese Vorgehensweise und fordern eine Klärung dieser Fragen«, so Andrae.

Protestumzugs ein. Die Versammlungsbehörde werde die Bannmeile zum Schutz des Papstes voraussichtlich auf das Brandenburger Tor erweitern, sagte der Geschäftsführer des Christopher Street Days und Demo-Organisator Robert Kastl dem epd am 8. August nach Gesprächen mit den Sicherheitsbehörden in Berlin. Ursprünglich sollte die Kundgebung des Bündnisses »Der Papst kommt« dort starten.

Die Polizei wollte die Ausweitung des Schutzbereichs zunächst nicht bestätigen. Durch sie würde eine Kundgebung am Pariser Platz nicht genehmigt.

Laut Kastl will das Bündnis gegen einen solchen Beschluss nicht klagen. Bei einem Treffen des Netzwerks in der vergangenen Woche war noch einstimmig beschlossen worden, den Rechtsweg auszuschöpfen, um am Brandenburger Tor demonstrieren zu können. Nach Beratungen mit Juristen sei er nun aber zu der Auffassung gelangt, dass es kaum eine Chance auf Erfolg gebe, sagte Kastl.

Das Bündnis werde sich auf einen alternativen Startpunkt einigen müssen. Bei dem Gespräch mit der Polizei habe sich gezeigt, dass der Potsdamer Platz genehmigungsfähig sei. »Damit könnten wir gut leben.« Infrage steht indes auch der geplante Endpunkt der Demonstration, zu der das Bündnis nach eigenen Angaben eine Teilnehmerzahl im fünfstelligen Bereich erwartet. Die Abschlusskundgebung soll nach bisheriger Planung an der St. Hedwigs-Kathedrale stattfinden. »Der Platz wird wahrscheinlich zu klein«, sagt Kastl.

Das Bündnis »Der Papst kommt« plant für den 22. September eine Demonstration, bei der gegen die »menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik« des Papstes protestiert werden soll. Angeprangert werden unter anderem der Umgang der katholischen Kirche mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, die Frauenpolitik und das Kondomverbot. Benedikt XVI. besucht Deutschland vom 22. bis 25. September.

KIRCHEN



## Sozialer Betrieb webt Altartuch für Papstbesuch

Textilien mit Gold- und Silberfäden sollen in Etzelsbach und Erfurt zum Einsatz kommen

**Besenhausen/ Kr. Göttingen** (epd). Zum Deutschlandbesuch von Papst Benedikt XVI. weben derzeit auf dem Rittergut Besenhausen bei Göttingen Frauen eines sozialen Betriebes ein Altartuch und zwei Stuhlbehänge. Verarbeitet würden kostbare Gold- und Silberfäden, sagte Silvia Hesse, Geschäftsführerin der Handweberei Rosenwinkel, am Dienstag. Die handgemachten Produkte sollen zum Einsatz kommen, wenn der Papst am 23. und 24. September eine Marienvesper im thüringischen Etzelsbach und eine Heilige Messe auf dem Domplatz in Erfurt feiert.

Das Altartuch und einer der Stuhlbehänge seien Spenden der Weberei. Den zweiten Stuhlbehang für die Messe in Erfurt erwirbt das Bistum Erfurt von der Weberei, sagte Bistumssprecher Andreas Wallbillich. Über die Kosten wurden keine Angaben gemacht.

Das Altartuch ist den Angaben zufolge mattweiß und rund anderthalb mal zwei Meter groß. Die Stuhlbehänge sind 25 mal 60 Zentimeter groß und sollen über die Stühle gehängt werden, auf denen der Papst Platz nehmen wird. Sie zeigten das Papstwappen mit dem Freisinger Mohren, einer Pilgermuschel und einem Bären, sagte Bistumssprecher Wallbillich. Was nach dem Papstbesuch mit den Textilien passiert, sei noch unklar. »Jedenfalls werden wir sie aufbewahren und in Ehren halten.«

Die Produkte aus Halbleinen und Wolle von Leineschafen aus der Region seien in einem sehr anspruchsvollen Webverfahren entstanden, sagte Handwebergesellin Nele Knierim. »Das ist etwas völlig anderes, als die



**Zum Deutschlandbesuch von Papst Benedikt XVI. weben derzeit auf dem Rittergut Besenhausen bei Göttingen mehrere Frauen eines sozialen Betriebes ein Altartuch und zwei Stuhlbehänge (Foto vom 09.08.2011).**

*epd-bild/Per Schröter/Landpixel*

Tücher oder Teppiche, die wir hier sonst anfertigen.« Um die genau vorgegebenen Farbtöne zu treffen, sei das Material in etlichen Versuchen eingefärbt worden. Die Konturen des Wappens würden nach dem Weben mit der Nadel nachgearbeitet.

Die Handweberei Rosenwinkel wurde 1992 als sozialer Betrieb in Trägerschaft eines gemeinnützigen Vereins gegründet. Derzeit arbeiten dort elf Frauen. Ziel des sozialen Betriebes sei es, Ausbildungsplätze und Dauerarbeitsplätze für behinderte oder anderweitig benachteiligte Menschen zu schaffen. Zugleich solle traditionelle Handwerkskunst mit innovativem Design verbunden werden.

Die nächsten zwei Wochen sollen dafür genutzt werden, den tatsächlichen Platzbedarf und die Kapazitäten im Olympiastadion zu prüfen, teilte das Erzbistum mit. Interessenten für einen Besuch des Gottesdienstes könnten aber weiterhin auf dem Anmeldeformular unter [www.papst-in-deutschland.de](http://www.papst-in-deutschland.de) ihre E-Mail-Adresse hinterlassen. Sie würden dann informiert, sobald Anmeldungen wieder möglich sind.

Der Papst besucht vom 22. bis 25. September Deutschland. Stationen seiner Reise sind außer Berlin das Bistum Erfurt und Freiburg. Neben mehreren Open-Air-Gottesdiensten sind eine Rede vor dem Deutschen Bundestag sowie eine Begegnung mit Vertretern der

### Papstbesuch

## Riesenandrang für Berliner Papst-Gottesdienst

**Berlin** (epd). Die Online-Anmeldung für den Gottesdienst mit Papst Benedikt XVI. im Berliner Olympiastadion ist vorübergehend ausgesetzt worden. Bisher hätten sich rund 64.000 Menschen für den Gottesdienst am 22. September angemeldet, teilte das Erzbistum Berlin am Mittwoch mit. Derzeit werde mit rund 6.000 weiteren Ehrengästen und Teilnehmern aus Pfarrei- und Gruppenanmeldungen gerechnet. Das Berliner Olympiastadion bietet rund 70.000 Menschen Platz.

Evangelischen Kirche in Deutschland im Erfurter Augustinerkloster geplant.

Die viertägige Reise ist der erste offizielle Besuch von Benedikt XVI. in seiner deutschen Heimat. 2005 war er

als katholisches Kirchenoberhaupt beim Weltjugendtag in Köln zu Gast. Seine Reise nach Bayern im Jahr darauf hatte er als privat bezeichnet.

Internet: [www.papst-in-deutschland.de](http://www.papst-in-deutschland.de)

KIRCHEN

## »Wir sahen das Unrecht, ohne einzugreifen«

Der 99-jährige Albrecht Heymann war in der NS-Zeit Pfarrer der Bekennenden Kirche

**Worms** (epd). Nach dem Tod des lungenkranken nationalsozialistischen Ortsgruppenleiters waren nicht alle Trauergäste begeistert von Albrecht Heymanns Trauerpredigt. Wie er es wagen könne, ausgerechnet über einen Text aus dem Alten Testament, dem »Judenbuch«, zu sprechen, fauchte ihn ein NS-Bonze an. Mit 23 Jahren hatte der junge Theologe 1935 seine erste Pfarrstelle zugewiesen bekommen - die beiden Westerwald-Ortschaften Roßbach und Freirachdorf. Heymann, inzwischen 99 Jahre alt, ist einer der letzten Zeitzeugen, der über seine Zeit als evangelischer Pfarrer im Dritten Reich berichten kann. Und darüber, wie er in Konflikt mit dem System geriet.

Auch in den meisten evangelischen Landeskirchen hatten nach der Machtübernahme von Adolf Hitler nationalsozialistische Kräfte die Oberhand gewonnen. In der Bekennenden Kirche organisierte sich eine Gegenbewegung zu den von den antisemitischen »Deutschen Christen« dominierten offiziellen Kirchenleitungen. Schon als Student am Predigerseminar sei für ihn klar gewesen, auf welcher Seite er stehen würde, sagt Heymann, der heute in Worms lebt: »Die Bekennende Kirche war theologisch und geistlich die führende Kraft.« Der junge Pfarrer weigerte sich, die offizielle Kirchenleitung anzuerkennen und hielt stattdessen dem Landesbruderrat der Bekennenden Kirche die Treue.

Wegen Ungehorsams gegenüber den Dienstvorgesetzten wurde er bald von seinem Pfarramt enthoben, sein Kirchenvorstand allerdings beschloss, dass der Pfarrer bleiben solle. Die Kirchenleitung schickte einen Nachfolger in den Westerwald. Der nahm die Kirchenschlüssel an sich, aber kaum jemand besuchte seine Gottesdienste. Heymann predigte zeitgleich einfach im eine halbe Stunde Fußmarsch entfernt gelegenen Nachbardorf - damals eine typische Situation vieler zerrissener Kirchengemeinden. »Wir hatten weder Pfarrhaus, noch Kirche, aber wir hatten die Gemeinde«, erzählt der Theologe. »Dieser Rückhalt war ein Erlebnis, das mich mein ganzes Leben lang getragen hat.«

Nachdem Heymann schließlich von den NS-Behörden aus dem Landkreis ausgewiesen und seine



Der 99-jährige Albrecht Heymann war in der NS-Zeit Pfarrer der Bekennenden Kirche

epd-bild / Andrea Enderlein

Wohnung zwangsgeräumt worden war, wagten die Bauern im Ort einen für die damalige Zeit bemerkenswerten Akt zivilen Ungehorsams. Sie weigerten sich, ihre Milch an den bei der Wohnungsräumung beteiligten Milchfahrer zu verkaufen, was die Polizei als Sabotageakt einstufte. Als mutmaßlicher Drahtzieher wurde Albrecht Heymann in Untersuchungshaft genommen, saß zwei Wochen im Gefängnis der Kreisstadt Hachenburg. »Bei der Einlieferung musste ich als erstes meine Hosenträger abgeben, damit ich mich nicht erhängen konnte«, erinnert er sich. Später, nach einer zweiten Festnahme, kam er sogar in eine Gestapo-Zelle in Frankfurt.

Schließlich wurde der Pfarrer ohne offizielle Anklage wieder entlassen. Die Bekennende Kirche wies Heymann einer Gemeinde in Worms zu, die illegale Parallelstrukturen zu denen der Amtskirche aufgebaut hatte. »Der Landesbruderrat hat immer für uns gesorgt«, erzählt er. »Woher die das Geld hatten, ist mir bis heute ein Rätsel.« Nach Kriegsbeginn wurde der Theologe zur Wehrmacht eingezogen, marschierte als einfacher Soldat zuerst mit den siegreichen deutschen Truppen durch Frankreich und erlebte dann den Horror des Russland-Feldzugs, wo er schwer verwundet wurde.

Als die hessen-nassauische evangelische Landeskirche sich nach dem Krieg eine neue Grundordnung gab,

wurde mit Martin Niemöller ein führender Vertreter der Bekennenden Kirche zum ersten Kirchenpräsidenten gewählt. Heymann, der sofort nach Ende der NS-Zeit wieder in den Pfarrdienst aufgenommen wurde, gehörte zu den

Teilnehmern der Gründungssynode. Die Schrecken des Weltkriegs hatten sein Gottvertrauen nicht erschüttern können.

*Von Karsten Packeiser (epd)*

**KIRCHEN**

## Kopten-Papst Shenouda III. erhält Augsburger Friedenspreis

**Augsburg** (epd). Papst Shenouda III. von Alexandrien, Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche, erhält den Augsburger Friedenspreis 2011. Sein Wirken als Brückenbauer zwischen den christlichen Konfessionen, aber auch zwischen Christen und Muslimen in seiner Heimat Ägypten habe die Jury überzeugt, sagte Augsburgs Oberbürgermeister Kurt Gribl am 8. August bei der Bekanntgabe des Preisträgers. Der Friedenspreis ist mit 12.500 Euro dotiert und wird alle drei Jahre von der Stadt Augsburg und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern verliehen.

Das Oberhaupt der Koptischen Orthodoxen Kirche habe sich intensiv um ein friedliches Zusammenleben von Christen und Muslimen in Ägypten bemüht, zuletzt nach den Anschlägen auf koptische Christen zum Jahreswechsel, begründete der Jury-Vorsitzende, der evangelische Regionalbischof Michael Grabow, die Entscheidung. Der heute 88-Jährige sei ein unermüdlicher Friedensstifter, der wichtige Impulse für eine Öffnung der koptischen Christen zur weltweiten Ökumene gegeben habe.

Die koptisch-orthodoxe Kirche steht in der Tradition des frühchristlichen Patriarchats von Alexandrien. Von den 80 Millionen Ägyptern sind Schätzungen zufolge zehn Prozent koptische Christen. Shenouda ist seit 1971 Oberhaupt der weltweit rund zehn Millionen koptisch-orthodoxen Christen.

Regionalbischof Grabow wird die Auszeichnung am 29. Oktober vornehmen. Die Laudatio wird der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Wolfgang Huber, halten. Der Augsburger Friedenspreis würdigt Persönlichkeiten, die sich um ein tolerantes und friedfertiges Miteinander der Religionen und Kulturen verdient gemacht haben. Der Preis wurde 1985 von der Stadt Augsburg und der bayerischen Landeskirche ins Leben gerufen. Zu den bisherigen Preisträgern zählen der frühere sowjetische Präsident und Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow, Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker und der jordanische Prinz El Hassan bin Talal.

## Der große Mann der Ökumene

**Der ehemalige ÖRK-Generalsekretär Philip Potter wird 90 Jahre alt**

**Lübeck** (epd). Neun Vollversammlungen hat der Weltkirchenrat seit seiner Gründung 1948 veranstaltet, und nur ein einziger Mann war bei allen Konferenzen dabei: Philip Potter wird am 19. August seinen 90. Geburtstag feiern. Von 1972 bis 1984 war er Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Genf, der erste Vertreter aus der Dritten Welt in diesem Amt. Dort lernte er auch seine Frau, die ehemalige Lübecker Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter (67), kennen.

Seinen Geburtstag wird Potter im kleinen Kreis in Lübeck feiern. Das Fest mit der »ökumenischen Großfamilie« findet dann zwei Tage später mit 120 Gästen im »Haus am Schüberg« bei Hamburg statt. Erwartet werden unter anderem der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, die Grünen-Politikerin Antje Vollmer und die finnische Bi-



**Philip Potter mit Ehefrau Bärbel Wartenberg-Potter in Lübeck**  
*epd-bild / Thomas Morell*

schöfin Irja Askola. Vorgestellt wird dort ein neues Buch mit Texten von Philip Potter und ein Film über sein Leben.

Geboren ist Potter auf Domenica, einer Karibik-Insel von der Größe Hamburgs. Schon seine Kindheit war ökumenisch geprägt. Sein katholischer Großvater nahm ihn sonntags mit in seine Kirche. Die alleinerziehende Mutter dagegen war überzeugte Methodistin. Seinen Namen hat er von einem befreundeten katholischen Bischof. Konfessionelle Grenzen empfand Philip schon als Kind befremdlich: »An sechs Tagen in der Woche machten wir alles zusammen, nur sonntags waren wir getrennt.« In seinem Stammbaum habe es afrikanische Sklaven, Kariben und eine irische Adelsfamilie gegeben, sagt seine Frau Bärbel Wartenberg-Potter. Das »Echo in seinen Knochen« sei sehr vielfältig, und deshalb sei es ihm immer leicht gefallen, auch mit Menschen in verschiedensten Kulturen in Kontakt zu kommen.

Nach seinem Studium in Kingston (Jamaika) und London war Potter in der christlichen Studentenbewegung SCM aktiv. Zur ersten ÖRK-Vollversammlung 1948 in Amsterdam kam er als Sprecher der Jugenddelegation. Sein Engagement für die Armen führte ihn zwei Jahre später als Methodisten-Pastor nach Haiti, wo er vier Jahre blieb. Von da an arbeitete er in verschiedenen Funktionen beim ÖRK, ehe er 1972 zum Generalsekretär gewählt wurde.

Potter hat sein Amt immer auch politisch verstanden. »In der einen Hand die Bibel, in der anderen die Zeitung«, war sein Motto. Besonderes engagiert war er im Kampf gegen den Rassismus – auch in den Kirchen. Seine Wahl an die Spitze des Weltkirchenrats war auch ein Signal, dass sich das Zentrum der Christenheit von der nördlichen zur südlichen Erdhalbkugel verschoben hatte. 1971 erhielt Potter seinen ersten Ehrendoktor von der Universität Hamburg, später auch einen der Universität Kapstadt. Besonders stolz ist er auf den japanischen Friedenspreis, der ihm 1986 von der buddhistischen Niwano Peace Foundation verliehen wurde. Nach seiner Pensionierung zog er mit seiner Frau von Genf nach Jamaika, wo beide an der Universität Kingston Theologie lehrten.

Seit Bärbel Wartenberg-Potter 2001 zur Lübecker Bischöfin gewählt wurde, leben beide in Lübeck. Das hohe Alter hat Spuren bei ihm hinterlassen. Sein Gang ist langsam geworden und sein Gedächtnis nicht mehr so aufnahmefähig wie früher. Mit einer fröhlichen Gelassenheit blickt er auf sein Leben und die Entwicklung der Ökumene. Der Dialog der Religionen sei wesentlich intensiver als früher, bilanziert er nach mehr als 60 Jahren Engagement in der Ökumene. Es wachse das Bewusstsein, dass Christen in dieser Welt eine große Gemeinschaft sind und wichtige Verantwortung tragen.

*Thomas Morell (epd)*

KIRCHEN



## Berlin hält im Gedenken an den Mauerbau inne

20.000 Menschen besuchen neue Ausstellung in Mauer-Gedenkstätte

**Berlin** (epd). Stille und Glockengeläut: Zur Erinnerung an die Todesopfer der innerdeutschen Grenze haben in Berlin und anderen Orten in Ostdeutschland die Menschen am Samstag innegehalten. Am 50. Jahrestag des Mauerbaus gedachten in der Bundeshauptstadt führende Politiker, Kirchenvertreter und Bürgerrechtler der mindestens 136 Mauertoten. Ihr Gedenken war verbunden mit einem Appell zu einer stärkeren Beschäftigung mit der DDR-Geschichte und gegen eine Verharmlosung des SED-Regimes.

»Mittel und Wege der Machtausübung in diesem Staat waren verbrecherisch, und das ist vielen Deutschen nicht bewusst«, mahnte Bundespräsident Christian Wulff bei der zentralen Gedenkfeier an den Mauerresten in der Bernauer Straße in Berlin. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) sagte, er habe keinerlei Verständnis für diejenigen, die Teilung und Mauer nostalgisch erklärten: »Die Mauer war Teil eines diktatorischen Systems, eines Unrechtsstaates.«

Die DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier, die einst selbst die Flucht wagte, dabei entdeckt, dann inhaftiert und später aus der DDR ausgewiesen wurde, erinnerte in einer bewegenden Ansprache an die Maueropfer. »Was für ein umbarmherziges System war das, von dem heute noch Zahlreiche schwärmen«, fragte sie in die Menge.

Neben Wulff waren auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundestagspräsident Norbert Lammert (beide CDU) beim Gedenken an den Mauerbau am 13. August 1961 anwesend. Um 12 Uhr legten Hunderte Besucher der Gedenkstätte eine Schweigeminute ein. Auch Busse und Bahnen des öffentlichen Nahverkehrs standen still.

Bundespräsident Wulff eröffnete zudem den zweiten Teil der Open-Air-Ausstellung in der Gedenkstätte an der Bernauer Straße. Dort verweisen 26 Infostelen und 22 großformatige Fotos an den umliegenden Häuserwänden auf gegrabene Fluchttunnel und Häuser, die mit dem Beginn des Mauerbaus Teil der Grenze und später abgerissen wurden. Bis zum Abend besuchten nach Angaben der Gedenkstätte 20.000 Menschen den neuen Abschnitt im ehemaligen Todesstreifen.

In Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern wurde am Samstag ebenfalls an den Mauerbau erinnert. In Potsdam luden evangelische Kirche, Landesregierung und Parlament zu einer



**Berliner Bürger beobachten am Samstag, 13.08.2011, an der Berliner Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße / Ackerstraße die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Mauerbaus.**

*epd-bild / Rolf Zöllner*

Andacht in die Nikolaikirche. In Hötensleben (Sachsen-Anhalt) legten Landtagspräsident Detlef Gürth und Ministerpräsident Reiner Haseloff (beide CDU) Kränze am Grenzdenkmal nieder.

In Zarrentin (Mecklenburg-Vorpommern) wurde bei einer ökumenischen Andacht der Opfer gedacht. Regierungschef Erwin Sellering (SPD) stand dort seit Tagen in der Kritik, weil er der Gedenkfeier fernblieb, um sich mit Unternehmern in Rostock zu treffen. Dort erinnerte er nach Angaben der Staatskanzlei in seinem Grußwort an die innerdeutsche Grenze. Die Mauer sei Unrecht gewesen, »das durch nichts zu rechtfertigen« sei, erklärte Sellering.

Wowereit und Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) sagten derweil in Berlin, die Erfahrung der Mauer lehre, totalitären Weltanschauungen nie nachzugeben. Wowereit spielte dabei auf eine Kundgebung der NPD zum Mauerbau am früheren Grenzübergang Bornholmer Straße an. Gegen den Aufmarsch von etwa 55 Neonazis protestierten rund 650 Gegendemonstranten.

In Braunschweig machten der evangelische Landesbischof Friedrich Weber und Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) auf die Aktualität der Mauer aufmerksam. Weber sagte: »Über die Geschichte der Mauer ist kein Gras gewachsen.« In vielen Köpfen sei sie so mächtig wie eh und je. McAllister rief dazu auf, auch Abseits von Gedenktagen die Erinnerung an die innerdeutsche Teilung zu bewahren. Das schließe auch ein, »an die mutige und friedliche Revolution ein, die zur Wiedervereinigung geführt hat«, zu erinnern. *Corinna Buschow (epd)*



## Politiker fordern Lehren aus dem Mauerbau

**Wulff: Erinnerung kann zum Aufleben des totalitären Grundkonsenses führen**

**Berlin/Magdeburg/Erfurt/Potsdam/Plauen** (epd). Zum 50. Jahrestag des Mauerbaus haben führende Politiker an die Opfer des DDR-Grenzregimes erinnert. Bundespräsident Christian Wulff und die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer forderten am Freitag die Gesellschaft dazu auf, Lehren aus der Geschichte der deutschen Teilung zu ziehen. »Für mich wäre es ein großes Glück, wenn die Erinnerung an den 13. August 1961 zu einem neuen Aufleben des antitotalitären Grundkonsenses in Deutschland führt«, sagte Wulff der in Berlin erscheinenden Tageszeitung »Die Welt« (13. August). Die Lehre müsse heißen: »Nie wieder Krieg! Nie wieder Diktatur!«

Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper (SPD), sagte, die Sehnsucht der Mauerflüchtlinge nach einem besseren Leben in Freiheit und der Mut dieser Menschen habe sich in das Gedächtnis Berlins eingegraben. »Deshalb bleibt das Erinnern an die Berliner Mauer wichtig für unsere Stadt.« Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) bezeichnete den Mauerbau bei einer Gedenkfeier in der Sacrower Heilandskirche als »Bankrotterklärung des DDR-Staates«.

Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) sagte, die ganze Gesellschaft müsse dafür Sorge tragen, dass die Erinnerung an die Gräueltaten des SED-Regimes und an den Kalten Krieg als mahnendes Beispiel an die folgenden Generationen weitergegeben werde. Noch immer seien nicht alle Wunden der Trennung verheilt, erklärte Lieberknecht in Erfurt. Die Opfer der DDR-Diktatur litten auch weiterhin an den Folgen.

Auch Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich und der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, Reiner Haseloff

(beide CDU), betonten die Notwendigkeit der Erinnerung an die deutsche Teilung: »Dieses Unrecht darf niemals in Vergessenheit geraten und darf sich nie wiederholen«, erklärte Tillich in Plauen. Haseloff sagte in Magdeburg, dass keine Gesellschaft und kein Staat ohne Gedächtnis und Erinnerung leben könnten. Die Berliner Mauer sei keine abstrakte Geschichte und keine ferne Epoche, sondern ein Sinnbild für die Gefahren des Totalitarismus.

Die mitteldeutsche Bischöfin Ilse Junkermann forderte, beim Gedenken die Bedürfnisse Ostdeutscher stärker zu berücksichtigen. Es dominiere derzeit der westliche Gedanke, dass mit dem Mauerfall 1989 die Freiheit und damit das westliche Prinzip gesiegt habe, sagte die evangelische Theologin dem epd in Magdeburg. Viele Menschen aus dem Osten hielten die Erinnerung an dieses Trauma des Eingesperrtseins aber noch immer nicht aus.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) wandte sich indes gegen einen für Samstag geplanten Aufzug der rechtsextremen NPD in Berlin. Die Partei versuche es mit Provokationen, »die für Demokraten unerträglich sind«. Unter einem an den Jahrestag des Mauerbaus angelehnten Motto planen Neonazis nach Polizeiangaben für Samstagmittag eine Demonstration an der Böse-Brücke, dem ehemaligen Grenzübergang in der Bornholmer Straße. Die demokratischen Parteien haben zum Protest aufgerufen.

In der Nacht zum 13. August 1961 begann das DDR-Regime in Berlin mit dem Bau einer Mauer, um den Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland zu stoppen. An ihr kamen bis 1989 mindestens 136 Menschen zu Tode, darunter 98 Flüchtlinge.

## Eppelmann beklagt fehlendes Wissen über den SED-Unrechtsstaat

**Hamm** (epd). Gegen das Vergessen und für ein aktives Erinnern hat sich der Theologe und frühere CDU-Politiker Rainer Eppelmann am Freitagabend in Hamm ausgesprochen. Bei der Einweihung eines Platzes der Deutschen Einheit am Vorabend des 50. Jahrestags des Mauerbaus beklagte Eppelmann, der der ersten frei gewählten Regierung der DDR 1990 als Minister für Abrüstung und

Verteidigung angehörte, das fehlende Wissen über den SED-Unrechtsstaat.

Bei einer bundesweiten Umfrage unter 16- bis 18-jährigen Gymnasiasten hätten 19 Prozent den letzten SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker für einen Bandleader gehalten, sagte Eppelmann. Für 18 Prozent war der aus der DDR ausgebürgerte Liedermacher Wolf Biermann ein langjähriger

SED-Generalsekretär und der frühere Bundeskanzler Willy Brandt zweiter Generalsekretär der SED. Bei der gleichen Umfrage hätten 31 Prozent die Frage nach den Unterschieden zwischen einer Demokratie und einer Diktatur nicht beantworten können.

Eppelmann, Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, sprach sich dafür aus, nicht mehr das Wort Wende für den friedlichen Umsturz in der DDR zu verwenden. Das sei die Terminologie eines

Egon Krenz gewesen, der als Honecker-Nachfolger gehofft hatte, mit einigen Reformen das System retten zu können. In den Jahren 1989, 1990 und 1991 hätten sich den ehemaligen Ländern des Ostblocks vielmehr das Volk gegen ein marodes, wirtschaftlich bankrott und unmenschliches System erhoben und sich selbst befreit. Eppelmann, der in der DDR als evangelischer Pfarrer zur Oppositionsbewegung gehörte, geriet mehrfach in das Visier der Stasi.

## Bohl: kritisiert »Schönreden« des Mauerbaus

### Sachsens Landesbischof: Jugend-Krawalle im Osten unwahrscheinlich

**Saarbrücken** (epd). Zum 50. Jahrestag des Mauerbaus hat der sächsische Landesbischof Jochen Bohl die Linkspartei kritisiert. »Es ist beschämend, dass es in dieser Partei immer noch Menschen gibt, die versuchen, sich den Mauerbau schönzureden«, sagte der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Sachsen am Freitag in einem epd-Gespräch. Die Errichtung der Grenzanlagen habe eine Zeit der Unfreiheit eingeläutet, ein finsternes Kapitel in der deutschen Geschichte.

Trotz großer sozialer Desintegration der Jugend in den neuen Bundesländern hält Bohl Jugend-Krawalle wie in Großbritannien für unwahrscheinlich. »Wir erleben in Sachsen immer wieder Ausschreitungen rechtsextremer Jugendlicher und Krawalle bei Fußballspielen«, sagte der oberste Repräsentant von rund 800.000 evangelischen Christen. Doch sei dies nicht vergleichbar mit der Situation in England oder den französischen Vorstädten.

Bohl, der auch stellvertretender Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist, wies auf die hohe Zahl der Schulabbrecher in Sachsen hin: »Fast 13 Prozent der Jugendlichen verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss.« Sie stammten aus ärmeren Bevölkerungsschichten und kaputten Familien. Allerdings habe sich auch in Sachsen die Jugendarbeitslosigkeit deutlich reduziert und mehr junge Menschen hätten Aussicht auf eine Lehrstelle.

Die sächsische Landeskirche sei in der Jugendsozialarbeit sehr engagiert und bilde an einer landeskirchlichen Hochschule Sozialarbeiter aus. »Aus dieser Arbeit werden wir uns nicht zurückziehen«, versicherte Bohl.

Nach Auffassung Bohls ist der Zulauf von ostdeutschen Jugendlichen zu rechtsextremen Parteien oder Gruppen geringer geworden. »Die Spitze ist überschritten«, sagte der Theologe. Der Rechtsextremismus im Osten sei eine Folge gesellschaftlicher Perspektivlosigkeit: »Die Basis der NPD lag in Regionen, in denen vor allem junge Männer Schwierigkeiten hatten, ihren Platz im Erwachsenenleben zu finden«. Die NPD habe es verstanden, diese Gruppe mit einfachen Antworten auf komplexe soziale Fragen zu gewinnen. Mit der Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt sei auch hier eine Entspannung eingetreten.

Die Erfolgsaussichten für ein NPD-Verbot schätzt Bohl hingegen gering ein. »Bei gegebener Rechtslage sind Verbotsforderungen eine Schattendiskussion«, sagte er. Wichtiger sei es, mit Argumenten gegen die Gedanken- und der Vorstellungswelt der Rechten vorzugehen.

Der im nordrhein-westfälischen Lüdenscheid geborene Bohl ist seit 2004 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche. 2010 wurde er zum stellvertretenden EKD-Ratsvorsitzenden gewählt.

*epd-Gespräch: Marlene Grund*

## BUND: Früherer DDR-Grenzstreifen soll Naturmonument werden

**Berlin** (epd). Das »Grüne Band« entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze sollte nach dem Willen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) umgehend zum Nationalen Naturmonument erklärt werden. Die für den früheren DDR-Grenzstreifen zuständigen Bundesländer müssten die zusammenhängende Fläche dauerhaft schützen, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger am Mittwoch in Berlin.

Der Bundestag habe dafür mit der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes von 2009 die Grundlage geschaffen. Mit der Novelle wird die Einrichtung von Nationalen Naturmonumenten ermöglicht, vergleichbar den Nationalparks. Sachsen-Anhalt hatte sich vor einem halben Jahr als letztes ostdeutsches Bundesland mit der Bundesregierung über die Übernahme der Flächen geeinigt.

Weiger sagte, das nach dem Mauerfall 1989 gerettete »Grüne Band« zwischen Lübeck und Hof sei ein ein-

zigartiges ökologisches Denkmal der Wiedervereinigung. Zugleich sei es mit 1.400 Kilometern Länge ein länderübergreifender Biotopverbund von nationaler Bedeutung. Im Schatten der ehemaligen Todeszone hätten bis heute 1.200 gefährdete Tier- und Pflanzenarten überlebt, vom Laubfrosch über die Wildkatze bis zu Orchideen. »Die Sicherung des ehemaligen Grenzstreifens als Grünes Band ist der beste Weg, an Teilung und Wiedervereinigung zu erinnern«, sagte Weiger.

Der BUND forderte die Bundesregierung darüber hinaus auf, sich auch für den Schutz des »Grünen Bandes Europa« einzusetzen. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) müsse ihren derzeitigen Vorsitz im Ostseerat dazu nutzen, wertvolle Naturrefugien an der deutschen, der polnischen und der baltischen Ostseeküste besser zu schützen. Das »Grüne Band Europa« erstreckt sich nach BUND-Angaben über mehr als 12.000 Kilometer entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs durch insgesamt 24 Staaten vom Schwarzen Meer über den Balkan bis nach Karelien.

[www.bund.net/gruenes-band](http://www.bund.net/gruenes-band)

## Über 15.000 Gläubige bei der 25. Wallfahrt der Tamilen im niederrheinischen Kevelaer

**Kevelaer** (epd). Insgesamt rund 15.000 Gläubige haben am Samstag an der 25. Wallfahrt der Tamilen im niederrheinischen Marienwallfahrtsort Kevelaer teilgenommen. Die Katholiken und Hindus, die in den vergangenen Jahrzehnten als Flüchtlinge aus Sri Lanka nach Deutschland und angrenzende europäische Länder gekommen sind, starteten ihre farbenfrohe Wallfahrt am Morgen mit dem Hochamt.

»Vom Augenschein her sind diesmal noch mehr Gläubige gekommen«, sagte der Geschäftsführer der Wallfahrtsleitung, Rainer Killisch, dem epd. Der Gottesdienst sei sehr gut besucht gewesen. Beim festlichen Pontificalamt erinnerte der frühere Weihbischof Heinrich Janssen aus Münster an die 25-jährige Geschichte der Wallfahrt und an die Situation im Heimatland der Tamilen. 2009 endete dort ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg, bei dem Regierungstruppen gegen die tamilischen Rebellen kämpften und etwa 100.000 Menschen starben. Die Rebellen kämpften für einen unabhängigen Staat für die tamilische Minderheit im Nordenosten der Insel.

Die Wallfahrt, die 1987 erstmals 50 tamilische Pilger aus dem Bistum Essen antraten, hat sich inzwischen zur größten Einzelwallfahrt in der Marienstadt entwickelt.



Über 15.000 Gläubige bei der 25. Tamilen-Wallfahrt im niederrheinischen Kevelaer

epd-bild / Friedrich Stark

Nachdem in den ersten Jahren vor allem die in Deutschland und den Niederlanden lebenden Tamilen an der alljährlichen Wallfahrt teilgenommen hatten, kamen in den vergangenen zwei Jahren auch mehrere Busse aus London, Paris und Kopenhagen nach Kevelaer. Für die tamilischen Flüchtlinge ist die Wallfahrt zum Gnadensbild der »Trösterin der Betrübten« inzwischen der Höhepunkt im kirchlichen Jahreskreis.

Allein in Deutschland gibt es inzwischen etwa 25 regionale Tamilen-Gemeinden. Vorbereitet wurde die diesjährige Kevelaer-Wallfahrt durch den für die in Deutschland lebenden Flüchtlingstamilen zuständigen Seelsorger Antony Bennet aus Essen. Kevelaer ist wegen Mariener-

scheinungen in den Jahren 1641/1642 Wallfahrtsort. Mit gut einer Million Pilger im Jahr ist die Stadt am Niederrhein inzwischen der größte Wallfahrtsort im Nord-Westen Europas.

## Kreuz für den Saarbrücker Kabinettsaal

### Geschenk der evangelischen Kirchen

**Saarbrücken** (epd). Die evangelischen Kirchen im Saarland haben am 8. August der saarländischen Landesregierung offiziell ein Kreuz für den Kabinettsaal übergeben. Das künstlerisch ambitionierte Symbol nehme Bezug auf das christlich-jüdischen Erbe, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangelischen Kirche der Pfalz und der Saar-Regierung. Die Anregung zur Schenkung sei von der Politik gekommen. Damit ist das überwiegend katholische Saarland das einzige Bundesland, dessen Landtag und Landesregierung in Sitzungssälen mit einem Kreuz tagen.

Das Kreuz sei im Kabinettsaal am richtigen Platz, sagte der scheidende saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU). Es sei ein Appell, sich bei Entscheidungen vom christlichen Menschenbild leiten zu lassen und sich dabei zugleich der Begrenztheit menschlichen Handelns bewusst zu sein. Gerade in Zeiten des beschleunigten Wandels brauchten Staat und Gesellschaft die christlichen Kirchen als Instanzen der Wertevermittlung und Werteerziehung. Auch wenn in Deutschland eine Vielfalt von Religionen und Weltanschauungen aufeinandertreffe, bedeute dies nicht, die eigene Identität zu verleugnen.

Der Düsseldorfer Oberkirchenrat Klaus Eberl sagte in seiner Andacht, gerade an einem Ort, wo um die



Unter diesem Kreuzeszeichen finden im Kabinettsaal der saarländischen Landesregierung künftig die Beratungen der Minister und Staatssekretäre statt (Aufnahmedatum 8.7.2011).

*epd-bild /Fotoagentur Becker und Brende*

Zukunft des Landes gerungen werde, tue es gut, die Botschaft von der Menschenfreundlichkeit Gottes deutlich zu vernehmen. Der pfälzische Kirchenpräsident Christian Schad hob das gute Verhältnis von Kirche und Staat gerade im Saarland hervor. Der aus Georgien stammende und in Berlin lebende Künstler Nika Bakhia bezeichnete das Kreuzsymbol als zentrales und durchgängiges Thema seines Schaffens. Für das Kunstwerk im Kabinettsaal brach er eine flache Steinkruste in vier Teile und setzte sie so wieder zusammen, dass auf der Vorderseite ein Riss zu sehen ist.

## NRW-Innenminister beklagt Gewalt gegen Polizisten

### Polizeigewerkschaft wirft Landesregierung halbherziges Handeln vor

**Düsseldorf** (epd). Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) beklagt zunehmende Respektlosigkeit und eine niedrige Hemmschwelle bei der Gewalt gegen Polizisten. Aus einer landesweiten Untersuchung des Landeskriminalamtes ergebe sich, dass im vergangenen Jahr insgesamt 1.734 Polizistinnen und Polizisten im Dienst durch Angriffe verletzt wurden, 13 von ihnen

schwer, erklärte Jäger am Dienstag in Düsseldorf. Fast 85 Prozent der Verletzten seien im Streifendienst unterwegs gewesen.

Jäger reagierte damit auf einen Messerangriff auf eine Polizistin und einen Polizisten in der Nacht von Montag auf Dienstag in Gelsenkirchen. Der Minister sprach von einer »hinterhältigen und verabscheuungswürdigen

Tat«. Er sei entsetzt über das brutale Vorgehen des Täters. »Sie wollten helfen und wurden schwer verletzt«, sagte Jäger und betonte: »Für mich hat der wirksame Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten höchste Priorität.«

Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW reagierte mit Bestürzung »auf den hinterhältigen, feigen und heimtückischen Angriff« auf die beiden Polizisten in Gelenkirchen. Die GdP werde sie, wenn es gewünscht sei, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter betonte, es könne nicht hingenommen werden, dass Polizisten

bewusst oder gezielt in Hinterhalte gelockt würden, um sie schwer zu verletzen oder gar zu töten. »Wir reden hier nicht mehr von Einzelfällen«, mahnte Richter und forderte einen besseren Schutz durch schärfere Gesetze zur Erhöhung der Abschreckungswirkung.

Richter forderte von der Landesregierung mehr Engagement im Kampf gegen Gewalt an Polizisten. »Ich bin es leid, gebetsmühlenartig einen besseren Schutz zu fordern und immer häufiger angegriffenen und verletzten Polizisten erklären zu müssen, warum der Staat nur halbherzig handelt.«

## Friedrich: In Deutschland keine Anzeichen für Jugendkrawalle

### Armutskonferenz bezeichnet Ausschreitungen als »alarmierend«

**Frankfurt a.M.** (epd). Ausschreitungen wie in England sind nach Auffassung von Experten und Politikern in Deutschland nicht zu befürchten. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sieht derzeit keine Anzeichen dafür, dass es in deutschen Großstädten zu ähnlichen Jugendkrawallen kommen kann. Die soziale Integration in Deutschland sei in den vergangenen Jahren sehr gut vorangekommen, sagte der Minister der »Neuen Osnabrücker Zeitung« (10. August). Zugleich warnten Sozialverbände vor einem Sozialabbau.

Deutschland habe den Konsens erreicht, dass Gewalt gegen unbeteiligte Personen kein Mittel sei, mit dem man seine politischen oder sonstigen Ansichten durchsetze, sagte Friedrich. »Diesen Konsens aufrechtzuerhalten und auf die Jugendlichen zu übertragen, bleibt die Erziehungsaufgabe unserer Gesellschaft, von allen Lehrern, Eltern und Vereinen«, unterstrich der CSU-Politiker.

Die Nationale Armutskonferenz (NAK) bezeichnete die Ausschreitungen als alarmierend und verwies auf hohe Arbeitslosigkeit, verbreitete Armut und marode Infrastruktur als mögliche Ursachen. »Diesen verheerenden Kreislauf gibt es zumindest ansatzweise auf der ganzen Welt«, sagte NAK-Sprecher Thomas Beyer in Berlin. Auch in Deutschland suchten immer mehr junge Bedürftige An-

laufstellen wie die Bahnhofsmissionen auf. Jungen Menschen müssten Perspektiven durch Schulabschlüsse und Ausbildungsplätze geboten werden.

Der Kriminologe Christian Pfeiffer sieht keine Parallelen zwischen England und Deutschland. England sei schon immer ein Land der sozialen Gegensätze gewesen: »Großbritannien hat eine ausgeprägte Gewinner-Verlierer-Kultur«, sagte Pfeiffer der hannoverschen »Neuen Presse« (Mittwochs Ausgabe). Besonders in den Großstädten hätten sich Gangs gebildet, die nicht mehr hinreichend unter Polizeikontrolle stünden. In den Gewaltorgien werde eine tiefgewachsene Unterschichtstruktur deutlich.

Auch der Jugendforscher Albert Scherr sieht in den britischen Krawallen eine Folge sozialer Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit. In Deutschland sei ein solches Szenario nicht zu befürchten, sagte der Professor an der Pädagogischen Hochschule Freiburg im MDR-Fernsehen. Im Unterschied zu England und Frankreich gebe es in Deutschland starke sozialstaatliche Strukturen. Deshalb entstünden »keine Situationen der Ghettoisierung und keine Situationen, in denen eine große Zahl von jungen Menschen das Gefühl von Randständigkeit und Perspektivlosigkeit hat.«



## Konfliktforscher: Sozialabbau nicht durch Polizei auszugleichen

### Jugendliche brauchen Anerkennung

**Bielefeld** (epd). Die Krawalle in Großbritannien lassen sich nach Auffassung des Bielefelder Konfliktforschers Wilhelm Heitmeyer nicht mit einem größeren Polizeiaufgebot lösen. »Es ist ein völliger Irrtum zu glauben, dass der Abbau sozialer Sicherheit durch den Aufbau öffentlicher Sicherheit ausgeglichen werden kann«, sagte Heitmeyer am Mittwoch in einem epd-Gespräch. Ein Aufbau eines solchen Repressionsapparates wie jetzt in England halte keine Gesellschaft auf Dauer aus.

Als Hintergrund der gewalttätigen Ausschreitungen sieht der Pädagogikprofessor eine harte Klassengesellschaft. Großbritannien habe eine fatale Wirtschaftspolitik betrieben, indem sie vor allem auf die Finanzmärkte gesetzt habe. Hingegen fehle eine moderne Industriepolitik, die auch gering qualifizierte Menschen integrieren könnte. Zunehmende Verarmung sei oft mit einer niedrigen Qualifikation kombiniert. »Zahlreiche Jugendliche haben dort überhaupt keine Chancen, deshalb haben sie auch nichts mehr zu verlieren«, sagte der 66-jährige Wissenschaftler.

Für den Ausbruch solcher Gewalt müssen nach Auffassung Heitmeyers zu aufgetauter Wut auch klare Feind-

bilder und »emotional ausbeutbare Signalerlebnisse« kommen. In London sei das mit dem ungeklärten Tod eines Farbigen der Fall gewesen. Migranten würden der Polizei einen institutionalisierten Rassismus vorwerfen, beispielsweise durch häufigere Kontrollen. Zudem gebe es in England und in Frankreich, wo es auch zu Krawallen gekommen ist, eine starke Trennung von wohlhabenden und verarmten Wohnvierteln.

Für Deutschland hält der Konfliktforscher Krawalle wie in Großbritannien für unwahrscheinlich. Hierzulande seien ärmere Wohnviertel nicht in dem Maße so stark abgegrenzt. Auch sei die deutsche Politik besonnener, indem sie Spaltungen nicht noch verschärfe. Um Gewalteskalation vorzubeugen, müsse die Stadtentwicklung aber auch die Integration im Auge behalten werden. Wichtig sei vor allem für junge Menschen, dass sie soziale Anerkennung erhielten. »Denn sonst gewinnt Gewalt durchaus an Attraktivität«, warnte Heitmeyer.

*epd-Gespräch: Holger Spierig*

## Forscher: Gewalt in England ist Zeichen von grundsätzlichen Verwerfungen

### »Proteste in Südeuropa gehen von gut Ausgebildeten aus«

**Köln** (epd). Der Protestforscher Simon Teune verweist bei den gewalttätigen Ausschreitungen in England auf grundsätzliche gesellschaftliche und soziale Probleme. Die Leute, die in England auf die Straße gingen und Gewalt ausübten, »würden nicht auf die Idee kommen, eine Demonstration zu organisieren«, sagte der Soziologe am Wissenschaftszentrum Berlin am Mittwoch im WDR. Eine friedliche Demonstration gehöre nicht zu ihrem erlernten Repertoire. »Es geht um grundsätzliche Verwerfungen, um alltäglichen Rassismus und um verbaute Lebenschancen.« In den betroffenen englischen Städten entlade sich pure Wut.

Die gewalttätigen Menschen in England unterscheiden sich nach Ansicht Teunes von den überwiegend friedlichen Protesten der Menschen in Spanien und Griechenland. Zwar hätten auch die Menschen in den südlichen Ländern unter einer hohen Arbeits- und Jugendarbeits-

losigkeit zu leiden und dadurch das Gefühl, um ihre Zukunftschancen von der Politik betrogen zu werden. Aber die Demonstranten in den südlichen Ländern Europas seien gut ausgebildet und hätten oftmals einen anderen sozialen Hintergrund und bessere Ausgangsbedingungen als die gewalttätigen jungen Menschen in England.

Insofern fühlten sich die protestierenden Menschen in Spanien, Portugal oder Griechenland eher in klassischen Protestformen zu Hause als die Ausgeschlossenen in den englischen Stadtteilen, sagte Teune. Selbst in Situationen, in denen die Demonstranten in den Ländern des Südens von der Polizei gewaltsam von öffentlichen Plätzen vertrieben würden, wollten sie offenbar bewusst am friedlichen Protest festhalten. »Das finde ich eine erstaunliche Beobachtung.«

In England habe es auch zuvor schon gewalttätige Ausschreitungen in migrantischen Vierteln zwischen ein-

zelenen Ethnien und Rechtsradikalen gegeben, unterstrich Teune. Hinzu komme, dass sich Jugendliche in diesen Stadtteilen in solchen Ausnahmesituationen als Akteure erleben könnten. »Während sie im Alltag mit Regeln oder mit einer Verordnung zu ihrem Nachteil konfrontiert sind, unter Arbeitslosigkeit leiden und Rassismus ausgesetzt sind, sind dann solche Situationen auch die Möglichkeit, den Takt anzugeben und sich selbst als Handelnde zu erleben.«

Für Deutschland sieht der Wissenschaftler weniger die Gefahr gewalttätiger Ausschreitungen, die sich an

sozialen Fragen entzünden. »Hier sind es andere Themen, die die Leute dazu bringen, das Funktionieren der Demokratie infrage zu stellen, wie Stuttgart 21 oder die Atomfrage.« In sozialer Hinsicht bestünden zwar auch in Deutschland soziale Ungerechtigkeiten durch prekarierte, also befristete Arbeitsverhältnisse, und durch Arbeitslosigkeit. »Aber es gibt auch in Deutschland eine sehr starke Wahrnehmung, dass die Leute selbst dafür verantwortlich sind, was sie aus ihrem Leben machen und nicht so sehr, dass der Staat dafür zuständig ist.«

## Verband beharrt auf getrenntes Marschieren von schwulem Schützenkönigspaar

**Münster/Leverkusen** (epd). Im Streit um ein homosexuelles Schützenkönigspaar in Münster beharrt der Dachverband der katholischen Schützen auf ein getrenntes Marschieren. Wenn das Schützenkönigspaar beim Bundeskönigsschießen im September in Harsewinkel als »König« und »Königin« nebeneinander laufe, habe der Verband als Veranstalter das Recht, dagegen vorzugehen, sagte der Bundesgeschäftsführer des »Bundes der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften«, Ralf Heinrichs, am Montag in Leverkusen dem epd. Medienberichten zufolge lief der Schützenkönig beim Landesbezirks-Königsschießen am Sonntag in Hörstmar neben seinem Lebensgefährten.

»Unsere Stellungnahme zum gemeinsamen Auftreten als Königspaar ist weiterhin gültig«, sagte Heinrichs. Die Vorgaben des Dachverbandes seien auch in den Regionen bindend, betonte er. Ein solcher Fall sei bislang in dem Verband einmalig. Der Dachverband begründet seine Aufforderung mit der katholischen Tradition der vertretenen Schützenbruderschaften. Das Paar von »König« und »Königin« beim Schützenausmarsch sei ein Ausdruck

katholischer Werte, das habe nichts mit einer realen Lebenspartnerschaft zu tun.

Der Schützen-Dachverband »Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaft« hatte in der vergangenen Woche einen homosexuellen Schützenkönig aufgefördert, bei einem Festumzug nicht neben seinem zur »Königin« gekürten Lebenspartner zu marschieren. »Für uns als katholische Gemeinschaft hat das Sakrament der Ehe eine wesentliche tiefere Bedeutung als jede andere Lebenspartnerschaft«, hieß es. Es spreche jedoch nichts gegen »eine Mitgliedschaft homosexueller Personen in unseren Schützenbruderschaften«. Bundespräsident des Dachverbandes ist der katholische Weihbischof Heiner Koch des Erzbistums Köln.

Der Lesben- und Schwulenverband LSVD warf der katholischen Kirche vor, die Zivilgesellschaft dem Primat der Religion unterzuordnen zu wollen. Ein schwuler Schützenkönig, der gemeinsam mit seinem Partner öffentlich auftrete, sei ein wichtiges Signal dafür, dass Lesben und Schwule in allen Gesellschaftsbereichen »und nicht nur beim Christopher Street Day« vertreten seien, sagte LSVD-Sprecherin Renate Rampf.

## NRW fördert zusätzliche Studienberatung mit drei Millionen Euro

**Landesregierung erwartet 19.000 Studierende zusätzlich durch doppelten Abiturientengang**

**Düsseldorf** (epd). Das Land fördert in den nächsten drei Jahren mit drei Millionen Euro zusätzlich den Ausbau der Studienberatung an den Universitäten und Fachhochschulen des Landes. Damit wolle man den steigenden Beratungsbedarf durch den doppelten Abiturjahrgang 2013 auffangen, erklärte NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) am Montag in Düsseldorf. Je nach Hochschulgröße und Zahl der Studierenden stellt das Land zwischen 25.000 und 50.000 Euro jährlich über drei Jahre bereit.

Gefördert werden Servicestellen, die individuelle und persönliche Beratung für Studieninteressierte sowie Informationsveranstaltungen an Schulen und Hochschulen anbieten. Laut Schulze wird die Studienberatung zukünftig verstärkt auf den unterschiedlichen kulturellen Hintergrund und den Bildungshintergrund von Studieninteressierten sowie auf deren individuelle Bedürfnisse und Begabungen eingehen müssen. »Damit helfen wir, Studienabbrüche und Arbeitslosigkeit zu vermeiden und tun zugleich etwas für die Sicherung des Fachkräftebedarfs von morgen«, erklärte die Ministerin weiter. Hochschulen können die zusätzlichen Gelder noch bis zum 19. September beantragen.

An den Hochschulen rechnet NRW laut Schulze für das Jahr 2013 mit 111.000 Studienanfängern. Das wä-

ren rund 19.000 Studierende mehr als im Jahr 2012. Da wegen der geburtenstarken Jahrgänge die Zahl der Studienanfänger auch in den Folgejahren hoch bleibe, investiert das Land bis zum Jahr 2020 verschiedene Programme an den Hochschulen mit insgesamt zehn Milliarden Euro. Gefördert würden zusätzliches Personal für Lehre und Betreuung, die Anmietung und der Bau weiterer Gebäude, der Ausbau von Mensen und Wohnheimen sowie die Erweiterung der Ausstattung von Bibliotheken und Laboren.

Die Aussetzung der Wehrpflicht führt in NRW im laufenden Jahr dazu, dass etwa 5.027 zusätzliche Studienanfänger an den Hochschulen des Landes aufgenommen werden müssen. Im kommenden Jahr werden rund 2.595 Studierende zusätzlich ein Studium beginnen. Schulze erwartet, dass das Studienplatzangebot »ausreichend sein wird.« Die Hochschulen erhalten dafür in den Jahren 2011 und 2012 aus Mitteln des Hochschulpakts etwa 46,5 Millionen Euro, die jedoch erst in 2013 bereitgestellt würden. Da die Hochschulen nicht solange warten könnten, wird die Landesregierung den Bundesanteil vorfinanzieren und dazu 33,25 Millionen Euro in den Haushalt 2012 einstellen.

Internet: [www.nrw.de](http://www.nrw.de)

## Das Unsichtbare sehen

**Blinder Bergsteiger von de Fenn schafft die höchsten Gipfel**

**München/Krefeld** (epd). Sein Bergführer Toni hatte ihm damals, als sie den Großglockner bezwangen, gesagt: »Du kannst noch mehr! Du musst weiter machen!« Es war die Aufforderung an einen leidenschaftlichen Bergsteiger, eine eigentlich unmögliche Sache buchstäblich auf die Spitze zu treiben. Denn Jörg von de Fenn (41) ist seit zwanzig Jahren blind.

Er war der erste Blinde, der auf dem Gipfel des Großglockners stand, dem höchsten Berg Österreichs mit knapp 3.800 Metern. Ein alpinistisch herausfordernder Berg, der zwischen Vor- und Hauptgipfel einen schmalen Grat aufweist, den manche nur auf dem Hosenboden »hinüberreiten«. Jörg von de Fenn aber ging aufrecht, wo

es auf beiden Seiten 600 und mehr Meter steil abbricht. »Ich konnte nicht in die Tiefe schauen«, sagt er.

Der Mann hat nicht nur Mut, sondern auch einen trockenen Humor. Sein Tourenbuch wäre auch für Menschen ohne Handicap eindrucksvoll: Zu seinem 40. Geburtstag stand er auf dem knapp 6.000 Meter hohen Kilimandscharo, im selben Jahr bezwang er den Elbrus, einen eisigen Riesen im Kaukasus, geführt von einem Begleiter. Er übt an Kletterwänden, geht dreimal die Woche ins Fitnessstudio, betreibt Sportarten wie Jiu Jitsu und Inline-Skating. Darin ist er seit 2007 gleich mehrfacher Deutscher Meister in seiner Klasse auf verschiedenen Distanzen.

Jörg von de Fenn erblindete im Alter von 21 Jahren nach einer Sehnerv-Entzündung innerhalb von wenigen Tagen. Er erlernte die Blindenschrift, den Umgang mit Computer und Medien und den Beruf des Telefonisten. Er hatte die Hoffnung, dass er seine Sehfähigkeit zumindest zum Teil wieder gewinnen könne. Aber als er 26 Jahre alt war, kam nach einer weiteren Untersuchung aus der Uniklinik Tübingen der endgültige Befund eines Gendefektes: »Da habe ich mir abgewöhnt, mir größere Gedanken über meine Krankheit zu machen«, sagt Jörg von de Fenn.

Bei von de Fenn, als Krefelder ein geborener Flachländer, ging es mit dem Bergsteigen erst los, als ihm klar war, dass er nie mehr etwas sehen würde. Zum Wandern kam er durch eine wanderfreudige Frau, die er dann auch heiratete. »Viele Leute trauen einem Blinden nichts zu, ich zeige, dass es auch anders geht«, sagt er. Für von de Fenn ist die Konzentration, die von ihm gefordert wird, eine Herausforderung, die er gerne und souverän annimmt.

Die Bergführer, mit denen er seine Höhen bezwingt, sind voller Bewunderung. Bisweilen klettert er schneller,

als sie ihm die Tritte und Griffe ansagen können. »Der Blinde kann alles, wenn er die richtige Assistenz hat«, sagt Jörg von de Fenn. Und: »Ich kann nicht zu Hause auf dem Sofa sitzen und nichts tun, nur weil ich blind bin.«

Dies war auch der Grund, warum er nach Berlin gezogen ist. Dort gibt es eine Bezirksgruppe für Blinde, da kann er einen Blindenstammtisch besuchen, der mit dem Bus erreichbar ist. Dort ist es auch leichter, einen Assistenten aufzutreiben, wenn er mal wieder Inline-Skating trainieren will.

»Aber auch die Ruhe in den Bergen gefällt mir«, sagt von de Fenn. Der Blinde empfindet das Wetter anders als ein Sehender: wie die Luft sich bewegt, wie die Sonne scheint und wo sie steht. »Auch ein Berg riecht, die Felsen, die Erde zwischen den Felsen.« Er spüre den Gipfel, weil er spüre, dass drumherum nichts mehr ist. Und man glaubt ihm, wenn er sagt: »Wenn ich den Gipfel spüre, brauche ich kein Panorama.«

Internet: [www.von-de-fenn.eu](http://www.von-de-fenn.eu) *Lutz Taubert (epd)*

## Zentralrats-Generalsekretär Kramer warnt vor Globalisierung des Antisemitismus

**Frankfurt a.M.** (epd). Der Generalsekretär des Zentralrates der Juden, Stephan J. Kramer, hat vor einem sich weltweit ausbreitenden Antisemitismus gewarnt. Der Antisemitismus globalisiere sich zunehmend und sei heute ein weltweites Problem, dem man auf jüdischer Seite auch weltweit begegnen müsse, sagte Kramer in einem epd-Gespräch anlässlich des 75-jährigen Bestehens des World Jewish Congress. Es reiche nicht aus, wenn nationale Organisationen sich gegen die unterschiedlichen Formen des Antisemitismus und die Delegitimierung Israels zur Wehr setzten.

Wie der Antisemitismus sich global organisiere, müssten sich daher auch die Juden weltweit international abstimmen, sagte Kramer. Der Jüdische Weltkongress sei hier eine bewährte Klammer. Der 1936 in Genf als Reaktion auf die Nazi-Diktatur gegründete Organisation setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem für Wiedergutmachungszahlungen an Holocaust-Opfer und die internationale Vertretung jüdischer Interessen ein.

Der Jüdische Weltkongress mit Hauptsitz in New York vertritt heute jüdische Gemeinschaften und Organisationen aus 92 Ländern. Kramer hob vor allem die Rolle des Verbandes im Kampf gegen den weltweiten Antisemitismus positiv hervor. Zudem habe sich der Jüdische Weltkongress besonders im Bereich des interreligiösen Dialogs hervorgetan und eine Vielzahl von Brücken zu Muslimen und Christen gebaut. Nationale und lokale Projekte hätten hierbei Vertrauen geschaffen, sagte der Generalsekretär.

Kramer betonte, dass durch den gegenwärtigen Präsidenten, Ronald Lauder, wichtige Impulse für das Engagement junger Juden und eine Demokratisierung des Verbandes erfolgt seien. Die Akzeptanz des Weltkongresses in den nationalen Mitgliedsverbänden und sein weltweites politisches Gewicht hätten durch Lauder und seine umsichtige Führung in den letzten Jahren deutlich zugenommen, hob Kramer hervor.

*epd-Gespräch: Barbara Schneider*

## Sektenexpertin Caberta warnt vor esoterischen Heilslehren

**Hamburg** (epd). Die Hamburger Sektenexpertin Ursula Caberta hat vor einer Zunahme esoterischer Praktiken und gefährlicher Heilslehren in der Gesellschaft gewarnt. Auch christlicher Fundamentalismus und politischer Irrationalismus würden in hohem Maße zu einer Bedrohung der Demokratie, sagte sie am Dienstag im Hamburger Rathaus. Gemeinsam mit Innensenator Michael Neumann (SPD) präsentierte sie ihr neues »Schwarzbuch Esoterik«, das über Hintergründe und Methoden der Szene informieren will.

»Es gab immer schon Geister, die spirituell herumfliegen«, sagte Caberta. Doch heute sei vor allem das Internet zum »spirituellen Supermarkt« geworden, in dem »selbsternannte Wunderheiler und Seelenfänger« zunehmend unüberschaubar ihr Unwesen trieben. Die Tendenz sei steigend: Schätzungen zufolge würden mit esoterischen Themen allein in Deutschland rund 20 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr erzielt. Vor fünf Jahren seien es noch rund sechs Milliarden Euro gewesen.

Gründe für den Boom seien allgemeine Orientierungslosigkeit, Angst vor sozialer Verantwortung, Selbstzweifel und fehlendes Selbstbewusstsein, so die Expertin. Manchmal reichten schon die Langeweile im eintönigen Alltag und das Bedürfnis nach irgendeiner Art von Veränderung im Leben, um unkritisch auf vermeintliche Heilsbringer hereinzufallen. »Schnelle Lösungen« für private oder politische Probleme seien jedoch »immer eine Gefahr für die freiheitliche Demokratie«.

Keineswegs gefeit gegen diese Entwicklung seien auch die christlichen Kirchen. Auch der Deutsche Evangelische Kirchentag biete mancherlei esoterischen Unsinn. Auch sei der ehemalige TV-Pfarrer Jürgen Fliege »ohne Hemmungen vom evangelischen Pastor zum Esoteriker mutiert«. Er habe sich »als netter Mensch« in die Köpfe der Menschen eingeschlichen, und heute verkaufe er sein »komisches Weihwasserchen«.

Andere prominente Aushängeschilder der Esoterik-Szene seien etwa die Sängerin Nena (99 Luftballons) mit ihren »spirituellen Ausflügen« und H.P. Kerkeling mit seinem Jakobsweg-Bestseller. Wenn Kerkeling sich als »Buddhist mit christlichem Überbau« bezeichne, müsse er sich fragen lassen, wie viele Opfer des Psychomarktes er damit schon produziert habe. In unsicheren Zeiten seien viele Menschen empfänglich dafür, sich ihre eigene Religion zusammen zu basteln.

Caberta kündigte an, mit ihrem Buch eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung anstoßen zu wollen. Esoterik sei nicht nur »ideologischer Mischmasch«, sondern müsse als antidemokratisches Phänomen diskutiert werden. »Vor allem müssen wir handeln, bevor die ersten Opfer zu beklagen sind.« Auch die Kirchen müssten lernen, »klare Grenzen« zu ziehen und kritisch mit ihren eigenen fundamentalistischen oder charismatischen Strömungen umgehen: »Die Grenzen sind fließend.«

Literaturhinweis: Ursula Caberta, Schwarzbuch Esoterik, Gütersloher Verlagshaus, 189 Seiten, 17,99 Euro

## Ex-Fernsehpfarrer wehrt sich: »Flieges Segen kostet nichts«

**Hamburg** (epd). Der frühere TV-Pfarrer Jürgen Fliege hat die Esoterik-Vorwürfe der Hamburger Sektenexpertin Ursula Caberta zurückgewiesen. »Wir waren und sind in Sachen Religion bekanntlich nicht sehr tolerant«, sagte er in einem vorab veröffentlichten Interview der »Evangelischen Zeitung« in Hamburg. Ihm gehe es wesentlich »um das Ernstnehmen spiritueller Traditionen«. Trotz der »vernichtenden Anschuldigungen« wolle er »nicht ausgrenzen«, sondern »im Dialog« bleiben.

»Flieges Segen kostet nichts«, konterte er den Vorwurf, ein schlichtes Heilwasser auf seiner Internetseite unter dem Namen »Fliege Essenz« für 39,95 Euro anzubieten. Es handele sich um ein auf dem Markt längst erhältliches Produkt in homöopathischer Tradition, sagte

Fliege. »Wenn ich darauf Segensgebete spreche, klingt das nur für evangelische Ohren fremd.«

Auch Weihwasser unterscheide sich von Leitungswasser »nur über die darüber gesprochenen Gebete«. Überdies sei auch Weihwasser nicht kostenlos. Nur würden diese Kosten »indirekt und an anderer Stelle kassiert, nämlich bei der Kirchensteuer«. Die »Fliege-Essenz« sei nicht teurer als das Originalprodukt des Herstellers »Dr. Niedermaier Pharma«. Er habe bislang 136 Flaschen verkauft, von denen er »irgendwas unter fünf Euro« erhalte: »Wirtschaftlich war es also ein Griff ins Klo.«

Als Beispiel für spirituelle Traditionen im Christentum nannte Fliege die Taufe und das Abendmahl. Dabei würden Wasser, Brot und Wein durch das gesprochene Wort zum Sakrament verändert. Offensichtlich hätten



Worte die Kraft, aus einem Element wie Wasser etwas Heilendes zu machen, sagte Fliege.

Dass Ursula Caberta ihr »Schwarzbuch Esoterik« nun »auf seinem Rücken« verkaufe, habe er sich bereits am vergangenen Wochenende in einem Gottesdienst in Keitum/Sylt »von der Seele gesungen«. Zum Glauben

gehöre auch das Verspotten, habe es im Lied geheißt. Fliege: »Da ward ich getröstet.« Den Artikel einer großen Sonntagszeitung (Überschrift: »Hat Fliege einen an der Klatsche?«) habe er gar nicht gelesen: »Ich bade nicht im erkennbaren Dreck.«

## Theologin rät zu Sachlichkeit in Esoterik-Debatte

**Hamburg** (epd). Die Theologin Gabriele Lademann-Priemer empfiehlt mehr Sachlichkeit im Umgang mit »Esoterik«. Die Weltanschauungsbeauftragte der nordelbischen Kirche wies zugleich die Vorwürfe der Hamburger Sektenexpertin Ursula Caberta zurück, die Kirchen distanzieren sich zu wenig von fundamentalistischen Gruppen. »Wenn Menschen unterdrückt und um ihre innere Freiheit gebracht werden, grenzen wir uns scharf ab«, sagte die Pastorin am Donnerstag dem Internetportal [www.kirche-hamburg.de](http://www.kirche-hamburg.de).

Kirchliche Sektenbeauftragte hätten in den vergangenen 30 Jahren viele Menschen in ihrer Urteilskraft und ihrem Selbstvertrauen gestärkt, sagte die Theologin. Die

Versachlichung sei entscheidender Bestandteil der Beratungstätigkeit. Es sei jeweils zu klären und zu unterscheiden, was unter »esoterisch« und »fundamentalistisch« zu verstehen sei. Im christlichen Spektrum müsse überdies zwischen »fundamentalistisch« und »evangelikal« unterschieden werden.

Für »überzogen« halte sie Cabertas Kritik an Hape Kerkeling als »Buddhist mit christlichem Überbau«, sagte die Theologin. So sei Kerkelings Glaube »erst einmal seine Sache«, sagte Lademann-Priemer. »Als Autor ist er beliebt, für den Jakobsweg hat er so etwas wie Reklame gemacht.« Für viele Menschen habe sich das Wandern auf dem Jakobsweg überdies als segensreich erwiesen.

## Islamverband Milli Görüs begrüßt EKD-Aufruf für Toleranz

**Köln/Düsseldorf** (epd). Der Islamverband Milli Görüs hat den Aufruf der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) an Christen und Muslime zu Toleranz begrüßt. Angesichts eines zunehmenden Extremismus müssten sich Gesellschaft und Religionsgemeinschaften gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit wenden, sagte der Milli-Görüs-Vorsitzende Kemal Ergün am Freitag in Köln.

Von seiner schlimmsten Seite hat sich Milli Görüs zufolge der Extremismus bei den Anschlägen in Norwegen gezeigt. Auch »vor den Türen der Moscheen in Deutschland« gebe es Brandanschläge, beklagte Ergün. Die Islamische Gemeinschaft forderte zugleich von der EKD, die Islam-Handreichung »Klarheit und gute Nachbarschaft« wegen belastender Formulierungen zu überprüfen.

Die islamische Organisation Milli Görüs, die von tür-

kischstämmigen Muslimen gegründet wurde, steht unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Milli Görüs ist das zahlenmäßig größte Mitglied im Islamrat, der weiter von den Beratungen der Deutschen Islamkonferenz suspendiert ist.

In seiner Botschaft zum Ramadan rief der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider Muslime und Christen auf, gemeinsam gegen Extremismus und Intoleranz vorzugehen. Sie dürften nicht in dem Bemühen nachlassen, »gemeinsam für Vertrauen, Toleranz, friedliches Miteinander und Schutz von Minderheiten zu werben«. Mit Blick auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 sowie die jüngsten Attentate in Oslo sagte er, diese Anschläge hätten gezeigt, welche verheerenden Folgen religiöser Fanatismus, Intoleranz und Extremismus haben können.

## Umfrage: Jugendliche über Finanzthemen gut informiert

**Köln** (epd). Junge Menschen in Nordrhein-Westfalen fühlen sich einer repräsentativen Umfrage zufolge überwiegend gut über Geldangelegenheiten informiert. Immerhin 64 Prozent der Befragten zwischen 14 und 29 Jahren stufen ihren eigenen Wissensstand als »sehr gut« oder »gut« ein, wie der WDR am Donnerstag erklärte. Die Umfrage des Senders wurde vom Bamberger Finanzwissenschaftler Andreas Oehler wissenschaftlich begleitet. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistik der TU Dortmund will der WDR Beiträge und Formate zum Thema Finanzen entwickeln.

Für Finanzen und Geld interessiert sich immerhin mehr als jeder vierte Jugendliche beziehungsweise junge Erwachsene (27 Prozent) in NRW sehr, hieß es. Gar kein Interesse vermeldeten gerade mal 4,5 Prozent. Mit über

90 Prozent hält der überwiegende Teil der Befragten das Thema für sehr wichtig. Allerdings räumten rund 60 Prozent ein, die Beschäftigung mit Gelddingen auch kompliziert, belastend oder anstrengend zu finden.

Schulden machen wird von rund der Hälfte der Befragten abgelehnt. 51 Prozent stimmen nicht zu, wenn sie mit der Aussage »es ist okay, Schulden zu machen« konfrontiert werden. 59 Prozent der 14- bis 19-Jährigen lehnen einen lockeren Umgang mit Verschuldung ab. Von den Befragten, die ein Konto mit Dispokredit haben, haben mit 58 Prozent allerdings deutlich über die Hälfte der Befragten schon mal ihr Konto überzogen. Die dabei entstehenden Kosten sind aber vielen unklar. 45 Prozent der Disponutzer haben keine Ahnung, wie hoch der Zins ist.

## Schreibwettbewerb für Analphabeten

**Münster** (epd). Mit einem jährlichen Schreibwettbewerb will der Bundesverband Alphabetisierung in Münster Menschen mit mangelnden Schreib- und Lesekenntnissen Mut machen. In diesem Jahr hätten bundesweit über 100 Teilnehmer von Lese- und Schreibkursen für Erwachsene ein Foto und einen Text zum Thema »Das gefällt mir!« eingereicht, teilte der Bundesverband am Donnerstag in Münster mit. In den Einzel- und Gruppenbeiträgen schrieben sie von ihren Hobbies, Haustieren, Familien oder Urlauben. Auch Gedichte seien dabei gewesen.

Eine prominente Jury mit dem TV-Schauspieler Heio von Stetten und dem Frankfurter Kinderbuchautor Tim Thilo Fellmer, der bis zum Alter von 25 Jahren selbst unter einer Lese- und Schreibschwäche litt, wählen nun aus einer Auswahl von 46 Einsendungen die fünf besten für das Finale aus, hieß es. Sie werden ab 19. August im Internet auf facebook.com zur Wahl gestellt. Die ersten drei Preisträger gewinnen eine Reise im November nach

Berlin. Die facebook-Nutzer küren zudem den Gewinner des Publikumspreises.

In Deutschland verfügen einer neuen Studie zufolge über sieben Millionen Erwachsene über so geringe Lese- und Schreibkenntnisse, dass sie als funktionale Analphabeten gelten. Doch nur 11.500 Betroffene besuchten derzeit einen Alphabetisierungskurs an den Volkshochschulen, beklagte der Bundesverband. Mit dem Schreibwettbewerb und E-Learning-Programmen im Internet will der Verband helfen, die Hemmschwellen von schreibunkundigen Jugendlichen und Erwachsenen zu senken.

Über das kostenlose Alfa-Telefon mit der Nummer 0800/53 33 44 55 können sich Betroffene anonym beraten lassen und über Kursangebote in ihrer Nähe informieren.

Internet: [www.alfa-telefon.de](http://www.alfa-telefon.de);  
[www.alphabetisierung.de](http://www.alphabetisierung.de);  
<http://de.de.facebook.com/grundbildung>

## Demonstrationen

### Bielefelder Bündnis kündigt Widerstand gegen weiteren Nazi-Aufmarsch an

**Bielefeld** (epd). Nach der Verhinderung eines rechtsextremen Aufmarsches am Samstag in Bielefeld haben die Veranstalter bereits gegen weitere Demonstrationen Widerstand angekündigt. Um einen erneuten Versuch von Neonazis an Heiligabend unmöglich zu machen, sei schon jetzt eine Veranstaltung auf dem Bielefelder Bahnhofsvorplatz angemeldet worden, erklärte ein Bündnis aus Parteien und Gewerkschaften am Montag in Bielefeld.

Am Samstag hatte die Polizei einen Aufmarsch von etwa 150 Rechtsextremen kurz nach deren Ankunft am Hauptbahnhof aus Sicherheitsgründen abgebrochen. Mehrere Hundert Gegendemonstranten versperrten den Angaben nach die Straßen. Unter dem Motto »Für eine tolerante und weltoffene Stadt« waren nach Polizeiangaben mehr als 800 Menschen dem Aufruf von Parteien, Gewerkschaften und Kirche zur friedlichen Gegendemonstration und einer Kundgebung vor der evangelischen Pauluskirche gefolgt.

»Wir werden Bielefeld jederzeit wieder als weltoffene und tolerante Stadt verteidigen - notfalls auch an Heiligabend«, erklärte Versammlungsleiterin der Mahnwache vom Samstag, Wiebke Esdar. Der Aufruf ist unterzeichnet von dem Deutschen Gewerkschaftsbund der Region Bielefeld, den Jusos und dem Bündnis 90/Die Grünen.

## Gewalt

### Katholische Jugend warnt vor Krawallen in Deutschland

**Düsseldorf** (epd). Angesichts der gewalttätigen Ausschreitungen in England warnt der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) vor möglichen Krawallen in Deutschland. Auch hier gebe es genügend sozialen Sprengstoff, erklärte der BDKJ am Mittwoch in Düsseldorf. Bis zu zwei Millionen Jugendliche und junge Erwachsene seien arm, arbeitslos und perspektivlos. Daher müssten die Krawalle in England »Signalfeuer im Kampf gegen die Armut« sein.

Die Gewalt in England würde auch aus Frust und Resignation einer abgehängten Generation resultieren,

hieß es weiter. »Wir wollen keine Angst schüren, denn in Deutschland gibt es derzeit keine sichtbar hohe Zahl gewaltbereiter Jugendlicher«, sagte BDKJ-Bundespräsident Simon Rapp. Doch wenn dies so bleiben solle, müsse die deutsche Gesellschaft jetzt etwas tun und mehr Einsatz im Kampf gegen die Jugendarmut zeigen.

Jugendliche müssten von den Sparbemühungen der Bundesregierung ausgeschlossen bleiben, fordern die katholischen Jugendverbände. »Die junge Generation muss morgen schon für die heutigen Staatsschulden bezahlen, deshalb darf die Gesellschaft ihr nicht noch mehr aufbürden«, erklärte Rapp. Der BDKJ verlangt die Einführung eines Kinder- und Jugendgrundeinkommens als ersten Schritt hin zu einem Grundeinkommen für alle Bevölkerungsgruppen. Außerdem müsse es armutsfeste Bedarfsätze, kostenlose Bildungsangebote und ein Recht auf Ausbildung geben, hieß es.

Internet: [www.bdkj.de](http://www.bdkj.de)

## Jugend

### Evangelischer Kulturverband startet Internetportal gegen Mobbing

**Berlin** (epd). Der Bundesverband Kulturarbeit in der evangelischen Jugend (BKA) hat am Wochenende ein Internetportal gegen Mobbing gestartet. Unter [www.coole-monkeys.de](http://www.coole-monkeys.de) könnten Informationen über Schikanen im Schulalltag und Konzepte dagegen heruntergeladen werden, teilte der Verband am Sonntag in Berlin mit. Die Seite soll zudem als Gesprächsplattform für alle Interessierten dienen.

Der Verband unterstütze seit mehreren Jahren vor allem in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen Kulturprojekte wie Theaterstücke und Musicals, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, hieß es. In NRW ist das Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen Ansprechpartner der Initiative.

Die Erfahrungen daraus sollen nun bundesweit Hilfe bieten. Insgesamt sind 35 Stellen für Jugendarbeit vor allem aus den evangelischen Landeskirchen in dem Verband organisiert. Seine Projekte werden vom Bundesfamilienministerium gefördert.

Internet: [www.coole-monkeys.de](http://www.coole-monkeys.de); [www.ev-jugend-westfalen.de](http://www.ev-jugend-westfalen.de)

## Ausbildung

### Handwerk: Hoher Anteil an Migranten unter Azubis

**Berlin/Duisburg** (epd). Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) hat Vorwürfe zurückgewiesen, im Handwerk würden zu wenige Migranten ausgebildet. 33 Prozent aller ausländischen Auszubildenden machten ihre Lehre im Handwerk, teilte ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke am Freitag in Berlin mit. Dass die Zahlen langfristig gesunken seien, liege daran, dass immer mehr Migranten die deutsche Staatsangehörigkeit besäßen und in der Statistik als Deutsche geführt würden.

Der Arbeitssoziologe Gerhard Bosch von der Universität Duisburg-Essen hatte dem deutschen Handwerk vorgeworfen, zu wenige Lehrlinge mit Migrationshintergrund auszubilden. Das Handwerk habe große Schwierigkeiten, junge Ausländer anzuwerben. Zur Begründung sagte Bosch, Handwerker seien in Kammern und Gilden stark organisiert, und die Meister in den traditionellen Strukturen der deutschen Gesellschaft stark verankert.

Der ZDH verwies hingegen darauf, dass der Anteil ausländischer Auszubildender im Handwerk 2010 von 5,5 auf 5,9 Prozent gestiegen sei. In der Industrie lägen diese Anteile deutlich niedriger, sagte Schwannecke. Auch Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln stünden alle Karrierewege im Handwerk offen. Aufrufe des ZDH zum Ausbildungsjahr würden seit einigen Jahren auch auf türkisch und russisch veröffentlicht.

## Pro Asyl

### Menschenrechtspreis für Abschiebungsgegnerin

**Frankfurt a.M.** (epd). Die Abschiebungsgegnerin Julia Kümmel erhält den Menschenrechtspreis der Frankfurter Stiftung Pro Asyl. Dem beharrlichen Engagement der 47-jährigen Tontechnikerin sei es zu verdanken, dass auch in Zukunft bei bevorstehenden Abschiebungen oder Menschenrechtsverletzungen an Deutschlands Flughäfen demonstriert werden dürfe, sagte Pro-Asyl-Vorsitzender Jürgen Micksch am Dienstag in Frankfurt am Main dem epd. Die mit einem Preisgeld von 1.000 Euro und der von dem Darmstädter Kunstprofessor Ariel Auslander gestalteten »Pro-Asyl-Hand« verbundene Auszeichnung wird am 3. September in Frankfurt am Main verliehen.

Zusammen mit fünf anderen Mitgliedern der »Initiative gegen Abschiebung Rhein-Main« hatte Kümmel im März 2003 am Abfertigungsschalter des Frankfurter Flug-

hafens Flugblätter gegen die Abschiebung eines Irakers nach Griechenland verteilt. Der Flughafenbetreiber, die Fraport AG, untersagte die Demonstration jedoch mit Hinweis auf ihr Hausrecht. Daraufhin klagte die Aktivistin unter Berufung auf die Demonstrations- und Meinungsfreiheit gegen das Unternehmen. Nach einem Prozessmarathon durch alle Instanzen bekam sie schließlich im Februar dieses Jahres vor dem Bundesverfassungsgericht recht.

Mit dem seit 2006 verliehenen Menschenrechtspreis der Stiftung Pro Asyl werden Personen oder Organisationen ausgezeichnet, die sich in herausragender Weise für die Achtung der Menschenrechte und den Schutz von Flüchtlingen einsetzen. Im vergangenen Jahr wurde der italienische Journalist Gabriel del Grande für seine Recherchen zur Situation von Flüchtlingen an Europas Außengrenzen geehrt.

Bei der Preisverleihung am 3. September um 16 Uhr im Kaisersaal des Rathauses Römer werden unter anderen die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth, der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Altmaier, sowie Michael Lindenbauer, Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland und Österreich, sprechen.

Internet: [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

## Ausbildung

### Stifterverband kritisiert Lehrerausbildung

**Essen** (epd). Die Lehrerausbildung in Deutschland muss nach Ansicht des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft dringend verbessert werden. Die Ausbildung künftiger Lehrer friste an den Universitäten ein absolut randständiges Dasein, kritisierte Volker Meyer-Guckel, stellvertretender Generalsekretär des Stifterverbandes, am Montag in Essen. Es gebe zurzeit weder ein brauchbares Instrumentarium zur Qualitätsmessung in der Lehrerbildung noch ein aussagekräftiges Monitoring über die Resultate, bemängelte Meyer-Guckel.

Jährlich erhalten die deutschen Hochschulen für die Lehrerausbildung den Angaben nach 1,3 Milliarden Euro aus Steuermitteln. Doch fehle Rechenschaft darüber, ob dieses Geld auch in vollem Umfang in die Lehrerbildung investiert wird. »Darüber gibt es keinerlei Transparenz«, erklärte der Stifterverband. Die Lehrerbildung müsse ins Zentrum der Hochschulbildung rücken und dürfe nicht länger nur ein Anhängsel der Fachdisziplinen sein.

Meyer-Guckel verweist in diesem Zusammenhang auf eine aktuelle Prognose der Kultusminis-

terkonferenz, nach der es bis zum Jahr 2020 vor allem für die beruflichen Schulen und für die mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Unterrichtsfächer deutlich zu wenig Nachwuchs gibt.

Internet: [www.stifterverband.info](http://www.stifterverband.info)

## Arbeit

### Senioren-Union fordert Mindestlohn-Überprüfung von Pflegekräften

Düsseldorf (epd). Die Senioren der CDU in Nordrhein-Westfalen fordern eine schnellere und regelmäßige Anpassung der Mindestlöhne von Pflegekräften. Um einem drohenden Pflegenotstand vorzubeugen, sollte der Mindeststundenlohn von derzeit 8,50 Euro in den alten und 7,50 Euro in den neuen Bundesländern alle zwei Jahre überprüft werden, schlug der stellvertretende Vorsitzende der Senioren-Union, Leonhard Kuckart, am Montag in Düsseldorf vor. Gleichzeitig sollten Pflegekräfte deutlich mehr Möglichkeiten als bisher haben, ihre Aufwendungen steuerlich abzusetzen.

Kuckart sprach von einem »Alarmzeichen«, wenn Pflegekräfte »scharenweise die Branche verlassen«. »Die Arbeitsbedingungen insgesamt müssen besser werden, finanziell, aber auch, was die Attraktivität des Arbeitsplatzes betrifft«, erklärte er. Zugleich warnte Kuckart davor, Personalengpässe in der Pflege durch Zuwanderung und Anwerbung ausländischer Mitarbeiter schließen zu wollen.

Neben Sprachproblemen und einem anderen kulturellen Hintergrund angeworbener Kräfte aus dem Ausland müsse auch die Arbeitslosenzahl in Deutschland berücksichtigt werden, erklärte Kuckart. Angesichts von rund drei Millionen Arbeitslosen hierzulande halte er es für zumutbar, dass Arbeitslose bereit sein müssen, verstärkt auch in Pflegeberufe umzuschulen. »Es ist absurd, dass ausländisches Pflegepersonal teilweise mit Kopfprämien von bis zu 3.000 Euro angeworben wird.«

### »Pro Deutschland« Sarrazin lässt Wahlwerbung mit seinem Namen verbieten

Berlin (epd). Ex-Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin hat der rechtspopulistischen Partei »Pro Deutschland« gerichtlich verboten, mit seinem Namen Wahlwerbung zu betreiben. Wie das Landgericht Berlin am Donnerstag mitteilte, stelle der Slogan »Wählen gehen für Thilos Thesen« eine Verletzung des Rechts am eigenen Namen dar. Auf den Plakaten der Partei für die Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September ist er durch eine durchgestrichene Moschee ergänzt.

Mit seinen umstrittenen Thesen in dem Bestseller-Buch »Deutschland schafft sich ab« hatte der langjährige Berliner Finanzsenator eine heftige öffentliche Kontroverse ausgelöst. Entgegen ihres ursprünglichen Plans konnte die SPD-Führung ihn nicht aus der Partei ausschließen.



## Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland im EU-Vergleich gering

Experte: Gute Lebensperspektiven verhindern Krawalle

**Wiesbaden** (epd). Jugendliche in Deutschland brauchen nach Auffassung des Volkswirtes Claus Schäfer bessere Berufschancen und Lebensperspektiven. »Viele müssen häufig Praktikantenstellen oder einen Minijob annehmen, um überhaupt einen Fuß in den Arbeitsmarkt zu bekommen«, sagte der Leiter des sozialwissenschaftlichen Instituts der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf am Donnerstag in einem epd-Gespräch. Vergleichsweise niedrige Quoten junger Arbeitsloser dürften nicht zu der Annahme führen, in Deutschland sei »alles in Butter«.

Nötig sind Schäfer zufolge eine stärkere Regulierung von befristeten Arbeitsplätzen, ein gesetzlicher Mindestlohn und bessere Kinderbetreuungsangebote für junge Familien. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes, nach denen in Deutschland die Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich mit rund neun Prozent relativ gering ist, bewertete der Fachmann skeptisch: »Wir wissen von der Bundesagentur für Arbeit, dass rund die Hälfte aller Arbeitsverträge von jungen Leuten befristet sind.« Außerdem gebe es nach wie vor große Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz sowie bei der Arbeitssuche nach der Lehre, betonte Schäfer.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hatte berichtet, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland im EU-Vergleich gering ist. Im Juni waren in der Bundesrepublik 9,1 Prozent oder 430.000 junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren erwerbslos. Nur in den Niederlanden (7,1 Prozent) und in Österreich (8,2 Prozent) war die Quote geringer. Im EU-Mittel liegt der Anteil der Arbeitslosen unter den jungen Menschen bei 20,5 Prozent.

Schäfer sieht eine der Ursachen für die gewaltsame Entladung von Perspektivlosigkeit Jugendlicher in England in der Auseinanderentwicklung von Arm und Reich. Komme dazu Rassendiskriminierung wie sie in den USA oder auch in England zu beobachten sei, »dann kann das ein gefährliche Mischung sein«, warnte der Experte. Auch für Deutschland könne man solche Konflikte nicht ausschließen. Besonders problematisch sei hierzulande das Ost-West-Gefälle. Im Osten Deutschland seien die Löhne oftmals rund ein Viertel niedriger als im Westen.

Dass es in Spanien mit der europaweit höchsten Erwerbslosenquote von 45,7 Prozent zu keinen Ausschreitungen gekommen ist, führt Schäfer auf einen festeren Familienzusammenhalt zurück. Die Menschen seien viel stärker in ihre Familien integriert, dadurch werde vermutlich die Wut und Frustration gedämpft. Ähnliches sei in Italien zu beobachten, wo viele junge Menschen wegen der Jugendarbeitslosigkeit und hoher Mieten noch lange bei ihren Eltern wohnten.

Zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August forderte unterdessen die Bundesantidiskriminierungsstelle, junge Beschäftigte nicht zu benachteiligen. »Auch junge Menschen werden in unserer Gesellschaft wegen ihres Alters diskriminiert«, sagte die Leiterin der Stelle, Christine Lüders, in Berlin. Berufseinsteiger erhielten weniger Gehalt und oftmals keine Aussicht auf reguläre Beschäftigung. »Das Problematische daran ist: Viele Menschen halten das für zulässig«, bemängelte Lüders. Sie forderte, alle Altersgrenzen in Gesetzen, Verordnungen und Tarifverträgen auf den Prüfstand zu stellen.

## Experte fordert sichere Berufsperspektiven für Jugendliche

Institutsleiter: In südlichen Ländern weniger Frust durch stärkere Familien

**Düsseldorf** (epd). Jugendliche in Deutschland brauchen nach Auffassung des Verteilungsexperten Claus Schäfer bessere Berufschancen und Lebensperspektiven. »Viele müssen häufig Praktikantenstellen oder einen Minijob annehmen, um überhaupt einen Fuß in den Arbeitsmarkt zu bekommen«, sagte der Leiter des sozialwissenschaftlichen Instituts der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf am Donnerstag in einem

epd-Gespräch. Die Unsicherheit führe bei vielen jungen Menschen zur Zurückhaltung bei einer Familiengründung. Nötig seien eine stärkere Regulierung von befristeten Arbeitsplätzen, einen gesetzlichen Mindestlohn und bessere Kinderbetreuungsangebote für junge Familien.

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes, nach denen in Deutschland die Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich mit rund neun Prozent relativ ge-

ring ist, bewertete der promovierte Volkswirtschaftler skeptisch. Diese Zahlen dürften nicht zu der Annahme verleiten, dass in Deutschland »alles in Butter« sei. »Wir wissen von der Bundesagentur für Arbeit, dass rund die Hälfte aller Arbeitsverträge von jungen Leuten befristet sind«, kritisierte der Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WSI). Außerdem gebe es nach wie vor große Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz sowie nach Ausbildungsende bei der Arbeitssuche.

Eine der Ursachen für die gewaltsame Entladung von Perspektivlosigkeit Jugendlicher wie in England ist nach Einschätzung von Schäfer eine zunehmende Auseinanderentwicklung zwischen Arm und Reich. Wenn dazu eine Rassendiskriminierung wie in den USA käme oder wie dies auch in England der Fall zu sein scheine, »dann kann

das ein gefährliche Mischung sein«, warnte der Experte. Ebenso seien in Frankreich immer wieder gewaltsame Proteste aufgeflammt. Auch für Deutschland könne man solche Konflikte nicht ausschließen. Besonders problematisch sei hierzulande das Ost-West-Gefälle. Im Osten Deutschland seien die Löhne oftmals rund ein Viertel niedriger als im Westen.

Dass es in Spanien mit der europaweit höchsten Jugenderwerbslosenquote von 45,7 Prozent zu keinen Ausschreitungen gekommen ist, führt Schäfer auf einen großen Familienzusammenhalt zurück. Die Menschen seien viel stärker in den Familien integriert, dadurch werde vermutlich die Wut gedämpft. Ähnliches sei in Italien zu beobachten, wo viele junge Menschen wegen der Arbeitslosigkeit und hoher Mieten noch lange bei ihren Eltern wohnten. *epd-Gespräch: Holger Spierig*

## Eine neue Familie

### Wenn Kinder in Wohngruppen heranwachsen

**Oberhausen** (epd). Nasiem weiß was er will. »Ich will Abitur machen und dann Pilot werden«, sagt der 17-Jährige. Seinen Realschulabschluss hat er bereits in der Tasche. Nach den Sommerferien wechselt er auf eine Gesamtschule. Dabei lief für den jungen Mann in seinem Leben nicht immer alles so gut wie jetzt. Seit fast vier Jahren lebt er in einer Wohngruppe der Evangelischen Jugendhilfe in Oberhausen. »Ich hatte Probleme zu Hause, und als ich hier hin gekommen bin, war das wie eine Befreiung«, sagt er knapp.

Früher hießen solche Einrichtungen Kinderheim. Davon spürt ein Besucher in Oberhausen nicht viel. Eher wirkt der Wohnbereich wie eine WG mit geräumiger Küche, gemütlichen Sitzcken, Computer und Flachbildfernseher. Auch Miriam hat hier ein neues Zuhause gefunden. Mit den anderen Jugendlichen lernt sie geregelte Tagesabläufe kennen, geht wieder zur Schule und muss sich in der Gruppe einbringen.

Die 15-Jährige ist ein stilles Mädchen. Gerne würde sie später Buchhändlerin werden. »Ich lese so gerne.« Auch sie besucht eine Gesamtschule. Ihr Leben in der früheren Familie hat sie hinter sich gelassen. Zwar trifft sie sich mit ihrer Mutter, aber ihr Platz ist in der Wohngruppe. »Mein Stiefvater hat mich immer geschlagen. Dann bin ich zuerst in Pflegefamilien gekommen, bis ich schließlich hier eingezogen bin«, sagt Miriam.

Familiäre Probleme wie bei Nasiem und Miriam seien häufig Gründe dafür, dass die Kinder in Wohngruppen und

nicht bei ihren Eltern aufwachsen, sagt Gruppenleiter Rainer Kullmann. Der Sozialarbeiter ist seit 1984 bei der evangelischen Jugendhilfe. »Oft stecken hinter den Biografien der Kinder Trennungsgeschichten, Drogensucht und psychische Erkrankungen der Eltern.« Häufig seien es alleinerziehende, überforderte junge Mütter, die sich in Konkurrenz zu ihren pubertierenden Töchtern sähen. »Dazu kommen häufig wechselnde Partner und Drogenmissbrauch. Es fehlt einfach die Vertrauensperson, die junge Menschen benötigen«, sagt der 54-Jährige.

Mit Tagesgruppen, Wohngruppen oder Pflegefamilien gibt es vielfältige Unterbringungsformen für Kinder und Jugendliche, die in ihrer eigenen Familie nicht mehr leben wollen oder können. Kann eine Pflegefamilie möglicherweise engere emotionale Strukturen bieten, so kann das Team einer Wohngruppe bei besonderem Betreuungsbedarf eines Kindes schneller auf die personellen, organisatorischen und finanziellen Ressourcen der Gesamteinrichtung zurückgreifen.

Mehr als 10.400 Kinder nahmen die Jugendämter in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr aus ihren Familien heraus, rund fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Mit rund 4.700 Fällen war der häufigste Anlass für das Eingreifen der Behörden nach Angaben des statistischen Landesamtes in Düsseldorf eine Überforderung der Eltern. Beziehungsprobleme der Eltern gaben in knapp 2.000 Fällen den Ausschlag.

Knapp 50 Kinder und Jugendliche leben in Einrichtungen der Evangelischen Jugendhilfe in Oberhausen. Das Durchschnittsalter beträgt 15 Jahre. Sie sind in unterschiedlichen Wohngruppen untergebracht. Dem »Stigma Kinderheim« wollen die Mitarbeiter entgegenwirken. »Wir wissen, der Begriff Heim ist immer noch negativ besetzt«, sagt Jugendhilfe-Geschäftsführer Harald Schwab.

Die Oberhausener Einrichtung feiert im kommenden Jahr ihr 125-jähriges Bestehen. Sie ist eine langjährige, in der Stadt anerkannte Institution der sozialen Arbeit. Bei der Arbeit der Erziehenden stehe die Verlässlichkeit für die Kinder im Vordergrund, sagt Schwab. Die Pädagogen müssten Werte und Normen vermitteln und Einfühlungsvermögen besitzen. Es gehe um Vertrauen und Stabilität. Werte, die die meisten in ihren Familien nicht kennengelernt hätten. Auch das Thema Missbrauch ist im Blick. Mit einem internen Frühwarnsystem versuche die Einrichtung, Prävention zu leisten. Von allen Beschäftigten

werde ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis verlangt.

Nicht immer verlaufen die Entwicklungen so positiv wie bei Nasiem und Miriam. Es gebe auch Jugendliche, die in der Wohngruppe scheitern oder einer therapeutischen Behandlung bedürfen. Da seien die Vorfälle in der Vergangenheit der Kinder zu gravierend gewesen, sagt Schwab. »Wir können das dann nicht mehr leisten. Da sind dann spezielle Einrichtungen und Kliniken gefragt.« Auch gebe es gelegentlich Konflikte mit den Eltern, deren Mitarbeit unabdingbar ist. »Die Eltern sind Teil des Problems«, sagt Schwab. Manchmal gebe es seitens der Eltern überhaupt keine Bereitschaft, manchmal werde die Zusammenarbeit regelrecht boykottiert.

Für Nasiem endet im kommenden Jahr sein Leben in der Wohngruppe. Er könnte zwar noch bis zum Abitur dort wohnen bleiben. Aber er zieht es vor, seinen eigenen Weg zu gehen. Er fühle sich dann zu alt, um mit den Jüngeren zu leben, sagt er. *Carsten Grün (epd)*

## Eltern jedes dritten Neugeborenen sind nicht verheiratet

**Wiesbaden** (epd). Immer mehr Kinder werden in Deutschland außerhalb einer Ehe geboren. Wie das Statistische Bundesamts (Destatis) am Freitag in Wiesbaden berichtete, hat sich der Anteil der außerehelichen Geburten an allen lebend geborenen Kindern in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt: Er stieg von 15 Prozent im Jahr 1990 auf rund 33 Prozent im Jahr 2010.

Besonders schnell verlief diese Entwicklung den Statistikern zufolge Ende der 1990er Jahre, in den vergangenen Jahren hat sie sich verlangsamt. 2010 stieg der Anteil der außerehelichen Geburten gegenüber dem Vorjahr vergleichsweise geringfügig um 0,5 Prozentpunkte.

Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern bestehen laut Bundesamt deutliche Unterschiede: Im früheren Bundesgebiet werden die meisten Kinder nach wie vor in einer Ehe geboren, im Jahr 2010 betrug hier der Anteil der außerehelichen Geburten lediglich 27 Prozent. In den neuen Ländern waren im Jahr 2010 bei mehr als sechs von zehn Neugeborenen die Eltern nicht miteinander verheiratet (61 Prozent).

Am höchsten im bundesdeutschen Vergleich war der Anteil der außerehelichen Geburten in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (je 64 Prozent). In Berlin hatte jedes zweite Neugeborene nicht verheiratete Eltern (50 Prozent). Innerhalb der alten Bundesländer wiesen Bremen (39 Prozent), Hamburg (36 Prozent) sowie

Schleswig-Holstein (35 Prozent) ein überdurchschnittlich hohes Niveau auf.

Vor allem zum Zeitpunkt der ersten Geburt sind Eltern oft (noch) nicht verheiratet. 43 Prozent der Erstgeborenen hatten 2010 im Bundesdurchschnitt nicht verheiratete Eltern, im früheren Bundesgebiet waren es 36 Prozent und in den neuen Ländern 74 Prozent. Bei zweiten und weiteren Geburten ist der Anteil geringer. Jedoch waren auch über 8.000 der vierten oder weiteren Geburten einer Mutter außerehelich (24 Prozent).

Wie hoch der Anteil der Eltern ist, die nach der Geburt eines gemeinsamen Kindes heiraten, lässt sich nicht genau bestimmen. Die Statistiker sehen jedoch einen Zusammenhang zwischen dem Anteil außerehelicher Geburten und der Häufigkeit der Ehen mit gemeinsamen vorehelichen Kindern: Von 1991 bis 2010 ist der Anteil der Ehen mit gemeinsamen vorehelichen Kindern in Deutschland von 8 Prozent auf 20 Prozent gestiegen.

Der Anteil der außerehelich Geborenen in Deutschland liegt unterhalb des EU-Durchschnitts - dieser lag nach Angaben von Eurostat im Jahr 2009 bei knapp 38 Prozent. Am höchsten war der Anteil der außerehelichen Geburten 2009 in Estland (59 Prozent), besonders gering war er in Griechenland (7 Prozent). In Frankreich waren bei 53 Prozent der Neugeborenen die Eltern nicht miteinander verheiratet, in Großbritannien bei 46 Prozent, in Österreich bei 39 Prozent und in Italien bei 24 Prozent.

## Sozialticket in allen NRW-Kommunen möglich

Landesregierung: Förderung auch für Städte mit Nothaushalt

**Düsseldorf** (epd). Die nordrhein-westfälische Landesregierung macht den Weg zum Sozialticket für alle Kommunen frei, auch für Städte mit einem Nothaushalt. Ab sofort könnten alle kreisfreien Städte, Kreise und Verkehrsverbände in NRW eine Förderung für die Einführung eines Sozialtickets beantragen, teilte das Düsseldorfer Verkehrsministerium am Montag mit. Damit könnten auch Kommunen, die einem Haushaltssicherungskonzept oder einem Nothaushalt unterliegen, das Sozialticket anbieten und würden dort lebende Menschen nicht benachteiligen.

Nach Angaben der Landesregierung stellt das Land NRW den Kommunen und Verkehrsverbänden, die ein Sozialticket einführen, in diesem Jahr eine Förderung von 15 Millionen Euro bereit. Für die Folgejahre sind jeweils 30 Millionen Euro vorgesehen. Die Förderung solle vollständig in die Reduzierung des Ticketpreises fließen, erklärte der parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium, Horst Becker.

Das im November startende Sozialticket im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) können somit auch NRW-Städte mit Nothaushalt erproben. Damit korrigierte die Landesregierung frühere Aussagen aus der Kommunalaufsicht, die eine Teilnahme von Städten in Etatnöten untersagt hatte. Die Teilnahme am Pilotversuch ist für die Kommunen freiwillig.

Rund 1,2 Millionen Empfänger von Hartz IV oder Wohngeld sollen vom 1. November an das Sozialticket im VRR zum Monatspreis von 29,90 Euro für innerstädtische Fahrten mit Bussen und Bahnen nutzen können. Von Sozialticket-Inhabern können laut VRR maximal drei Kinder bis zu 14 Jahren nach 19 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen kostenlos mitgenommen werden. Erwerben können das Sozialticket neben ALG-II-Beziehern und Wohngeldempfängern auch Asylbewerber oder junge Erwachsene, die vom Jugendamt unterstützt werden.

Die Einführung eines Sozialtickets, das zunächst 15 Euro für Geringverdiener kosten sollte, war wiederholt verschoben worden. Der VRR, der nach Fläche und Fahrgastzahl größte Verkehrsverbund in Nordrhein-Westfalen, hatte dies mit nicht ausreichenden Zuschüssen der Landesregierung und zu befürchtenden finanziellen Ausfällen von bis zu 40 Millionen Euro begründet. Soziale Initiativen und Organisationen hatten wiederholt an die Verantwortlichen in Politik und Verkehrsverbund appelliert, sich für die flächendeckende Realisierung eines Sozialtickets in der Region des VRR einzusetzen.

Die subventionierte Fahrkarte im VRR wird nun zunächst im Rahmen eines bis Ende 2012 dauernden Pilotprojekts umgesetzt. Danach soll das Sozialticket unter Beteiligung eines Wirtschaftsexperten auf den Prüfstand kommen.

## Sternsinger sammeln über 70 Millionen Euro

**Aachen** (epd). Die rund 500.000 Sternsinger haben im vergangenen Jahr 73,3 Millionen Euro gesammelt. Das Spendenaufkommen des Kindermissionswerks »Die Sternsinger« konnte damit das Vorjahresergebnis von 66,6 Millionen Euro um knapp zehn Prozent steigern, wie die Hilfsorganisation am Montag in Aachen mitteilte. Allein 40,6 Millionen Euro hatten die Sternsinger bei ihrer Aktion zum Jahresbeginn 2010 gesammelt. Mit den Spendengeldern der Sammelaktion 2009/2010 wurden 2.875 Projekte in über 120 Ländern gefördert.

Insgesamt stellte das Kindermissionswerk nach eigenen Angaben im Jahr 2010 rund 56,2 Millionen Euro zur Unterstützung von benachteiligten Kindern in Afrika, Lateinamerika, Asien und Ozeanien sowie Osteuropa bereit. Neben der Bildungsarbeit wurden Projekte in den Bereichen Ernährung, soziale Integration, pastorale Auf-

gaben und Gesundheit gefördert. Hinzu kamen Hilfen bei Naturkatastrophen.

»Im Fokus unserer Arbeit steht die ganzheitliche Entwicklung von Kindern weltweit«, erklärte der Präsident des Kindermissionswerks, Prälat Klaus Krämer. So wurden allein 1.344 Bildungsprojekte mit 24 Millionen Euro unterstützt. Dazu gehören der Aufbau von Schulen in ländlichen Gebieten, die Finanzierung von Schulmaterial, Schulspeisungen oder die Wasserversorgung an Schulen.

Das Kindermissionswerk »Die Sternsinger« ist das Kinderhilfswerk der katholischen Kirche in Deutschland mit Sitz in Aachen. Seit 1959 organisiert es in Deutschland die »Aktion Dreikönigssingen«, seit 1961 zusammen mit dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ).

Internet: [www.sternsinger.org](http://www.sternsinger.org);  
[www.kindermissionswerk.de](http://www.kindermissionswerk.de)

## Erwerbslosen Forum beklagt Sanktionen gegen Schwangere

**Bonn** (epd). Das Erwerbslosen Forum hat auf Beschwerden schwangerer Frauen im Hartz-IV-Bezug hingewiesen. In jüngster Vergangenheit sei das Forum immer wieder mit Fällen konfrontiert worden, in denen junge schwangere Hartz-IV-Bezieherinnen von den zuständigen Jobcentern als Sanktion sämtliche Leistungen gestrichen worden seien, erklärte Sprecher Martin Behrsing am Freitag in Bonn. Mit der Schwangerschaft beginne für Hartz-IV-Bezieherinnen oftmals eine »Odyssee durch den deutschen Sozialstaat, bei der ganz schnell das ungeborene Leben unter die Räder kommt«.

Ebenso beklage sich eine wachsende Zahl Schwangerer über mangelnde Sensibilität auf dem Amt und fehlende Rechtskenntnis der Mitarbeiter, erklärte Behrsing weiter. Frauen berichteten von zum Teil unvollständig oder zu spät bearbeiteten Anträgen. Mitarbeiter besäßen nur mangelhaftes rechtliches Fachwissen. In einem aktu-

ellen Fall sei eine Eilklage beim Sozialgericht eingereicht worden, weil das Jobcenter einer Schwangeren im siebten Monat trotz ärztlich verordneter Bettruhe fehlende Mitwirkung vorgeworfen habe, erklärte das Forum.

Der Sprecher des Erwerbslosen Forums nannte keine eigenen Zahlen. Er verwies jedoch erneut auf eine Befragung der »Mutter-Kind-Stiftung« in Nordrhein-Westfalen unter 14.000 Schwangeren, die im ersten Quartal des vergangenen Jahres Kontakt mit einer Arge hatten. Diese Umfrage habe ergeben, dass 5.600 Frauen falsche oder unzureichende Auskünfte und Bescheide der Jobcenter erhalten hatten und über ihnen zustehende Hilfen nicht informiert worden waren. In diesen Fällen hatten demnach Beratungsstellen interveniert. »Diese hohe Zahl an Falschberatung und Rechtsverweigerung ist erschreckend«, erklärte Behrsing.

## Aktion Mensch beklagt große Länderunterschiede bei Inklusion

**Bonn** (epd). Die Aktion Mensch beklagt große Länderunterschiede bei dem Regelschulbesuch behinderter Kinder. Deutschland komme beim gemeinsamen Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung unterschiedlich schnell voran, dies führe zu großen Unsicherheiten bei Eltern, Kindern und Lehrern, erklärte die Förderorganisation am Donnerstag in Bonn. So besuche in Niedersachsen noch nicht einmal jedes zehnte behinderte Kind eine Regelschule (7,2 Prozent), in NRW seien es 15,5 Prozent. Führend sei Schleswig-Holstein mit einem Anteil von 45,5 Prozent. Das nördlichste Bundesland liege damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von rund 20 Prozent.

Viele Bundesländer müssten »nachsitzen«, um deutlich mehr Kindern das gemeinsame Lernen zu ermöglichen, forderte Martin Georgi vom Vorstand. Das Mitglied im Expertenkreis »Inklusive Bildung« der deutschen UNESCO-Kommission verwies auf die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 in Deutsch-

land in Kraft ist. Demnach darf niemand aufgrund seiner Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden.

»Es ist immer noch verbreitete Ansicht, dass Kinder mit Behinderung nur in der Sonder- oder Förderschule gut aufgehoben sind oder sie sogar das Fortkommen anderer in der Regelschule bremsen«, erklärte Georgi. Mit Eberhard Jüttner vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband forderte er Anpassungen in der Lehrerbildung und klare Zuständigkeiten in den Ländern für die inklusive Schule. Das jetzige Träger- und Zuständigkeitswirrwarr sei eine Zumutung für Eltern und Kinder.

Teurer sei die inklusive Bildung für den Staat in der Anlaufphase, hieß es. Auf lange Sicht sei ein einheitliches Schulsystem mit weniger Schultypen kostengünstiger, erklärte der Inklusionspädagoge Andreas Hinz von der Uni Halle-Wittenberg.

Internet: [www.aktion-mensch.de](http://www.aktion-mensch.de)



## Träger wollen Chancen für benachteiligte Jugendliche verbessern

### Jugendberufshilfe und Graf-Recke-Stiftung schließen Vereinbarung

**Düsseldorf** (epd). Die Jugendberufshilfe Düsseldorf und die Graf-Recke-Stiftung wollen gemeinsam die Chancen benachteiligter Jugendlicher auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verbessern. Ein nun geschlossener Kooperationsvertrag der beiden Träger sehe die Weiterentwicklung von Arbeits- und Qualifizierungsangeboten vor, teilte die diakonische Graf-Recke-Stiftung am Donnerstag in Düsseldorf mit.

Die bisherigen Ausbildungsangebote des ArbeitsPädagogischen Zentrums der Graf-Recke-Stiftung in den Berufsfeldern Metall, Holz, Farbe und Gärtnerei werden Mitte kommenden Jahres aufgegeben. Dieser Bereich der Ausbildung werde künftig vollständig durch die Kooperation mit der Jugendberufshilfe abgedeckt, hieß es. Hinzu kämen als weitere Bausteine aufseiten der Graf-Recke-Stiftung die Projekte Arbeit-Qualifikation-Integration (AQUIN) sowie Beruf und Schule (BUS).

AQUIN führe Jugendliche mit sozialpädagogischem Förderbedarf an Ausbildungsbedingungen heran, hieß es. Die Jugendlichen bearbeiteten im Rahmen des Projekts sowohl Aufträge aus der Graf-Recke-Stiftung und ihrer angeschlossenen Einrichtungen als auch Aufträge externer Kunden. Dadurch biete das Projekt annähernd reale betriebliche Bedingungen und Arbeitsabläufe, erläuterte die Graf-Recke-Stiftung. Die Jugendlichen werden während der Arbeit und in ihrer Freizeit sozialpädagogisch begleitet.

Das BUS-Projekt richtet sich an Schüler, die den Hauptschulabschluss in der Regelzeit nicht schaffen. Das schulische Ganztagsangebot an der Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung werde eng mit den Werkstätten des Stiftungs-Geschäftsbereichs Erziehung und Bildung verknüpft. Die Teilnehmer sollen einen Einstieg in die Arbeitswelt und auch eine Perspektive für einen schulischen Abschluss erhalten. Das Projekt BUS ersetze das bisherige Berufsorientierungsjahr, hieß es.

In Kombination mit den Wohnangeboten des Geschäftsbereichs Graf Recke Erziehung und Bildung werde bei den Maßnahmen auch die gesellschaftliche Inklusion der Jugendlichen mit ihren vielfältigen seelischen Beeinträchtigungen, Verhaltensauffälligkeiten und schwierigen Bildungskarrieren im Blick behalten, erklärte Pfarrer Ulrich Lilie, Theologischer Vorstand der Graf-Recke-Stiftung. Die Kooperation mit der Jugendberufshilfe sei dabei ein weiterer Schritt zur Integration der Jugendlichen in das Gemeinwesen.

Die Graf-Recke-Stiftung ist eine der ältesten diakonischen Einrichtungen Deutschlands. 1822 gründete Graf von der Recke-Volmerstein ein »Rettungshaus« für Straßenkinder in Düsseldorf. Heute besteht die Stiftung aus den Geschäftsbereichen Erziehung und Bildung - mit der Tochter Educon und zwei Förderschulen -, Wohnen und Pflege sowie Sozialpsychiatrie und Heilpädagogik.

Internet: [www.graf-recke-stiftung.de](http://www.graf-recke-stiftung.de)

### Leute

### »Tatort«-Pathologe unterstützt Frauenhaus der Diakonie

**Hamm** (epd). Der Arzt und »Tatort«-Pathologe Joe Bausch unterstützt ein Hammer Frauenhaus der Diakonie. Bausch übergab dem Frauenhaus den Erlös einer Benefizlesung in Höhe von 1.000 Euro, teilte die Diakonie Ruhr-Hellweg am Freitag in Unna mit. In dem Diakonie-Projekt erhielten Frauen Schutz vor physischer und psychischer Gewalt. Der aus den Kölner »Tatort«-Sendungen

bekannte Arzt habe im vergangenen Jahr für den guten Zweck in einer Hammer Buchhandlung aus dem Buch »Kalte Wut« von Volker Mauerberger gelesen.

Bausch arbeitet als Arzt unter anderem in der Justizvollzugsanstalt Hamm. Sein Debüt als TV-Pathologe gab er 1984 in dem Schimanski-Film »Zahn um Zahn« mit Götz George. Seit einigen Jahren ist er in dem Kölner »Tatort« an der Seite von Klaus J. Behrendt und Dietmar Bär zu sehen.

Internet: [www.diakonie-ruhr-hellweg.de](http://www.diakonie-ruhr-hellweg.de)

## Soziales

### Uni entwickelt Gesundheits- Programm für pflegende Angehörige

**Witten** (epd). Pflegende Angehörige brauchen nach Auffassung der Pflegewissenschaftlerin Angelika Zegelin mehr Angebote für ihre eigene Gesundheit. Viele seien überfordert und selbst krank, erklärte die Wissenschaftlerin an der Universität Witten/Herdecke am Freitag. In den Städten Dortmund und Solingen werde jetzt in einem Modellprojekt ein spezielles Programm für Angehörige angeboten, das die Universität im Auftrag der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen konzipiert habe.

Kern des Programms sei ein engmaschiges Netz aus verschiedenen Hilfs- und Informationsmöglichkeiten, erläuterte die Professorin. Anbieter von Hilfsleistungen würden zudem darin geschult, den Hilfesuchenden neben den benötigten Angeboten und Informationen auch Wertschätzung entgegenzubringen. Beteiligt sind den Angaben nach Pflegedienste, Beratungsstellen, Arztpraxen, Apotheken, Städte und Kirchen.

Zu dem Modellprojekt gehöre beispielsweise die Organisation von Fahrdiensten oder Gottesdienste, die sich speziell an pflegende Angehörige richteten. Außerdem würden Informationsveranstaltungen zur Pflegeversicherung oder Kurse zum »Pflegen lernen« angeboten. Eine sogenannte »Notfallkarte« Sorge dafür, dass Pflegende beispielsweise beim Arzt schneller behandelt würden oder stelle im Fall eines Unfalls sicher, dass der Angehörige zu Hause nicht vergessen werde. Bundesweit einmalig sei das Konzept, Pflegende zu »Familienmoderatoren« für ein Konfliktmanagement auszubilden, erklärte Zegelin.

Internet: [www.uni-wh.de](http://www.uni-wh.de)

## Familie

### Caritas kritisiert Stichtagsregelung bei Kleinkinderförderung

**Münster** (epd). Die von der Landesregierung beschlossenen Sonderzuschüsse für die Förderung von Kleinkindern kommen nach Einschätzung der Caritas kaum bei den Kindertagesstätten an. Durch die Wahl eines Stichtages zum 1. März, an dem die Kinder jünger als drei Jahre sein müssen, werde der vorgesehene Betrag von bis zu 2.200 Euro pro Kind und Jahr in der Praxis nur für sehr wenige Kinder gezahlt werden müssen, erklärte der Caritasverband Münster am Freitag. Anstelle des beitragsfrei gestellten dritten Kindergartenjahres wäre zudem nach Einschät-

zung der Caritas eine direkte Investition des vorgesehen Betrages in den Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren sinnvoller gewesen.

Zwar seien viele der betreuten Kinder, die in die neuen Kindergartengruppen kommen, noch keine drei Jahre alt, erläuterte die Caritas. Die meisten aber feierten jedoch bis zum 1. März Geburtstag und erfüllten dann nicht mehr das entscheidende Kriterium.

Mit dem Sonderzuschuss solle die unzureichende Besetzung der Gruppen mit zwei Mitarbeiterinnen verbessert werden, erklärte die Caritas. Ohne diesen frühen Stichtag könnten die Mittel zusätzliche halbe Stellen ermöglichen. Mit dem Stichtag im März sei das in der Praxis kaum zu erreichen. Bei einer stichprobenweise Befragung einiger der insgesamt 750 katholischen Tageseinrichtungen im Bistum Münster komme die Neuregelung für kein Kind infrage.

Internet: [www.caritas-muenster.de](http://www.caritas-muenster.de)

## Soziales

### Diakonie hilft sozial schwachen Familien mit Schulmaterial

**Paderborn** (epd). Zu Beginn des neuen Schuljahres unterstützt die Diakonie in den Kreisen Paderborn und Höxter erneut sozial schwache Familien mit kostenlosen Sachspenden. Die über 20 Helfer der Schulmaterialienkammer in Paderborn würden vom 5. bis 9. September täglich Tornister, Rucksäcke, Hefte, Stifte und Farbkästen herausgeben, kündigte die Diakonie Paderborn-Höxter am Freitag an. Für die Abholung müssen die Eltern einen gültigen Bescheid über Arbeitslosengeld II, ihren Personalausweis und eine Materialliste der jeweiligen Schule mitbringen. Im vergangenen Schuljahr seien über 2.100 Schüler aller Jahrgangsstufen ausgestattet worden, hieß es.

Die 2005 eingerichtete Schulmaterialienkammer war den Angaben nach bundesweit die erste kirchliche Aktion dieser Art. Viele Paderborner Familien seien nicht in der Lage, die von Schulen angegebenen Bücher und Schreibmaterialien zu bezahlen, sagte Initiatorin Susanne Bornefeld. Besonders bei Schulanfängern, die sich komplett neu ausstatten müssten, würden die Kosten schnell zu einem kaum lösbaren Problem. »Die Nachfrage steigt von Jahr zu Jahr«, klagte Bornefeld. Die Zahl der Materialausgaben hätte sich seit 2005 fast verdreifacht. Auf weitere Sach- und Geldspenden sei man dringend angewiesen.

Internet: [www.diakonie-pbhx.de](http://www.diakonie-pbhx.de)

## Finanzen

### Kinderkrippen im Saarland erreichen geforderte Quote

**Saarbrücken** (epd). In den kommenden drei Jahren stellt das Saarland weitere rund 49 Millionen Euro Landesmittel für den Krippenausbau zur Verfügung. Bildungsminister Klaus Kessler (Grüne) sprach am Dienstag von einer »gewaltigen Kraftanstrengung«, mit der die vom Bund geforderte Ausbauquote von 35 Prozent erreicht werden könne. Bis Ende 2013 kommen sieben Millionen Euro an Bundesmitteln dazu.

Die Gelder werden nach Angaben des Ministeriums gestaffelt in den Landeshaushalt eingestellt. Für das Jahr 2012 seien bereits 19,8 Millionen Euro inklusive Darlehen eingestellt, für die Folgejahre weitere 36,2 Millionen Euro eingeplant. Der Minister kritisierte das Verhalten des Bundes in Sachen Krippenausbau. »Man kann nicht auf der einen Seite von den Ländern Ausbauquoten einfordern und auf der anderen Seite die erforderlichen Bundesmittel nicht vollständig zur Verfügung stellen«, sagte Kessler. Das Land müsse 29 Millionen Euro vorfinanzieren.

## Obdachlosenzeitschrift

### Tagesschausprecherin spendet 20.000 Euro für »Hinz&Kunzt«

**Hamburg** (epd). Tagesschausprecherin Judith Rakers will dem Hamburger Obdachlosenmagazin »Hinz&Kunzt« 20.000 Euro schenken. Die Summe hatte sie beim »Star Quiz« mit Kai Pflaume in der ARD gewonnen. »Wir sind überwältigt und dankbar«, sagte Hinz&Kunzt-Geschäftsführer Jens Ade am Sonntag in Hamburg. Die Zeitung will mit dem Geld ein besonderes Projekt finanzieren. Der genaue Verwendungszweck soll in den kommenden Tagen gemeinsam mit Judith Rakers beraten werden.

## Soziales

### Caritas mahnt bessere Betreuung von kranken Flüchtlingen an

**Paderborn** (epd). Für psychisch kranke Flüchtlinge in Deutschland gibt es nach Auffassung der Caritas zu wenig Hilfe. So gebe es in der Region Ostwestfalen-Lippe kein Beratungszentrum für Flüchtlinge mit psychischen Krankheiten, erklärte der Caritasverband Paderborn am Montag. Wo es kein solches Zentrum gebe, sei ein Ausbau von örtlichen Netzwerken von Beratern, Behörden und psychotherapeutischem Fachpersonal nötig. Auch

ein Umzug aus einer Gemeinschaftsunterkunft in eine Privatwohnung trage wesentlich dazu bei, dass sich die äußere Sicherheit vor allem von depressiven Flüchtlingen verbessere.

Vor allem alleinstehende erwachsene Flüchtlinge bräuchten mehr Hilfe, da diese nicht auf die Unterstützung einer Familie zurückgreifen könnten, erklärte die Caritas. Von 750 Flüchtlingen, die von der Caritas in der Region betreut würden, leide laut einer Studie jeder vierte unter psychischen Krankheiten.

Der katholische Wohlfahrtsverband kündigte ein Ausbau seiner Angebote für kranke Flüchtlinge an. So sollen ehrenamtliche Mitarbeitende in diesem Bereich speziell geschult werden und Kontakte im sozialen Umfeld gefördert werden. »Die Caritas wird auch in Zukunft ihren Beitrag leisten, damit sich Flüchtlinge sicherer fühlen und ihren Alltag besser bewältigen können«, hieß es.

Internet: [www.caritas-paderborn.de](http://www.caritas-paderborn.de)

## Kinder

### Bundesweit erste jüdisch-christliche Kindertagesstätte

**Osnabrück** (epd). Die bundesweit erste jüdisch-christliche Kindertagesstätte ist am Freitag in Osnabrück eröffnet worden. Die Kita wird am Montag mit zunächst zehn jüdischen Kindern starten. Nach einer Eingewöhnungszeit soll sie ab Januar auch nicht-jüdischen Kinder offenstehen. Die Kinder werden rund anderthalb Jahre in einem Container untergebracht. Im Frühjahr 2013 sollen sie in einen Neubau umziehen.

Die König-David-Kindertagesstätte sei ein Zeichen für die enge Verbindung zwischen Judentum und Christentum, sagte der katholische Generalvikar Theo Paul: »Wir können unseren Glauben nur zukunftsfähig gestalten, wenn wir mit anderen im Dialog bleiben.« Paul ist Verwaltungschef des Bistums.

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Osnabrück, Michael Grünberg, bedankte sich für die Unterstützung des Bistums und der katholischen Domgemeinde: »Wir sind froh und glücklich, dass es in Osnabrück wieder einen jüdischen Kindergarten gibt.« Alleine wäre dies der Jüdischen Gemeinde nicht möglich gewesen. Das religiöse Programm werde sich am jüdischen Synagogenjahr orientieren, betonte Grünberg. Die Einrichtung sei jedoch offen für alle Religionen.

Die König-David-Kita, die aus einer Gruppe mit 18 Kindern bestehen soll, wird in Trägerschaft der katholischen Domgemeinde geführt. Zwei jüdische Erzieherinnen und eine katholische Kollegin werden die Kinder betreuen.

## Öko-Fleisch und Bio-Eier aus NRW sollen häufiger auf dem Tisch landen

### Landesregierung will Vermarktung heimischer Ökoprodukte fördern

**Düsseldorf** (epd). In nordrhein-westfälischen Haushalten sollen häufiger Öko-Fleisch, Bio-Eier sowie Obst und Gemüse aus heimischem Öko-Anbau auf dem Speisezetteln stehen. Die rot-grüne Landesregierung will die Vermarktung heimischer Ökoprodukte deshalb stärker fördern, sagte NRW-Landwirtschaftsminister Johannes Rimmel (Grüne) am Dienstag in Düsseldorf. Eine gemeinsam mit dem Westfälisch-Lippischen Landschaftsverband (WLV) in Auftrag gegebene Studie zeige, dass die Nachfrage nach Bio-Waren aus NRW derzeit größer sei als das Angebot.

Derzeit müssten die Händler in NRW Bio-Lebensmittel aus anderen Regionen Deutschlands importieren, um den Bedarf zu decken, sagte Rimmel bei der Vorstellung der Studie. Der Öko-Trend der letzten Jahre sei an NRW »vorbeigeboomt«. Immer noch scheuten viele Landwirte zwischen Rhein und Weser die Umstellung auf Produkte aus ökologischem Landbau und ökologischer Tierhaltung. Hemmnisse seien häufig die finanziellen Risiken und die unsichere Vermarktung. Um die Nachfrage

in NRW zu befriedigen, würden zusätzlich 36.000 Hektar für Ackerbau und Tierhaltung benötigt. Derzeit werden 68.000 Hektar ökologisch bewirtschaftet.

Das Land will die Vermarktung heimischer Ökoprodukte mit einer verbesserten Logistik, erhöhten Umstellungshilfen und einem Pilotprojekt in Ostwestfalen fördern. So sind unter anderem die Umstellungshilfen für den Gemüseanbau von 900 auf 1.200 Euro pro Hektar erhöht worden. Mit dem Pilotprojekt sollen bestehende Vermarktungsstrukturen ausgebaut werden. Dazu gehört, die Vernetzung und Koordination von der Produktion über den Transport bis zum Verkauf zu verbessern.

Nach Ansicht des WLV-Präsidenten Franz-Josef Möllers muss auch die Wirtschaftlichkeit ökologischer Lebensmittelproduktion verbessert werden. Das dürfe kein Tabu-Thema mehr sein, damit die Schere zwischen Bio-Produkten und konventionellen Lebensmitteln nicht weiter auseinandergehe.

Internet: [www.umwelt.nrw.de](http://www.umwelt.nrw.de); [www.wlv.de](http://www.wlv.de)

## NABU in NRW fordert Sicherung biologischer Vielfalt

### »Naturschutz beim Ausbau erneuerbarer Energien beachten«

**Düsseldorf** (epd). Der NRW-Landesverband des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) hat am Dienstag an die rot-grüne Landesregierung appelliert, im zweiten Jahr der Regierungskoalition die Sicherung der biologischen Vielfalt auf die Tagesordnung zu setzen. »Der Intensivierungsdruck auf die landwirtschaftlichen Flächen ist enorm«, sagte der Landesvorsitzende, Josef Tumbrinck bei der Vorstellung des Jahresberichts 2010 in Düsseldorf.

Tumbrinck sprach sich für ein Umbruchverbot bei Grünland und für strenge Obergrenzen beim Maisanbau aus. Dieser habe in den letzten Jahren gewaltig zugenommen. Dies führe unter anderem dazu, dass die natürliche Fruchtfolge auf den Anbauflächen nicht mehr stattfindet. Inzwischen stehe die Feldlerche auf der Roten Liste der bedrohten Tierarten an Rhein und Ruhr. Auch Goldammer, Kibitz und Feldhamster seien extrem bedroht.

Der NABU-Landeschef forderte die Landesregierung auf, in Brüssel ökologische Mindestbedingungen bei der

künftigen EU-Agrarpolitik einzufordern. Wenn nicht bald etwas passiere, werde die Feldlerche in NRW großflächig verschwinden. Beim Feldhamster gebe es nur noch kleine Restvorkommen etwa bei Heinsberg oder bei Neurath, sagte der Naturschützer.

Tumbrinck mahnte, die attraktiven Lebensräume für Mensch und Natur im bevölkerungsreichsten Bundesland zu erhalten. Nur so könnten der Artenschwund und die Ausräumung der Landschaften gestoppt werden. Der NABU-Landesverband sprach sich zudem dafür aus, auch beim Ausbau erneuerbarer Energien Naturschutzbelange zu berücksichtigen. Tumbrinck sprach von einem »unabdingbaren Ausbau der erneuerbaren Energien«, der aber mit Augenmaß erfolgen müsse.

Der NABU-Vertreter würdigte, dass zentrale naturschutzpolitische Forderungen des NABU Eingang in den Koalitionsvertrag von SPD und Grünen gefunden hätten, etwa die Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie und die Verdopplung des Naturschutzetats. Aber es mangle

zurzeit an der Umsetzung dieser wichtigen Weichenstellungen, kritisierte Tumbrinck. So müssten dringend auch neue Wege für den Erhalt und die Förderung der Artenvielfalt in nordrhein-westfälischen Wäldern gefunden werden.

Der Umweltverband hat nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr über 2.500 neue Mitglieder gewonnen und zählt derzeit deutlich über 60.000 Mitglieder in 50 Kreis- und Stadtverbänden in NRW. NABU-

Geschäftsführer Bernhard Kamp lobte die Arbeit der NABU-Stiftung Naturerbe NRW, die ihr Stiftungsvermögen im vergangenen Jahr auf über 500 Millionen Euro habe steigern können. Mit den Zinserträgen dieses Vermögens förderte der Verband das Edelkrebsprojekt, den Fledermauskeller im Kreis Borken und zwei weitere Projekte in Köln und im Kreis Lippe.

Internet: [www.nabu-nrw.de](http://www.nabu-nrw.de)

UMWELT

## NRW-Energieminister begrüßt Stresstest für Atomkraftwerke

**Düsseldorf** (epd). Der nordrhein-westfälische Energieminister Harry K. Voigtsberger (CDU) hat die Ankündigung der Bundesregierung begrüßt, mit den sogenannten Stresstests für die Atomanlagen in Gronau, Ahaus und Jülich zu beginnen. »Diese Entscheidung war überfällig«, erklärte Voigtsberger am Mittwoch in Düsseldorf. Er habe bereits im März nach der Stresstest-Ankündigung für deutsche Atomkraftwerke Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) gebeten, auch das Transportbehälterlager in Ahaus, das Behälterlager im Forschungszentrum Jülich und die Urananreicherungsanlage in Gronau mit einzubeziehen.

Die Ergebnisse für die Stresstests bei Atomkraftwerken liegen nun schon seit dem 17. Mai vor, wie Voigtsberger erklärte. »Wir sollten nun so schnell wie möglich auch die kerntechnischen Einrichtungen prüfen«, forderte der NRW-Minister. Die Atomaufsicht des Landes werde alles Notwendige dazu beitragen, dass die Ergebnisse spätestens Anfang 2012 vorliegen.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in Bonn reagierte skeptisch auf die Ankündigung, weitere Atomanlagen in NRW und auch im niedersäch-

sischen Lingen auf Sicherheit zu prüfen. »Für den BBU stellt sich die Frage, warum die sogenannten Stresstests überhaupt noch durchgeführt werden sollen, wenn die negativen Fakten bezüglich der Uranfabriken bereits feststehen«, erklärte der Dachverband am Mittwoch.

Es sei unstrittig, dass gerade die beiden Uran verarbeitenden Anlagen in Gronau und Lingen Flugzeugabstürzen nicht standhalten könnten. Auch sei bei beiden Anlagen die sichere und dauerhafte Entsorgung des ständig anfallenden Uranmülls nicht gewährleistet. Der BBU kritisiert den derzeitigen Ausbau der Anlagen in Gronau und Lingen und fordert generell und weltweit die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.

An der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage im münsterländischen Gronau ist es immer wieder zu Störfällen gekommen. Erst vor wenigen Wochen war in der Anlage eine geringe Menge des als radioaktiv und hochgiftig geltenden Uranhexafluorids freigesetzt worden. Umweltinitiativen und Atomkraftgegner forderten daraufhin die rot-grüne Landesregierung auf, dem Betreiberkonzern umgehend die Genehmigung zu entziehen.



## »Zentrum für verfolgte Künste« in Solingen

### Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft begrüßt Expertise des Bundes

**Solingen/Wuppertal** (epd). Die Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft (ESG) in Wuppertal begrüßt, dass sich der Bund eingehender mit dem »Zentrum für verfolgte Künste« in Solingen und der Frage des Gedenkens an verfolgte Künstler und Schriftsteller in Deutschland befassen will. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages habe nun eine Expertise erstellt, teilte die ESG in Wuppertal mit. Diese Expertise weise unter anderem auf das Fehlen einer vom Bund geförderten Erinnerungsstätte allein für verfolgte Künstler hin und darauf, dass sich die Initiative »Zentrum für verfolgte Künste« in Solingen derzeit als einzige Einrichtung dem Thema widme.

Das Gutachten verdeutliche, dass das Gedenkstättenkonzept des Bundes bislang nicht ausdrücklich Künstler und Intellektuelle der NS-Zeit und DDR-Diktatur als Opfer politischer Verfolgung nenne, hieß es. Es gebe daher keine vom Bund geförderte Erinnerungsstätte eigens für Künstler, die in der NS-Zeit beziehungsweise DDR-Zeit verfolgt, vertrieben oder ermordet wurden.

Die Expertise verweise darauf, dass sich derzeit allein das im Solinger Kunstmuseum angesiedelte »Zentrum für verfolgte Künste« und die Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft dem Thema »Verfolgung Exil von Künstlern« widmeten, erklärte die Gesellschaft. Eine mögliche finanzielle Unterstützung der Initiative durch den Bund solle laut Expertise von einer Prüfung des Konzepts des »Zentrums für verfolgte Künste« abhängig gemacht werden.

### Ausstellungen

## Mehr als 180.000 Besucher bei Keltenausstellung in Völklinger Hütte

**Völklingen** (epd). Eine Woche vor Ausstellungsende haben mehr als 180.000 Menschen die Keltenausstellung im Weltkulturerbe Völklinger Hütte besucht. Meinrad Maria Grewenig, Generaldirektor des Weltkulturerbes, sprach am Freitag bei einer ersten Bilanz von einem »sensationalen Erfolg«. Die Schau mit dem Titel »Die Kelten – Druiden. Fürsten. Krieger.« gehöre zu den erfolgreichsten Ausstellungen in der Geschichte des Weltkulturerbes.

Es habe sich gezeigt, dass das Thema Kelten zahlreiche Besucher aus dem In- und Ausland anlocke, sagte

Möglicherweise könnte die Solinger Initiative die Rolle eines nationalen Zentrums übernehmen.

Das seit Dezember vergangenen Jahres im Solinger Kunstmuseum angesiedelte »Zentrum für verfolgte Künste« hat sich zum Ziel gesetzt, Exilgeschichten von Künstlern, Schriftstellern und Publizisten während des Nationalsozialismus und aus der DDR zu dokumentieren und zu erforschen und zum Thema von Seminaren, Diskussionen und Ausstellungen zu machen. Doch die Einrichtung steht erst am Anfang. Ihr fehlen zudem Gelder und öffentliche Anerkennung. Die Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft in Wuppertal gründete gemeinsam mit dem PEN-Zentrum deutschsprachiger Autoren im Ausland (»Exil-PEN«) eine Stiftung zum Aufbau des Zentrums.

Unterstützung erhielten die Initiatoren bereits durch Briefe von Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller und Prominente wie Udo Lindenberg, Iris Berben und Günther Uecker. Sie warben in Briefen an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder um finanzielle und ideelle Unterstützung. Als einzige überregionale Institution beteiligte sich der ESG zufolge bislang der Landschaftsverband Rheinland mit einer Zustiftung von zwei Millionen Euro an der Stiftung »Verbrannte und verbannte Dichter/Künstler« der Gesellschaft.

Internet: [www.exil-zentrum.de](http://www.exil-zentrum.de); [www.kunstmuseum-solingen.de](http://www.kunstmuseum-solingen.de)

Grewenig. Mittlerweile wüssten viele der Besucher, dass die Region mit dem heutigen Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen, Luxemburg und Teilen Belgiens vor 2.500 Jahren ein Zentrum keltischer Kultur war. Dies sei zuvor nur wenigen Experten bekannt gewesen.

Das Weltkulturerbe Völklinger Hütte sprach zudem von einem »beträchtlichen wirtschaftlichen Überschuss« durch die Keltenschau. Die Tourismus Zentrale Saarland bestätigte die positive touristische Bilanz. Ursprünglich sei mit 70.000 Besuchern gerechnet worden, hieß es. Wegen des Erfolgs war die Schau bis zum 21. August verlängert worden, eine weitere Verlängerung ist nach Veranstalterangaben aber nicht möglich.

Internet: [www.voelklinger-huette.org](http://www.voelklinger-huette.org)

## Bergungsarbeiten des Kölner Stadtarchivs beendet

KULTUR

**Köln** (epd). In Köln sind die Bergungsarbeiten der Archivalien des eingestürzten Historischen Archivs der Stadt offiziell beendet worden. 95 Prozent aller Archivalien seien geborgen, erstversorgt und in 20 Archiven in der ganzen Bundesrepublik gelagert, erklärte Archivleiterin Bettina Schmidt-Czaia am Dienstag in Köln. In den letzten Wochen seien nur noch vereinzelt kleinere Partien entdeckt worden.

Am Nachmittag des 3. März 2009 war das Historische Stadtarchiv der Stadt Köln zusammengestürzt und hatte zwei Menschen mit in den Tod gerissen. Unschätzbare Kulturgüter des größten und vollständigsten kommunalen Archivs nördlich der Alpen mit Originaldokumenten aus mehr als 1.000 Jahren Kölner und rheinischer Geschichte versanken im Schutt und im Grundwasser. Als Ursache wird der Bau der neuen Nord-Süd U-Bahn-Linie

gesehen, das Gebäude stand direkt neben einer Baugrube.

Von Anfang an habe sich die Stadt dazu entschieden, neben der Suche nach Menschen so viele Archivalien wie möglich zu bergen, erklärte die Stadt. Dies sei ohne die vielen Helfer, Rettungskräfte und Ehrenamtlichen nicht möglich gewesen. Die kleinteilige Bergungsmethode sei auch dann beibehalten worden, als oberirdisch liegender Schutt und Erdreich erfolgreich durchsucht und abgetragen worden sei. Mit erheblichem technischen Aufwand, unter anderem durch den Bau eines Bergungsbauwerks, sei die Suche im Grundwasser fortgesetzt. Auf diese Weise habe noch ein Regalkilometer Archivmaterial entdeckt werden können.

Schätzungen zufolge wird die Restaurierung der Dokumente 350 Millionen Euro kosten. Die veranschlagte Zeit beträgt zwischen 30 und 50 Jahre.

## Zugfahren in Südafrika und Goldsucher im Regenwald

NRW ehrt Filme mit dem »Eine-Welt-Filmpreis«

**Düsseldorf** (epd). Nordrhein-Westfalen verleiht zum sechsten Mal den Eine-Welt-Filmpreis des Landes an herausragende Filme mit entwicklungspolitischen Themen. In diesem Jahr gehen gleich zwei erste, mit jeweils 4.000 Euro dotierte Preise an Beatrice Möller und Daniel Schweizer für ihre Beiträge aus Südafrika und Französisch Guayana, wie die Düsseldorfer Medienministerin Angelica Schwall-Düren (SPD) am Freitag mitteilte. Der Preis, der am 11. Oktober in Köln im Rahmen des Fernsehworkshops Entwicklungspolitik verliehen wird, ist insgesamt mit 9.000 Euro dotiert.

Möller zeige in ihrem Film einer Reise im Shosholoz Express von Kapstadt nach Johannesburg Interviews mit Mitreisenden unterschiedlicher Herkunft zu einem Reigen von Momentaufnahmen mit hoher Dichte, hieß es. Der knapp einstündige Dokumentarfilm vermittele einen

Einblick in die politische und gesellschaftliche Stimmung im heutigen Südafrika.

Ebenfalls mit dem ersten Preis wird Daniel Schweizer für seinen Film »Dirty Paradise« ausgezeichnet. Aus der Perspektive der Wajano-Indianer in Französisch Guayana zeige der Autor die Machtlosigkeit gegenüber der Invasion von Goldsuchern und der damit einhergehenden Zerstörung des Regenwaldes, hieß es. Zugleich verdeutliche der Film das unzureichende Engagement der Politik für die Rechte der Indianer.

Der dritte Preis geht in diesem Jahr an Susanne Jäger. In ihrem Film »Das Dschungelradio« zeigt sie Radiomacherinnen in Nicaragua. Mit ihrem Sender setzten sich die Frauen gegen den alltäglichen Machismo zur Wehr, hieß es.

Internet: [www.fernsehworkshop.de](http://www.fernsehworkshop.de)

## 10. Verleihung des Gerd Ruge Projektstipendium für Doku-Filmer

KULTUR

**Düsseldorf** (epd). In Düsseldorf ist am Freitag zum zehnten Mal das Gerd Ruge Projektstipendium für junge Dokumentarfilmer im Bereich Kino vergeben worden. Die mit insgesamt 100.000 Euro ausgestattete Förderung ging an sechs Dokumentarfilmer und wurde von dem früheren WDR-Journalisten Gerd Ruge persönlich übergeben, wie die Film- und Medienstiftung NRW am Freitag in Düsseldorf mitteilte. Das Stipendium ist den Angaben nach die höchste Förderung, die in Deutschland für die Vorbereitung und Entwicklung von Dokumentarfilmen vergeben wird.

Der Dokumentarfilmer Hannes Lang aus Köln erhält 35.000 Euro für seinen Film, der die derzeitigen Veränderung der geopolitischen Weltaufteilung beleuchten. Der Berliner Jakob Preuss zeichne in seiner Dokumentation »Europas Grenzen« ein nachdenkliches und packendes Bild über die Grenzorte Europas und die Menschen, die in ihnen leben (22.500 Euro), hieß es. In »Pfarrer« begleiten

die Berliner Doku-Filmer Stefan Kolbe und Chris Wright vier Geistliche bei Beginn ihrer Laufbahn und stellen die Frage, was Glaube heute bedeutet (20.000 Euro).

NRW-Medienministerin Angelica Schwall-Düren (SPD) würdigte bei der Verleihung die kulturelle und journalistische Leistung von Dokumentarfilmern: »Wir brauchen Reporterinnen und Reporter, die sich Zeit nehmen für ein Thema, es aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten und eine tiefere Wahrheit hinter der Oberfläche aufspüren«, sagte die Politikerin.

Seit 2002 wurden 49 Projektstipendien vergeben. Davon wurden 22 bisher realisiert. Mit ihrem Stipendium will die Film- und Medienstiftung NRW talentierten Filmemachern die Möglichkeit geben, ihre Ideen zu verwirklichen und dazu beitragen, dass anspruchsvolle Kino-Dokumentationen entstehen können.

Internet: [www.filmstiftung.de](http://www.filmstiftung.de)

## Mehrheit der Grundschul Kinder sitzt täglich am Computer

**Frankfurt a.M.** (epd). Sieben von zehn deutschen Grundschulkindern sitzen nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa täglich am Computer. Jedes fünfte Grundschulkind surfe und chatte mindestens eine Stunde am Tag, teilte der Auftraggeber, die Techniker Krankenkasse, am Dienstag in Frankfurt am Main mit. Für die repräsentative Umfrage wurden bundesweit 1.000 Eltern minderjähriger Kinder befragt.

»Eine halbe Stunde vor dem Computer sitzen reicht«, empfiehlt die Krankenkassen-Expertin für die Vorbeugung vor Gesundheitsgefahren, Alexandra Schätzle. Außerdem sollten Eltern im Auge behalten, welche Internetseiten die Kinder aufrufen und was sie am Computer spielen. Geeignet seien Spiele ohne Zeitdruck, die Kinder motivieren und ihre Fantasie anregen. Bei Lernprogrammen könne ein Kind die Lerngeschwindigkeit am Computer selbst bestimmen, »außerdem schimpfen Computer nicht«, hob die Expertin hervor.

Eltern sollten gelegentlich mit ihren Kindern gemeinsam surfen oder ein Computerspiel spielen, um ihnen



Kinder am PC

epd-bild / Stefan Arend

den richtigen Umgang mit dem Medium vorzumachen, empfahl Schätzle. Zeichne sich ab, dass ein Kind seine Freizeit nur noch vor dem Computer verbringe, sollten die Eltern unbedingt eingreifen und Spielalternativen bieten.

## Ältere Deutsche holen bei Internetnutzung auf

**Frankfurt a.M./Mainz** (epd). Die Zahl der deutschen Internetnutzer ab 14 Jahren ist im vergangenen Jahr um rund 2,7 Millionen auf insgesamt 51,7 Millionen gestiegen. 73,3 Prozent nutzen mittlerweile das Internet, wie aus der Onlinestudie 2011 von ARD und ZDF hervorgeht, die am Freitag veröffentlicht wurde. Besonders stark ist der Zuwachs bei den Über-60-Jährigen: Aus dieser Gruppe gaben 34,5 Prozent an, das Internet zu nutzen.

Dies bedeutet eine Steigerung um rund 1,3 Millionen Nutzer in der älteren Gruppe. Auch bei den 40- bis 59-Jährigen ist die Nutzung deutlich angestiegen: Binnen eines Jahres fanden rund 1,5 Millionen Menschen dieser Gruppe den Weg ins Netz. Auffällig ist zudem, dass sich die Anteile weiblicher und männlicher Internetnutzer immer mehr annähern: 68,5 Prozent der Frauen (plus acht Prozent) sowie 78,3 Prozent der Männer (plus vier Prozent) nutzen das Internet.

Frauen verbringen weiterhin deutlich weniger Zeit im Internet als Männer: Bei Nutzerinnen lag die tägliche Dauer bei durchschnittlich 123 Minuten, während Männer durchschnittlich 150 Minuten täglich das Netz nutzen.

Stark angestiegen ist die mobile Nutzung des Internets. Bereits jeder Fünfte surft über mobile Geräte im Netz, 2010 waren es nur 13 Prozent gewesen. 17 Prozent der Internetnutzer greifen auf spezielle Mobilanwendungen (Apps) für Smartphones und Tablet PCs zurück.

Auch soziale Netzwerke werden im Netz beliebter. So stieg der Anteil der Internetnutzer, die ein eigenes Profil auf einer Plattform wie Facebook oder StudiVZ besitzen, auf 43 Prozent (Vorjahr: 39 Prozent).

Beim direkten Vergleich der abgerufenen Medieninhalte belegen aktuelle Nachrichten den ersten Platz: 61 Prozent der Befragten gaben an, gelegentlich bis häufig Nachrichten aus dem Internet zu nutzen. Auch Videoinhalte im Netz sind sehr beliebt: So gaben 68 Prozent an, Bewegtbilder im Netz anzuschauen. Der Anteil der Videonutzer, die Bewegtbilder über Videoportale wie YouTube oder MyVideo anschauen, liegt bei 58 Prozent, gefolgt von zeitversetzten Fernsehinhalten (29 Prozent) sowie Live-TV-Sendungen (21 Prozent).

Die ARD/ZDF-Onlinestudie basiert auf einer telefonischen Befragung von 1.800 Erwachsenen ab 14 Jahren in Deutschland, die im März und April 2011 stattfand.

KULTUR

## Kunst trifft Natur

### Ausstellung sensibilisiert für Artenvielfalt - Offizielles UN-Projekt

**Ihlienworth** (epd). Insekten knabbern an Kunstobjekten, Badekappen mutieren zu bedrohten Tierarten, in einer Glasvitrine stehen seltsame Krabbeltiere aus Zweigen und Rinde: 60 Künstler aus zehn Nationen zeigen im niedersächsischen Ihlienworth bei Cuxhaven als offizielles Projekt der laufenden UN-Dekade für Biodiversität, was sie sich unter biologischer Vielfalt vorstellen. »Die Schau ist ein Plädoyer für mehr Achtsamkeit gegenüber der Natur«, sagt Kurator Samuel J. Fleiner.

»Art and Vielfalt« lautet der Titel der Ausstellung in einem ehemaligen Recyclingwerk, die bis Ende Oktober läuft. Schnell gesprochen klingt das wie das Kernthema, das alle Künstler vereint - Artenvielfalt. Es ist bereits die vierte Ausstellung zu Umwelt, Recycling und Nachhaltigkeit, die der süddeutsche Konzeptkünstler und Komponist Fleiner organisiert hat. Und sie ist auch ein Beitrag für die Metropolregion Hamburg, die in diesem Jahr Europäische Umwelthauptstadt ist.

Zum Auftakt der Reihe 2004 bewies Fleiner, dass Müll nicht wertlos sein muss. Das Umweltbundesamt



Mit Armen aus Holz, Torf und Plastik hat die Hamburger Künstlerin Victoria Voncampe ihren Global Player gestaltet.

epd-bild / Dieter Sell

und die Bundeskunsthalle fanden das wegweisend und zeigten die Ausstellung, die zudem im Begleitprogramm von UN-Konferenzen und im Europaparlament in Brüssel zu sehen war. Die UNESCO zeichnete den gemeinnützigen Trägerverein »Kunst, Gesundheit, Bildung« mehrfach

als Projekt der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« aus.

Nach Kunst aus Müll bestimmten Themen wie Klimawandel und nachhaltige Entwicklung die Halle. »Jetzt wollen wir positive Emotionen für das Anliegen biologischer Vielfalt schaffen«, betont Fleiner.

Und das ganz ohne erhobenen Zeigefinger, sondern über Ästhetik, oft abgeschmeckt mit einer Prise Humor. Wie bei dem Brautkleid aus getragenen Unterhosen des US-amerikanischen Künstlers Nöle Giuliani oder den Installationen des Göttingers Dieter Richter, der alltägliche Fundstücke in neuer Kombination zu Kunstwerken adelt.

Die Positionen in der »Re-Art-Halle« sind so unterschiedlich wie die Köpfe, die sie erdacht haben. So stehen in Ihlienworth Exponate aus exotischen Rohstoffen wie Süßwasseralgen oder Maulbeerbaumpapier. Der Berliner Adom Tetteh schafft mit Drahtobjekten Lebensräume für

bedrohte Arten. Richard Fischer aus dem süddeutschen Rauenberg zeigt großformatig florale Skulpturen und damit die Schönheit dessen, was zu verschwinden droht. Oft thematisieren die Künstler, was letztlich die Vielfalt der Arten bedroht: Gedankenlosigkeit und der Raubbau an der Natur.

Der Maler und Objektkünstler Mitsch Thomas hat die Bevölkerung dazu aufgerufen, einsame Socken zu spenden, die er zu einem großen »Elbwurm« zusammengesetzt hat. Thomas sieht seinen Wurm als Spezies, die am Grund des Flusses durch die geplante Elbvertiefung bedroht ist. Sein Kalkül: Vielleicht gelingt dieser Art das gleiche Kunststück wie dem seltenen Feldhamster, der es immer wieder schafft, Flughafenweiterungen und Straßenbauprojekte zu stoppen. Internet: [www.art-meets.de](http://www.art-meets.de); [www.concept-nouveau.de](http://www.concept-nouveau.de); <http://umwelthauptstadt.hamburg.de> Dieter Sell (epd)

KULTUR

## Auszeichnungen

### Evangelischer Kulturpreis geht nach Minden

**Minden/Hannover** (epd). Die »Community Dance Minden« erhält in diesem Jahr den evangelischen Kulturpreis »Grenzgänger«. Im Mindener Projekt »Verdi Requiem: Hommage an das Leben« spiegle sich die langjährige Zusammenarbeit der evangelischen St.-Marien-Gemeinde mit benachbarten Schulen und dem städtischen Kulturbüro, teilte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) am Montag in Hannover mit. Bei dem Requiem haben etwa 400 Schüler gemeinsam mit professionellen Sängern eine Choreographie erprobt, aus der ein umfassendes Chor-, Orchester- und Tanzprojekt erwachsen ist.

Die Verleihung des Kulturpreises erfolgt im Rahmen des Kirchen-Kultur-Kongresses der EKD am 17. September in Berlin. Die Laudatio hält der Schriftsteller und Theologe Klaas Huizing. Die Auszeichnung ist mit 2.017 Euro dotiert. Die Höhe verweist auf den 500. Jahrestag der Reformation 2017. Der Grenzgänger-Preis wird seit 2009 verliehen.

Den zweiten Preis erhält in diesem Jahr der Kunstdienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens für die Fotoausstellung »Nedomazlenky – Zuneigungshunger« des tschechischen Künstlers Ondej Stank. Mit dem dritten Preis wird das Projekt »Passage 2011« von St. Lukas München gewürdigt, das als Zusammenarbeit zwischen München und der evangelischen Gemeinde

von Venedig als Beitrag zur 54. Biennale in Venedig entstanden ist. Alle drei Preisträger erhalten eine Ehrenurkunde und die Grenzgänger-Skulptur 2011.

Internet: [www.ekd.de](http://www.ekd.de)

## Denkmäler

### Bundesweite Eröffnung in Trierer Konstantin-Basilika

**Bonn/Trier** (epd). Zum »Tag des offenen Denkmals« am 11. September öffnen mehr als 1.000 Bau- und Bodendenkmale in Nordrhein-Westfalen ihre Türen. Unter dem Motto »Romantik, Realismus, Revolution« widmet sich der diesjährige »Tag des offenen Denkmals« der Architektur des 19. Jahrhunderts, wie die Deutsche Stiftung Denkmalschutz am Dienstag in Bonn mitteilte. Die bundesweite Eröffnungsveranstaltung findet in diesem Jahr in der Konstantin-Basilika im rheinland-pfälzischen Trier statt.

In Nordrhein-Westfalen werden spezielle Führungen unter anderem in der evangelischen Kreuzkirche in Bonn, in der katholischen Grabeskirche Liebfrauen in Dortmund und beim Hermannsdenkmal in Detmold angeboten. Zur Besichtigung laden außerdem das einstige Bergwerk »Zeche Fürst Hardenberg« in Dortmund, ein ehemaliges Casino in Euskirchen und in Wuppertal-Vohwinkel der »BürgerBahnhof« mit einem original erhaltene Bahnhofsensemble aus dem Jahr 1908 ein.

Bundesweit sind am diesjährigen Denkmalstag den Angaben nach mehr als 7.500 Denkmäler beteiligt.



## Für eine Welt ohne Ausbeutung und Atomkraft

### Umweltverbände helfen Kunden beim Wechsel zu einer »fairen« Bank

ENTWICKLUNG

**Bochum/Sassenberg** (epd). Umweltverbände rufen Verbraucher, die ihr Geld sauber anlegen wollen, zum Bankwechsel auf. Man müsse die Atomindustrie nicht unterstützen, heißt es. Wer will, soll sein Ersparnis einem alternativen Geldinstitut anvertrauen, das umweltfreundliche und soziale Projekte unterstützt. Aber hat der Kunde überhaupt die Macht, geldgierigen Spekulanten das Handwerk zu legen?

»Sehr geehrter Herr Dr. Ackermann, hiermit möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich mein Konto kündige. Denn ich möchte nicht, dass mein Geld in irgendeiner Weise für Geschäfte mit der Atomindustrie verwandt wird.« Mit Musterbriefen wie diesem unterstützt die Umweltorganisation Urgewald im ostwestfälischen Sassenberg Wechselwillige bei der Kontoauflösung bei atomfreundlichen Großbanken wie der Deutschen Bank.

»Es sind Leute, die besorgt sind über den Zustand der Welt«, beschreibt Regine Richter von Urgewald die Klientel. »Das sind Mutbürger, die sich fragen, was sie mit ihren Mitteln tun können für eine Welt ohne Ausbeutung und Umweltzerstörung.«

Urgewald hat recherchiert, in welchem Umfang deutsche Banken die internationale Atomindustrie in den Jahren 2000 bis 2009 unterstützt haben: Die Deutsche Bank belegt demnach mit 7.842 Millionen Euro Platz eins. Die Commerzbank, mit 3.926 Millionen Euro Platz zwei der Atomstromunterstützer-Liste, gilt zum Beispiel als größter deutscher Finanzdienstleister des Energieriesen Eon.

Auch das globalisierungskritische Netzwerk Attac will mit seiner Anti-Rüstungs- und Atomstromkampagne »Krötenwanderung« Verbraucher wachrütteln, die nicht länger wollen, »dass über ihre Köpfe hinweg regiert wird«, sagt Jutta Sundermann von Attac. Die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers, die Wirtschaftskrise, das Atomunglück in Fukushima, die Griechenlandkrise: Seit diesen Ereignissen wachse der Wunsch nach Sicherheit und des sich Wehrens bei vielen Kunden. Als Alternativen zu sogenannten Atombanken nennt sie die Bochumer

GLS Bank, die niederländische Triodos Bank sowie die Umweltbank und die Ethikbank.

Alle vier Geldinstitute sind Direktbanken, die keine Filialen mit persönlichem Kundenkontakt betreiben. Triodos Bank und Umweltbank vergeben Kredite und legen Geld an, GLS Bank und Ethikbank bieten darüber hinaus Giro- und Geschäftskonten. Dass die Alternativbanken kein Filialgeschäft hätten, tue dem Erfolg keinen Abbruch, sagt Udo Steffens. »Im Gegenteil, eine Präsenzbank aus der Taufe zu heben, wäre heute gar nicht mehr realisierbar, die Kosten wären viel zu hoch«, ist der Präsident der Frankfurt School of Finance & Management überzeugt.

Noch sind Institute, die Umwelt- und Sozialstandards ebenso in ihre Geschäftspraxis einbeziehen wie ökonomische Bedingungen, eine Nische für »politisch wache« Menschen, sagt Sylke Schröder, Vorstand und Mitgründerin der Ethikbank. »Aber wir sehen eine Veränderung.« Verbraucher würden heute eher ihre Komfortzone verlassen, der Preis trete häufiger in den Hintergrund als früher.

Und: »Die Alternativbanken sind viel transparenter als Großbanken.« Neben klaren Leitlinien beispielsweise gegen Atomstrom, Rüstung, Prostitution oder Kinderarbeit veröffentlichten Alternativbanken die Projekte und Kredite, in die das Geld ihrer Kunden fließt. Dagegen würden Anfragen zum Beispiel an die Deutsche Bank in der Regel mit ausweichenden Standardschreiben beantwortet.

»Der Wechsel zu einer Alternativbank ist eine wirkungsvolle, aber nicht die einzige Möglichkeit für Verbraucher«, meint Richter. Wer nicht wechseln wolle, der solle bei seiner Hausbank immer wieder kritisch nachfragen und Offenheit fordern.

Hinweis: Die Broschüre »Wie radioaktiv ist meine Bank« kann über die Umweltorganisation Urgewald bezogen werden: [www.urgewald.de](http://www.urgewald.de), Telefon 02583/1031. Mustervorlagen für Anfragen bei der Hausbank finden Interessierte unter [www.attac.de/aktuell/bankwechsel](http://www.attac.de/aktuell/bankwechsel), ebenso Musterbriefe zur Kontokündigung. *Silvia M. Bergmann (epd)*

## Kredit und Kapital für den »arabischen Frühling«

### Deutschland und EU gründen Fonds für Kleinunternehmen in Nordafrika

ENTWICKLUNG

**Frankfurt a.M.** (epd). Die Adresse ist Programm: Das erste Büro des neuen Kleinkredit-Fonds »Sanad« liegt nur einen kurzen Fußweg vom Tahrir-Platz in Kairo entfernt. Dort hatten junge Ägypter und Ägypterinnen wochenlang unerschrocken für Demokratie demonstriert. Am 11. August wurde in Frankfurt ein Fonds mit 30 Millionen Euro Startkapital gegründet, der helfen soll, die Wirtschaft der im Aufbruch befindlichen Länder in Nordafrika und Nahost anzukurbeln.

»Sanad« heißt auf arabisch Hilfe. Und das ist im doppelten Sinn gemeint. Der von Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP), der KfW Entwicklungsbank und der Europäischen Union gestartete Fonds richtet sich - über lokale Partnerbanken in Marokko oder Jordanien - an Kleinbetriebe und qualifizierte junge Leute, die sich selbstständig machen wollen. Sie haben oft keinen Zugang zu Kredit und Kapital, weil die Banken in Nordafrika und Nahost bisher vor allem Großkunden bedienen.

#### Politische Stabilisierung

Ziel ist auch eine politische Stabilisierung. Der »arabische Frühling« bestehe aus vielen Facetten, sagte Niebel. Der gesellschaftliche Umbruch bedürfe auch einer wirtschaftlichen Antwort, »damit die Islamisten keine Chance haben«. Die Jugendarbeitslosigkeit in Nordafrika ist nach seinen Worten mit 24 Prozent doppelt so hoch wie im weltweiten Durchschnitt.

Das Ministerium bringt über die KfW 20 Millionen Euro ein, die EU 10 Millionen. Wird ein Kredit abgelöst, fließt das Geld in den Fonds zurück. Niebel erwartet, dass mit abgestuftem Risiko und Rendite-Erwartungen auch private Investoren wie Banken oder Versicherungen gewonnen werden können, Einlagen in den Fonds zu tätigen. »Ein sehr attraktives Investment«, scherzte der Minister in Anspielung auf die derzeit abstürzenden Aktienkurse an den Börsen.

Niebel hofft, dass über den Fonds bis zu 100.000 Jobs in arabischen Ländern gefördert werden können. Vorbild ist der Europäische Fonds für Südosteuropa, der

Ende der 90er Jahre mit 100 Millionen Euro startete, auf 900 Millionen anwuchs und laut Niebel 260.000 Jobs schaffen half - eine Erfolgsgeschichte.

Das Tätigkeitsgebiet von »Sanad« soll von Marokko bis zum Irak reichen. »Eine politische Grundstruktur« müsse vorhanden sein, sagt Niebel. Wegen Unruhen ausgeschlossen bleiben daher zunächst Jemen und Syrien.

Auch Norbert Kloppenburg, Vorstandsmitglied der KfW Entwicklungsbank, sieht den Erfolg des gesellschaftlichen Aufbruchs in Nordafrika in engem Zusammenhang mit der Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze. Der Fonds sei aber apolitisch und werde banktechnisch professionell arbeiten. Dazu gehöre auch, die Banken in Nordafrika für die Vergabe von Mikrokrediten zu beraten und zu schulen.

Als Kreditsummen werden 5.000 Euro oder auch 200 Euro genannt. Klaus Maurer, vom Frankfurter Vermögensverwalter »Finance in Motion« und einer der Manager des »Sanad«-Fonds, erinnerte an den Tunesier Mohamed Bouazizi, dessen Selbstverbrennung am 17. Dezember die Massenproteste in der arabischen Welt auslöste. Er war 26, Gemüsehändler, ein Kleinstunternehmer.

#### Schnell und agil, innovativ und kreativ

Maurer verspricht, der Fonds werde schnell und agil, innovativ und kreativ sein, und die Kommunikationsmittel der Jugend wie Twitter und Facebook nutzen. Bereits an diesem Freitag werde ein Viertel des Grundstocks von 30 Millionen Euro ausgezahlt sein, an Partnerinstitute in Jordanien und im Libanon.

Was ein Kleinkredit in der Region bewirken kann, erfuhr Maurer in der jordanischen Hauptstadt Amman. Mit einem Vertreter einer künftigen Partnerbank besuchte er den 26-jährigen Zimmermann Mohamed Hussein, der 530 Euro Kredit bekam. Der Kleinunternehmer kaufte neues Werkzeug, erweiterte seinen Kundenkreis und stellte einen Gehilfen an. Aber vor allem bedankte er sich für die »Würde und Achtung«, die ihm zuteil wurde.

Von Elvira Treffinger (epd)

## Organisationen bitten dringend um Spenden für Ostafrika

### UN berichten von Vergewaltigungen von Flüchtlingen

**Frankfurt a. M.** (epd). Angesichts der Hungerkatastrophe in Ostafrika haben Hilfsorganisationen ihre Unterstützung ausgeweitet und erneut eindringlich zu Spenden aufgerufen. Die Vereinten Nationen berichteten am Freitag in New York zudem von Vergewaltigungen von Flüchtlingen.

Die UN-Sonderbeauftragte für sexuelle Gewalt, Margot Wallström, verurteilte die Vergewaltigung von Frauen und Mädchen, die vor der Hungersnot in Somalia fliehen, scharf. »Ich rufe alle Beteiligten dazu auf, diese ungeheuerliche Menschenrechtsverletzung sofort einzustellen«, erklärte sie am Donnerstag (Ortszeit) in New York. Sie habe Berichte erhalten, wonach Frauen und Mädchen auf ihrer Flucht nach Kenia brutaler sexueller Gewalt ausgesetzt seien.

Die Täter seien Mitglieder von Milizen, kriminellen Banden, aber auch der Truppen der somalischen Übergangsregierung. Auch im Flüchtlingslager auf der kenianischen Seite drohten weiblichen Flüchtlingen neue Gefahren.

Nach UN-Angaben sind etwa 3,7 Millionen Menschen, davon die Hälfte aus Somalia, von der Hungersnot am Horn von Afrika betroffen. Zehntausende Menschen seien ihr bereits erlegen.

Die Welthungerhilfe machte darauf aufmerksam, dass die Krise am Horn von Afrika chronisch sei. Daher müsse die Nothilfe dringen mit langfristigen Maßnahmen verbunden werden, erklärte das Hilfswerk in einem »Brennpunkt« zu Ostafrika. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft in der Region müsse gefördert und die Menschen auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet werden. Zudem müssten die Regierungen vor Ort dafür Sorge tragen, dass nicht das ganze fruchtbare Land an internationale Agrarkonzerne verkauft werde.

Die Diakonie Katastrophenhilfe verdoppelte unterdessen ihre Nothilfe auf insgesamt vier Millionen Euro. Damit würden die Partnerorganisationen in Somalia, Kenia und Äthiopien rund eine halbe Million Menschen erreichen. Ein Hilfsflug in der kommenden Woche soll

mehr als sechs Tonnen Medikamente für Kinder nach Mogadischu bringen.

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Rudolf Seiters, rief eindringlich zu mehr Spenden für die Hungernden auf. »Die Hilfe kann gar nicht umfassend und groß genug sein«, sagte Seiters der in Düsseldorf erscheinenden »Rheinischen Post« (Freitagsausgabe). Allein das Flüchtlingslager Dadaab an der Grenze von Kenia und Somalia, das für 90.000 Menschen errichtet worden sei, sei mittlerweile mit 360.000 Menschen komplett überfüllt, sagte Seiters.

Die Hilfsorganisation World Vision erhob den Vorwurf, die Weltgemeinschaft und die Medien hätten viel zu spät auf die Dürre reagiert. Noch im Juni habe sich niemand für die Hilfsappelle interessiert, kritisierte der Vorstandsvorsitzende von World Vision, Christoph Waffenschmidt, in Berlin. Er forderte einen Rettungsschirm für Ost-Afrika. So wie die Hilfe für die wirtschaftlich angeschlagenen EU-Länder selbstverständlich sei, so dringlich sei sie auch für Ost-Afrika.

Der Afrika-Beauftragte von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Günter Nooke (beide CDU), verteidigte das späte internationale Eingreifen. Wenn sich die internationale Gemeinschaft schon zu Jahresbeginn in Kenia oder Äthiopien engagiert hätte, hätte sie die beiden Staaten aus der Verantwortung entlassen, sagte Nooke.

Für die Hungernden in Ostafrika haben die Deutschen bisher mindestens 91 Millionen Euro gespendet. Das geht aus einer Erhebung hervor, die das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) am Dienstag vorgelegt hatte. Befragt wurden 34 Hilfswerke und Spendenbündnisse.

Der Verband deutscher Entwicklungsorganisationen (Venro) forderte die Bundesregierung auf, ihre Hilfen zu erhöhen. Die Bundesregierung bringt bisher 65,5 Millionen Euro auf. Andere Geberländer wie Japan, Großbritannien und Australien trügen deutlich mehr bei, kritisierte der Verband. Insgesamt werde der unmittelbare Bedarf von den Vereinten Nationen auf rund eine Milliarde Euro geschätzt.

## Hilfsorganisationen fordern mehr Geld für Hungeropfer

ENTWICKLUNG

**Frankfurt a.M./Berlin** (epd). Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen haben mehr Hilfe für die Opfer der Hungersnot am Horn von Afrika gefordert. »Deutschland muss seine Katastrophenhilfe für Ostafrika aufstocken und dabei besonders die dramatische Lage der Nomaden berücksichtigen«, erklärte der Afrika-Referent der »Gesellschaft für bedrohte Völker« am Sonntag in Göttingen. Die Nomaden zählten zu den wenigen Gruppen, die in den unwirtlichen Gegenden der Region überleben könnten. Sollten keine neuen Brunnen für die Nomaden gebaut werden, drohe diesen alten Völkern das aus.

Auch das Kinderhilfswerk »Save the Children« kritisierte die Bundesregierung. »Wir müssen handeln und mehr Mittel bereitstellen, damit das Sterben am Horn von Afrika ein Ende nimmt«, schrieb der Vorsitzende der deutschen Sektion, Thomas Heilmann, in einem Beitrag für die »Welt am Sonntag«. Zwei Milliarden US-Dollar würden für die Nothilfe gebraucht. »Nur wenig mehr als die Hälfte des benötigten Geldes ist bislang zugesagt«, kritisierte Heilmann. Doch nicht nur die Bundesregierung und die EU seien gefordert, auch die Privatspender müssten mehr beitragen.

Wegen des Geldmangels müsse das Welternährungsprogramm eine grausame Entscheidung treffen. »In Kenia

bekommen nur noch Kinder, die jünger als vier Jahre sind, therapeutische Spezialnahrung«, schrieb Heilmann. Mehr als 260.000 unterernährte Kinder hätten aus dem Notprogramm ausgeschlossen werden müssen. Dies sei umso schrecklicher, als es sich bei der Hungersnot um eine angekündigte Katastrophe handele. »Hätten alle Beteiligten bereits vor einem halben Jahr umfassende Hilfsmaßnahmen ergriffen, hätten mit einem Bruchteil des jetzt benötigten Betrages viele Menschenleben gerettet werden können.«

Derweil besuchte Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) Wasserprojekte in den Dürregebieten in Kenia. Dabei zeigte er sich zufrieden mit der deutschen Hilfe. »In dieser akuten Not ist es wichtig, kurzfristig zu helfen. Das haben wir getan, und wir werden es auch weiter tun«, sagte er laut Ministerium. Für die Nothilfe habe die Bundesregierung mehr als 30 Millionen Euro bereitgestellt. Dazu komme der deutsche Anteil an der EU-Unterstützung von 32 Millionen Euro sowie rund 35 Millionen US-Dollar für die Hilfen der Weltbank.

Nach UN-Schätzungen sind in der Region am Horn von Afrika rund 12,5 Millionen Menschen infolge einer schweren Dürre von Hunger bedroht, Zehntausende sind bereits wegen Unterernährung gestorben.

### World Vision

## Rettungsschirm für Ost-Afrika gefordert

**Berlin** (epd). Die Hilfsorganisation World Vision hat zur Bekämpfung der Hungersnot am Horn von Afrika einen Rettungsschirm sowie die Einsetzung einer Expertenkommission gefordert. Ein Rettungsschirm, wie er für die wirtschaftlich angeschlagenen EU-Länder selbstverständlich sei, sei auch für Ost-Afrika dringend nötig, sagte der Vorstandsvorsitzende Christoph Waffenschmidt laut Redemanuskript am Freitag in Berlin bei der Vorstellung des Jahresberichts der Organisation.

Zudem könne eine aus verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kräften zusammengesetzte Task Force dazu beitragen, künftige Krisen wie die derzei-

tige Dürre-Katastrophe in der Region zu verhindern. Die Dürre sei schon vor etwa einem Jahr vorhergesagt worden, aber die Weltgemeinschaft sei untätig geblieben, kritisierte Waffenschmidt.

Eine Task-Force, die solche Entwicklungen schon lange im Vorfeld erkenne, könne schnell Gegenmaßnahmen einleiten. Eine solche Arbeitsgruppe sollte aus Vertretern der Zivilgesellschaft, der Vereinten Nationen und weiteren politischen und gesellschaftlichen Kräften bestehen, schlug der World-Vision-Chef vor.

World Vision ist ein christliches Kinderhilfswerk, das 1950 gegründet wurde und in 96 Ländern vertreten ist. Sitz des internationalen Präsidenten ist Großbritannien. Nach eigenen Angaben ist World Vision weltweit größter Verteiler von Nahrungsmitteln im Auftrag des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP).

## Debatte um Entwicklungspolitik-Konzept der Regierung

### Ministerium weist Kritik von Erzbischof Thissen zurück

**Hamburg/Berlin** (epd). Der Hamburger Erzbischof Werner Thissen hat die neuen Leitlinien der Bundesregierung für die Entwicklungspolitik kritisiert. »Die gerade jetzt so dringlich werdenden Aspekte wie zum Beispiel die Aufwertung von ländlicher Entwicklung und der Bekämpfung des Hungers kommen eindeutig zu kurz«, sagte Thissen am Freitag und verwies auf die aktuelle Hungerkatastrophe in Ostafrika. Das Entwicklungsministerium wies die Kritik zurück: Die Entwicklung ländlicher Räume sei für die Regierung »der Schlüssel zur Armutsbekämpfung«, betonte ein Sprecherin.

Nach den Worten des katholischen Erzbischofs ist es »wenig verständlich, dass dem Aspekt der Privatwirtschaft so herausgehobene Bedeutung beigemessen wird«. Die Fragen der Ernährungssicherung, der Bekämpfung des weltweiten Hungers und des Menschenrechts auf Nahrung bekämen dagegen keinen hohen Stellenwert. Diese Bereiche fehlten in dem Konzept mit dem Titel »Chancen schaffen. Zukunft entwickeln« leider völlig, bedauerte Thissen, der seit 2000 die Bischöfliche Kommission für das Hilfswerk Misereor leitet. Die Bundesregierung müsse hier eindeutige Prioritäten setzen,

damit sich eine Tragödie wie die am Horn von Afrika nicht wiederholt. Die Sprecherin des Entwicklungsministeriums erklärte, die ländliche Entwicklung sei jahrelang von den Vorgängerregierungen vernachlässigt worden. Nun habe Schwarz-Gelb das Thema wieder in den Mittelpunkt gerückt. Im Januar sei eigens ein Strategiepapier mit dem Titel »Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung« verabschiedet worden.

Von 2010 bis 2012 investiert Deutschland nach Angaben des Ministeriums drei Milliarden Dollar in die Entwicklung ländlicher Räume. Im vergangenen Jahr seien zusätzlich 44 Millionen Euro bereitgestellt worden, »um bestehende Projekte unbürokratisch aufstocken zu können«.

Thissen räumte ein, dass das Anfang August vorgestellte Konzept der Bundesregierung auch positive Seiten habe. Unterstützenswert sei, dass das Engagement für ein Leben in Freiheit und Würde hervorgehoben werde. »Dies deckt sich mit der kirchlichen Soziallehre, der Grundlage der kirchlichen Entwicklungshilfe«, betonte der Erzbischof.

### Kindermissionswerk

## Sternsinger sammeln mehr als 70 Millionen Euro

**Aachen** (epd). Rund 500.000 Sternsinger haben im Jahr 2009/2010 rund 73,3 Millionen Euro gesammelt. Damit konnte das Kindermissionswerk »Die Sternsinger« knapp zehn Prozent mehr als im Vorjahr (66,6 Millionen) einnehmen, wie die Hilfsorganisation am Montag in Aachen mitteilte. Allein 40,6 Millionen Euro hatten die Singer bei ihrer Aktion zum Jahresbeginn 2010 gesammelt. Mit den Spendengeldern der Sammelaktion 2009/2010 wurden 2.875 Projekte in über 120 Ländern gefördert.

»Im Fokus unserer Arbeit steht die ganzheitliche Entwicklung von Kindern weltweit«, erklärte der Präsident des Kindermissionswerks, Prälat Klaus Krämer. Die Hilfsorganisation unterstützte nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr benachteiligte Kinder in Afrika, Lateinamerika, Asien und Ozeanien sowie Osteuropa mit rund 56,2 Millionen Euro. Neben der Bildungsarbeit wurden Projekte in den Bereichen Ernährung, soziale Integration,

pastorale Aufgaben und Gesundheit gefördert. Hinzu kamen Hilfen bei Naturkatastrophen.

Das Kindermissionswerk »Die Sternsinger« ist das Kinderhilfswerk der katholischen Kirche in Deutschland mit Sitz in Aachen. Seit 1959 organisiert es in Deutschland die »Aktion Dreikönigssingen«, seit 1961 zusammen mit dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Internet: [www.sternsinger.org](http://www.sternsinger.org); [www.kindermissionswerk.de](http://www.kindermissionswerk.de)

### Menschenrechtler:

## Staudammprojekte bedrohen indigene Völker

**Göttingen** (epd). Weltweit sind Zehntausende Ureinwohner nach Angaben von Menschenrechtlern durch Staudammprojekte bedroht. »Oft wird die Wasserkraft als beispielhafte Nutzung erneuerbarer, sauberer Energie gepriesen«, sagte Yvonne Bangert von der Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen aus Anlass des Internationalen Tages der indigenen Völker am 9. August. Urein-



wohnern in Asien, Afrika und Südamerika drohe durch diese Projekte jedoch die zwangsweise Umsiedlung und Entwurzelung.

Jäger und Sammler, Hirten, Fischer und Kleinbauern verlören durch den Bau der Staudämme und die anschließende Überflutung ihres Landes die Existenzgrundlage, kritisierte Bangert. Sie würden ins Elend getrieben. Weltweit gibt es nach Schätzungen der Menschenrechtsorganisation rund 6.500 indigene Gemeinschaften mit mindestens 370 Millionen Angehörigen.

In Indien leiden den Angaben zufolge 95 Millionen Adivasi-Ureinwohner schon seit Jahrzehnten unter den Folgen von mehr als 4.300 Staudämmen. Mindestens 38.000 Quadratkilometer Land seien allein in den vergangenen zehn Jahren geflutet und mehrere Millionen Ureinwohner umgesiedelt worden, hieß es. Im Nordosten seien mindestens 168 Staudämme in Planung. In Birma drohe den Ureinwohnern Vertreibung, weil China dort für preiswerten Strom den Bau von mehr als 40 Staudämmen plant.

In Südamerika protestieren mehrere indianische Gemeinschaften gegen die Errichtung von Großstaudämmen. Wegen ihres Widerstands liegen Projekte in Chile, Brasilien und Peru auf Eis. In Afrika sorgen sich rund 18.000 Himba im Norden Namibias wegen der geplanten Aufstauung des Kunene-Flusses. In Äthiopien befürchtet die Gesellschaft für bedrohte Völker, dass mehr als 190.000 Angehörige indigener Völker durch die geplante Flutung von 211 Quadratkilometer Land am Omo-Fluss von internationaler Nahrungsmittelhilfe abhängig werden.

## Brasilien

### Mercedes liefert 540 Lastwagen für Staudambau in Amazonasgebiet

**Porto Alegre/São Paulo** (epd). Mercedes-Benz Brasilien wird 540 Lastwagen für den Bau des umstrittenen Wasserkraftwerks Belo Monte im brasilianischen Amazonasgebiet liefern. Mehr Details werde das Unternehmen in einer Woche bekanntgeben, sagte ein Sprecher am Freitag dem epd in São Paulo. Nach einem Bericht der Tageszeitung »Folha de São Paulo« handelt es sich mit umgerechnet über 86 Millionen Euro um einen der größten Aufträge für Lkw in Brasilien.

Mit den Geländelastwagen sollen über 100 Millionen Tonnen Erde und Gestein transportiert werden. Experten zufolge dürfte beim Bau des zweitgrößten Wasserkraftwerks in Brasilien, der dieses Jahr begonnen hat, so viel Erdreich bewegt werden wie beim Panama-Kanal. Urein-

wohner und Umweltschützer kritisieren das Großprojekt, für das mindestens 40.000 Menschen umgesiedelt werden müssen. Die zwei geplanten Staudämme gefährdeten die Rechte der Indianer, heißt es auch in einem neuen Bericht von Amnesty International.

Präsidentin Dilma Rousseff bekräftigte hingegen erneut, dass Belo Monte für die Entwicklung Brasiliens und der Region am Amazonas-Nebenfluss Xingu unverzichtbar sei. Durch Sozialprojekte und den Ausbau »grundlegender Infrastruktur« wolle man den Lebensstandard der Bevölkerung verbessern, sagte Rousseff. Zahlreicher juristischer Einwände zum Trotz erteilt das Umweltministerium stets die erforderlichen Baugenehmigungen.

Vor Mercedes-Benz haben bereits die Siemens-Tochter Voith-Hydro sowie die Turbinenbauer Andritz (Österreich) und Alstom (Frankreich) von dem Baukonsortium Norte Energia Aufträge in Millionhöhe erhalten. Ein Großteil des produzierten Stroms dürfte Stahl- und Aluminiumwerken in Amazonien zugutekommen. Das Wasserkraftwerk soll 2015 in Betrieb gehen.

## Senegal

### Protest gegen Fischfang durch russische Trawler

**Bremen** (epd). Der Generalsekretär des Westafrikanischen Kleinfischereiverbandes, Gaoussou Gueye, hat vor einer Ernährungskrise im Senegal infolge illegalen Fischfangs gewarnt. Im Frühjahr hätten russische Trawler die westafrikanischen Gewässer geplündert und massenweise Makrelen und Sardellen aus dem Meer geholt, sagte Gueye am 8. August in Bremen. Das sei aber genau der Fisch, von dem sich viele Menschen während des jetzt laufenden Fastenmonats Ramadan im muslimisch geprägten Senegal ernährten: »Der Preis hat sich für die Bevölkerung verfünffacht.«

Während die Russen den Fang zu Fischmehl verarbeitet, fehle er den Senegalesen, die sich die Fische nicht mehr leisten könnten, warnte Gueye. Nach seinen Worten haben die Trawler aus dem Fischereiministerium des Senegal eine telefonische Erlaubnis für den Fischzug bekommen. Das widerspreche aber den eigenen Gesetzen und sei ein klarer Verstoß gegen die UN-Meeresschutzkonvention.

Gueye zufolge haben die Russen eine Million Euro für die Erlaubnis aus dem Ministerium gezahlt. »Das steht in keinem Verhältnis zu dem Preis von etwa 30 Millionen Euro, den die Fische auf den lokalen Märkten erzielt hätten«, kritisierte der Generalsekretär. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem »Ausverkauf der Grundnah-

rungsmittel«. Mittlerweile gebe es Demonstrationen in der senegalesischen Hauptstadt Dakar, der Kleinfischereiverband habe die Regierung angezeigt.

Gueye informiert derzeit auf einer Rundreise entlang der Nordseeküste über die Situation der westafrikanischen Küstenfischer. Der Fischereiexperte des Evangelischen Entwicklungsdienstes, Francisco Mari, sagte zu dem aktuellen Konflikt im Senegal, die Situation sei brisant: »Das kann sehr schnell explodieren.« Den Angaben zufolge will die EU eine Kommission in den Senegal schicken, um die Vorgänge zu untersuchen. Internet: [www.eed.de](http://www.eed.de); [www.fair-oceans.info](http://www.fair-oceans.info)

## Erneuerbare Energien

### KfW finanziert weltgrößtes Solarkraftwerk in Indien

**Frankfurt a.M.** (epd). Die KfW Entwicklungsbank finanziert in Indien das größte Solarkraftwerk der Welt mit einem zinsgünstigen Darlehen in Höhe von 250 Millionen Euro. Ein entsprechender Vertrag wurde am Mittwoch in Neu-Delhi unterzeichnet, wie die staatliche Förderbank

in Frankfurt am Main mitteilte. Mit einer Kapazität von 125 Megawatt, die auf 150 ausgebaut werden kann, soll die Photovoltaik-Anlage Shivajinagar Sakri im östlichen Bundesstaat Maharashtra den Strombedarf von 400.000 Menschen decken. Die KfW fördert den Ausbau erneuerbarer Energien im Auftrag des Bundesentwicklungsministeriums.

Dem Schwellenland Indien komme wegen seines rapiden und energieintensiven Wirtschaftswachstums eine zentrale Rolle beim globalen Klimaschutz zu, sagte KfW-Vorstand Norbert Kloppenburg. Die Gesamtkosten des Kraftwerks einschließlich der Ausbauoption belaufen sich den Angaben zufolge auf rund 370 Millionen Euro.

In Indien ist Energie knapp, die Elektrizitätsversorgung fällt häufig aus oder wird wegen Überlastung abgeschaltet. Von den 1,2 Milliarden Indern haben rund 500 Millionen noch gar keinen Strom. Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen soll dazu beitragen, den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO<sub>2</sub>) zu begrenzen. Indien mit seiner boomenden Wirtschaft ist heute bereits der fünftgrößte CO<sub>2</sub>-Emittent.

## Suu Kyi ruft zu nationaler Einheit auf

### Birma: Erste politische Reise der Oppositionsführerin nach Entlassung aus Hausarrest

**Bangkok** (epd). Birmas Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi hat die Bevölkerung während ihrer ersten politischen Reise nach ihrer Freilassung zum Zusammenhalt aufgerufen. »Die Menschen müssen geistig stark sein, um das Land voranzubringen«, sagte die Friedensnobelpreisträgerin am Sonntag in der Region Bago nach Berichten des Exil-Onlineportals »Mizzima«. Tausende Anhänger feierten die 66-Jährige mit Rufen wie »Lang lebe Aung San Suu Kyi«. Augenzeugen zufolge hatten Polizisten zuvor vergeblich versucht, die Menschenmengen von den Straßen zu vertreiben.

Exilbirmanen gehen davon aus, dass Suu Kyi die Erlaubnis für ihre Stippvisite mit der Regierung ausgehandelt hat. Während ihrer eintägigen Reise in der 80 Kilometer nördlich von Rangun gelegenen Region besuchte die Politikerin unter anderem eine Pagode. Zudem eröffnete sie zwei Bibliotheken. Dabei wurde sie von Anhängern ihrer Partei »Nationale Liga für Demokratie« (NLD) sowie lokalen Journalisten und Diplomaten begleitet.

Nach ihrer Entlassung aus dem Hausarrest hatte die birmanische Regierung Suu Kyi vor politischen Reisen und Aktivitäten gewarnt. Im Mai 2003 war ihr Konvoi

auf einer solchen Reise von regimetreuen Schlägern angegriffen worden. Dutzende Menschen kamen damals nach Angaben der Opposition ums Leben. Suu Kyi selbst wurde verhaftet und zum wiederholten Mal unter Hausarrest gestellt. Sie kam erst kurz nach den umstrittenen Parlamentswahlen im November 2010 frei.

In den vergangenen Tagen gab es jedoch Anzeichen einer Annäherung zwischen Suu Kyi und der Regierung. Nach einem Treffen am Freitag erklärten die Oppositionspolitikerin und Arbeitsminister Aung Kyi, man werde gemeinsam für Stabilität und demokratische Entwicklung in Birma arbeiten. Die Regierung versicherte, sie werde die zuvor zwangsaufgelöste NLD am Versöhnungsprozess im Land teilhaben lassen. Dazu müsse die Liga sich jedoch erneut als Partei registrieren lassen.

Die NLD war Monate vor den Wahlen aufgelöst worden, weil sie es abgelehnt hatte, sich den strikten Wahlgesetzen zu beugen. Regimegegner, Menschenrechtler und etliche ausländische Regierungen hatten die Abstimmung vom vergangenen Jahr als Farce bezeichnet, Suu Kyis Anhänger hatten den umstrittenen Urnengang boykottiert. Besonders der große Einfluss des Militärs in Parlament

und Regierung wird immer wieder kritisiert. Die neue Regierung besteht zwar offiziell aus Zivilisten, steht aber dem Militär nahe und hat viele Ex-Generäle in ihren

Rängen. Im Jahr 1990 hatte Suu Kyis NLD die Wahlen haushoch gewonnen, die damals regierende Militärjunta erkannte diesen Sieg nie an.

## Revolutionär im Ruhestand

**Der ehemalige kubanische Staats- und Parteichef Fidel Castro wird 85 Jahre alt**

**Mexiko-Stadt** (epd). An seinem 85. Geburtstag am 13. August hat Kubas Altrevolutionär Fidel Castro wenig Anlass zum Feiern. Mit behutsamen Reformen versucht sein fünf Jahre jüngerer Bruder und Amtsnachfolger Raúl Castro, die sozialistische Planwirtschaft vor dem Bankrott zu bewahren. Zugleich ist Kubas wichtigster Verbündeter, der venezolanische Präsident Hugo Chávez, an Krebs erkrankt. Ungewiss ist damit die Zukunft der milliarden-schweren Subventionen aus Venezuela.

Jahrzehntelang war der einstige Guerilla-Kommandant Fidel Castro das Idol von Widerstandsbewegungen in Entwicklungsländern. Nach dem Sieg der kubanischen Revolution am 1. Januar 1959 verkörperte der vollbärtige Jurist und Jesuitenzögling die Hoffnungen der Armen in der Welt auf ein besseres Leben.

Castro und Kuba trotzten dem amerikanischen Invasionsversuch 1961 in der Schweinebucht - und trotzen bis heute dem im Jahr darauf verhängten Wirtschaftsembargo der USA. Castro überstand auch den Zusammenbruch des wichtigsten sozialistischen Bruderlandes, der Sowjetunion, im Jahr 1991.

Gerne und viel beruft sich Castro auf José Martí, den auch von oppositionellen Kubanern bis heute verehrten Nationaldichter aus dem 19. Jahrhundert. "Mit den Armen will ich mein Glück versuchen", schrieb Martí, als er sah, wie die Kolonialmächte Spanien und USA dem Antillenstaat nur Armut und Sklaverei brachten.

»Ich strebe kein öffentliches Amt an (...) Die Macht interessiert mich nicht«, sagte Castro 1959, als er die erste provisorische Revolutionsregierung in der Hauptstadt Havanna übernahm. Doch er blieb fünf Jahrzehnte »Máximo Líder« (oberster Führer): 2008 übergab er nach zweijähriger Krankheit die Macht definitiv an seinen Bruder. Aber erst im April 2011 verabschiedete er sich auch vom Chefposten der alleinregierenden Kommunistischen Partei.

Castro selbst hatte erst spät zum Kommunismus gefunden, gebärdete sich dann aber umso ideologischer. Als er im Januar 1959 in Havanna einmarschierte und die erste seiner stundenlangen Reden hielt, war er Teil

einer breiten Widerstandsbewegung gegen den damaligen Diktator Fulgencio Batista, eine Marionette der US-Regierung.

Erst zwei Jahre später (1961) führte Castro den Sozialismus in Kuba ein und orientierte sich an Moskau, dann aber so radikal, dass er die Welt an den Rand eines Atomkriegs brachte. Im selben Jahr sah die Sowjetunion erst in letzter Minute davon ab, Atomraketen in Kuba zu stationieren, zur Enttäuschung Castros. Er hätte die Konfrontation mit den USA gerne weitergetrieben.

1968 verstaatlichte Castro auch die damals verbliebenen 60.000 Klein- und Handwerksbetriebe in Kuba, nach der Großindustrie und der Landwirtschaft. Damit sicherte er der Partei und der stetig wachsenden Staatsbürokratie die Macht, glänzte zugleich mit einem für Lateinamerika vorbildlichen Gesundheits- und Bildungssystem.

Doch nach dem Ende des Sozialismus in der Sowjetunion Anfang der 90er wurde der Niedergang der kubanischen Wirtschaft schmerzlich spürbar. Der bis dahin allumsorgende Staat ergriff drastische Sparmaßnahmen und verkündete eine »Sonderperiode in Friedenszeiten«. Mit dem Ende des Kalten Krieges begann auch Fidel Castros Popularität im In- und Ausland zu schwinden.

Vom Traum der Revolution ist eine gigantische Bürokratie geblieben, die das Leben der Kubaner bis ins Detail zu regeln versucht und das Land lähmt. Bis zu 1,8 Millionen Angestellte im Staatsdienst will der pragmatische Nachfolger Raúl Castro darum mittelfristig entlassen, 39 Prozent der Beschäftigten. Doch auch die Wiedereinführung von Kleinbetrieben und privater Landwirtschaft kommt langsamer voran als erhofft.

Wie groß die Macht des Apparates ist, erfuhr jüngst der greise Altrevolutionär selbst. Als sein Freund Chávez ihm besonders saftige Orangen aus Venezuela schickte, schien die Sendung verdächtig und wurde kurzerhand beschlagnahmt. Vorausgesehen hatte die bürokratischen Exzesse bereits José Martí. 1884 warnte der Poet vor einem Staatssozialismus, der den Menschen in neue Knechtschaft führe. *Von Matthias Knecht (epd)*

## Britisches Kirchenoberhaupt fordert zum Umdenken

**Soziologe: Randalierer fühlen sich nicht von Politikern vertreten**

**Frankfurt a.M.** (epd). Nach den Jugend-Krawallen in Großbritannien hat das Oberhaupt der anglikanischen Kirche, Erzbischof Rowan Williams, die Regierung zu umgehenden Verbesserungen des Bildungssystems aufgefordert. Bildung und Erziehung müssten stärker auf Werte und Persönlichkeitsentwicklung ausgerichtet werden, sagte Williams am Donnerstag in einer Rede vor dem britischen Oberhaus. Es gehe darum, junge Menschen zu eigenständigen Bürgern zu machen. Andere Kirchenvertreter und Wissenschaftler warfen der Regierung in London Mitverantwortung für die Ausschreitungen vor.

»Wir sollten nicht nur über Disziplin in Klassenzimmern nachdenken, sondern über den Inhalt und die Ethik unserer Bildungseinrichtungen«, sagte der Erzbischof von Canterbury. Die jungen Leute dieses Landes verdienten nur das Beste. Die Unruhen der vergangenen Tage sollten jedoch in keinsten Weise »romantisiert« oder stillschweigend geduldet werden, erläuterte Williams: »Dies ist tatsächlich Kriminalität.«

Williams appellierte an die Regierung, sofort zu handeln. Bereits im Juni hatte er die Regierung attackiert. Trotz einer schwachen Konjunktur müsse die Regierung gegen Kinderarmut und Lücken im Bildungsbereich vorgehen, hatte der Geistliche gemahnt.

In England war es in den vergangenen Nächten zu massiven Ausschreitungen gekommen. Vorwiegend Jugendliche zerstörten in London und weiteren Städten wie Manchester und Liverpool Geschäfte und lieferten sich teils heftige Straßenschlachten mit der Polizei.

Auch der anglikanische Bischof Nick Baines sieht die wachsende soziale Kluft und Sozialkürzungen als Ursache der jüngsten Ausschreitungen. Die Jugendlichen in den



**Der anglikanische Bischof Nicholas Baines**

*epd-bild / Stefan Arend*

Städten würden der Gesellschaft immer »fremder«, sagte Baines dem epd. Verantwortlich für die Unruhen sei eine größer werdende Schere zwischen Arm und Reich, sagte der Bischof von Bradford.

»Die Banker behalten ihre Geschäfte wie üblich bei, während die Armen sehr viel durch Sparmaßnahmen verlieren«, unterstrich Baines. Der 53-jährige Theologe war bis zum Mai acht Jahre lang Bischof in Croydon gewesen, einem südlichen Stadtbezirk in London. Besonders dort war es zu massiven Krawallen gekommen.

Der britische Soziologe Paul Bagguley sagte, die Randalierer fühlten sich nicht mehr von ihren Politikern vertreten. »Viele aus der politischen Elite stammen aus sehr reichen Familien und sind auf Eliteuniversitäten gegangen«, sagte der Wissenschaftler dem in Berlin erscheinenden »Tagesspiegel« (11. August). Die Randalierer und Plünderer stammten dagegen aus ärmeren Bevölkerungsschichten, die mit Werbung bombardiert würden, sich aber die Produkte nicht leisten könnten.

## Sozialabbau und Gucci-Schlafanzüge

**Die Kluft zwischen Arm und Reich in den USA wird durch den Sparkurs immer breiter**

**Washington** (epd). Die USA haben derzeit nur ein politisches Top-Thema: Die Frage, wie sich das Haushaltsdefizit des Landes abbauen lässt. Karitative Verbände fordern, zuweilen in scharfen Tönen, aber mit begrenztem Erfolg, man dürfe dabei nicht auf Kosten der Schwächsten sparen. Die Politiker schützten Unternehmen und Wohlhabende und »zerfetzen das Sicherheitsnetz der verwundbarsten Menschen«, kritisierte der Leiter der

Anti-Armutinitiative im ökumenischen Nationalen Kirchenrat, Michael Livingston. Doch streitbare Pastor hat schlechte Karten. Sozialabbau ist angesagt. Der Rotstift droht selbst der vermeintlich fest etablierten staatlichen Altersversorgung.

Gleichzeitig boomt der Luxus. Die Designer-Handtasche der Marke Akris kostet im Edelladen Saks Fifth Avenue 3.990 Dollar, der Gucci-Schlafanzug fürs

Baby 225 Dollar. Die »New York Times« berichtete vergangene Woche auf dem Titel von einer auffälligen Luxus-Einkaufswelle. Ultra-Reiche leben demnach trotz der wackeligen Wirtschaftslage in Saus und Braus. Der Informationsdienst [luxurydaily.com](http://luxurydaily.com) stellte am Donnerstag fest: Der »Markt für Luxusgüter« werde auch inmitten der finanziellen Turbulenzen stark bleiben.

»Wohlhabende und reiche Familien erfahren ein beachtliches Wachstum ihres Wohlstands und Vermögens.« Diese Schlussfolgerung zog die auf Millionäre spezialisierte Beraterfirma »Harrison Group« kürzlich in ihrem Jahresbericht zum Konsumverhalten der US-Spitzenverdiener. Als »reich« definiert die Firma die 670.000 Haushalte mit einem Jahreseinkommen von mehr als 1,6 Millionen Dollar - sie stellten rund 0,6 Prozent der US-Haushalte.

In den USA wird der Graben zwischen Arm und Reich immer breiter, aber auch Abstand zwischen Superreichen und dem Mittelstand wächst. Und zwar schon seit längerem. Einen Grund dafür sehen viele Experten in den Steuerreformen zugunsten der Wohlhabenden.

Bei den jüngsten Haushaltssparbeschlüssen, mit denen die Zahlungsunfähigkeit der USA buchstäblich in der letzten Minute verhindert wurde, verzichteten Präsident Barack Obama und die oppositionellen Republikaner zumindest vorläufig auf neue Steuern. Konservative Politiker im Umkreis der Tea Party-Gruppierungen lehnen Erhöhungen grundsätzlich ab, auch für die Superreichen. Denn, so die Begründung: Jede Steuererhöhung schade dem US-Wirtschaftswachstum.

## Naher Osten

### Weltkirchenrat ruft zu Gewaltverzicht in Syrien auf

Genf (epd). Der Weltkirchenrat hat die Konfliktparteien in Syrien zum Gewaltverzicht aufgerufen. Angesichts der zahlreichen Toten müssten Armee und staatliche Sicherheitsbehörden den rücksichtslosen Einsatz von Gewalt gegen Demonstranten beenden, sagte der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Olav Fykse Tveit, am Mittwoch in Genf.

Der norwegische Theologe forderte die Regierung auf, sich für den Schutz von Leben, Würde, Menschenrechten und grundlegenden Freiheiten aller Bürger einzusetzen. Es sei an der Zeit, die Gewalt zu beenden und demokratische Prozesse anzustoßen.

Nach zähem Ringen einigten sich die Unterhändler der Parteien auf drastische Kürzungen. In einer ersten Sparrunde sollen 917 Milliarden Dollar weniger ausgegeben werden, verteilt auf zehn Jahre. Ende des Jahres soll dann geklärt werden, wie und wo 1,2 bis 1,5 Billionen Dollar gekürzt werden können.

In dieser zweiten Runde sollen angeblich auch die staatliche Rentenversicherung Social Security zur Diskussion gestellt werden sowie Medicare, die öffentliche Krankenversicherung für Senioren und Behinderte. Social Security wurde 1935 eingeführt und versorgt Ruhestandler mit einer Grundabsicherung. Medicare startete 1965, zu einer Zeit, als die Hälfte der Senioren nicht krankenversichert war. Die Versicherung gewährleistet allerdings keine volle Kostendeckung, sondern sieht verschiedene Formen der Selbstbeteiligung vor.

Präsident Obama betont unablässig, jeder müsse seinen »fairen« Anteil bezahlen. Er und führende Demokraten sind anscheinend auch zu Kürzungen bei Social Security bereit, möglicherweise durch einen neuen Modus zur Berechnung des jährlich fälligen Inflationsausgleichs. Auch Kürzungen bei Medicare sind kein Tabu mehr. Im Gespräch ist eine Anhebung des Medicare-Alters von 65 auf 67.

Die Haushaltssparbeschlüsse verhindern indes auch Konjunkturprogramme, die zu mehr Stellen führen würden und die wachsende Armut eindämmen könnten. Als die Hamburgerkette McDonald's vergangenen April bekanntmachte, sie werde 50.000 Mitarbeiter einstellen, bewarb sich eine Million Menschen auf diese dürftig bezahlten Jobs.

*Konrad Ege (epd)*

Dem Weltkirchenrat gehören 349 Kirchen und Gemeinschaften weltweit an, darunter lutherische, orthodoxe und anglikanische Kirchen. Damit repräsentiert der ÖRK mehr als 560 Millionen Christen weltweit. Die katholische Kirche ist kein Mitglied.

## Norwegen

### Kirche bedankt sich für weltweites Mitgefühl

Oslo (epd). Die Lutherische Kirche von Norwegen hat für die internationale Anteilnahme und Gebete von Christen nach den Anschlägen von Oslo und Ustøya gedankt. Das starke Mitgefühl und der Trost von Christen aus allen Teilen der Welt zeige, was es heiße, Teil der Christenheit zu sein, sagte die leitende Bischöfin Helga Haugland

AUSLAND



Byfluglien am Mittwoch in Oslo. Das Paulus-Wort »Und wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit« sei für die norwegischen Christen in besonderer Weise erfahrbar geworden.

Die intensive Anteilnahme der weltweiten christlichen Gemeinschaft habe die Christen in Norwegen nicht nur tief bewegt, sondern auch ihren Glauben und ihre

Hoffnung gefestigt, sagte die Bischöfin. Viele ökumenische Partnerkirchen und einzelne Christen hätten ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht. Bei den Anschlägen in Oslo und in dem sozialdemokratischen Jugendlager auf der Insel Utøya wurden am 22. Juli 77 Menschen getötet.

## Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees tot

**Bundespräsident: Noach Flug war »einer der ganz Großen«**

**Berlin/Jerusalem** (epd). Der Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees, Noach Flug, ist im Alter von 86 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit in Jerusalem gestorben. Das teilten das Komitee und die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« am Donnerstag in Berlin mit. Bundespräsident Christian Wulff würdigte Flug in Berlin als »einen der ganz Großen.«

Flug habe Unsägliches durch deutsche Hände erlitten und sei doch einer der Ersten gewesen, der Deutschen die Hand zur Versöhnung gereicht habe, schrieb Wulff in seinem Kondolenzbrief an Flugs Ehefrau Dorota. »Mit seinem beeindruckenden Engagement für Verständigung zwischen Juden und Nichtjuden, zwischen Israel und Deutschland, hat er die Brücke in die Zukunft geschlagen«, unterstrich der Bundespräsident. Noach Flug habe zu den Vätern der deutsch-israelischen Freundschaft gehört.

Flug wurde 1925 im polnischen Lodz geboren und kam 1939 in das Lodzer Ghetto. Im August 1944 deportierten ihn die Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Auschwitz. Nach Kriegsende studierte er in Lodz und Warschau Ökonomie und wanderte 1958 mit seiner Familie nach Israel aus.

Seit 2002 war Flug Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees, seit 2003 auch Vorsitzender der Organisation der Holocaust-Überlebenden in Israel. Zudem war er seit 2004 als Vizepräsident der Jewish Claims Conference auch im Kuratorium der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, die für die Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter eingerichtet worden war.

In seiner »rastlosen Tätigkeit« sei es Flug vor allem um die Erinnerung an die Ermordeten und um die Lebensumstände der Holocaust-Überlebenden gegangen, so das Internationale Auschwitz Komitee. Sein Engagement sei einem tiefen Wunsch nach Gerechtigkeit entsprungen.

Flug habe als Mahner für die Rechte der Holocaust-Überlebenden gekämpft, sagte der Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung, Michael Jansen. Vor allem aber habe er über Jahrzehnte hinweg Deutschland die Hand zur Versöhnung gereicht. Flug begleitete 2005 den damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler zu Gedenkfeierlichkeiten in Auschwitz. 2006 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz. Anfang dieses Jahres war Flug von Köhlers Nachfolger Christian Wulff in Schloss Bellevue empfangen worden.

## Impressum

**HERAUSGEBER:** Verein zur Förderung des Evangelischen Pressedienstes Region West e.V.  
Kaiserswerther Straße 450,  
40474 Düsseldorf,  
Vorsitzender: Albert Henz | **CHEFREDAKTEUR:**  
Ingo Lehnick (verantwortlich i.S.v. § 55 RVST),  
| **REDAKTION:** Katrin Nordwald, Tel. 0521/

9440-176, Fax: 0521/9440-175, E-Mail:  
bielefeld@epd.de, Internet: www.epd-west.de  
| **VERANTWORTLICH** für die überregionalen  
Seiten: Gemeinschaftswerk der Evangelischen  
Publizistik gGmbH,  
Emil-von-Behring-Straße 3,  
60439 Frankfurt am Main,  
Geschäftsführer Jörg Bollmann, AG Frankfurt,  
HRB 49081, Ust-ID-Nr. DE 114 235 916,

Peter Bosse-Brekenfeld (verantwortlich i.S.v. §  
55 Abs:2 RVST), Tel. 069-58098135,  
E-Mail: info@epd.de  
| **JAHRESABONNEMENT:** 48,00 €.   
Erscheint wöchentlich. Der epd Wochenspiegel  
darf nur mit Zustimmung des Verlags  
weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder  
elektronisch kopiert und weiterverbreitet  
werden.